

DIE EIN ABRISS DER GESCHICHTE
DES ÄLTESTENRATS DER LINKEN

WEISHEIT

DER PARTEI

DIE W
DE
EIN AB
DER GES
DES ÄLT
DE

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

2. Auflage 2019

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-9818987-6-7 · Redaktionsschluss: Juni 2018

Korrektorat: Angelika Nguyen, Marion Schütrumpf

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

INHALT

Zum Geleit	4
Die Weisheit der Partei	8
Warum schuf sich die SED/PDS einen <i>Rat der Alten</i> ?	9
Der <i>Rat der Alten</i> der PDS als Mahner der Partei und ihrer Führung	13
Der <i>Ältestenrat</i> der Partei DIE LINKE als kritischer Begleiter des Parteiformierungsprozesses	38
Europa-Politik im Zentrum der Aufmerksamkeit	61
Zeittafel	84
Personelle Zusammensetzung	98
Biografische Skizzen	104
Dokumente	118
Satzung des <i>Ältestenrates</i> der Partei DIE LINKE	119
Erklärungen und Stellungnahmen	120
Nachbetrachtung	160

DAGMAR ENKELMANN

ZUM GELEIT



In vielen Kulturen der Welt finden sich Hinweise auf einen «Rat der Alten», einen «Ältestenrat» oder den Stammesältesten. Die Gerusia – der Ältestenrat im antiken Sparta – wird häufig im Kreuzworträtsel nachgefragt. Lebensweisheiten, Erfahrungen, der Rat der Älteren einer Gesellschaft wurden und werden gehört. Ein bekanntes deutsches Sprichwort fordert: «Die Ansicht eines Weisen und den Rat eines Greisen soll man nicht von sich weisen.»

In der politischen Wendezeit verließen tausende Mitglieder der SED ihre Partei. Die Gründe waren sehr vielschichtig. Da waren die Ent- bzw. Getäuschten, die an eine neue Gesellschaft geglaubt hatten, die sich mit ganzer Kraft in deren Aufbau einbrachten und nun vor den Scherben ihrer Hoffnungen standen. Sie zweifelten an sich, an ihren Lebenszielen, fühlten ihre Ideale verraten.

Da waren aber auch die, die sehr schnell erkannten, dass mit dieser Partei, der sie oftmals ihre Laufbahn verdankten, keine Karriere mehr zu machen ist. Da war das Parteibuch dann schnell entsorgt. Nicht wenige von ihnen wurden später zu den heftigsten Gegnern und sind heute längst in konformen Parteien untergeschlüpft. Und dann gab es die Mitglieder, die die Ereignisse im Sommer und Herbst 1989 als Chance für Veränderung sahen, ohne ihre Vorstellungen einer gerechten Welt aufgeben zu müssen.

Die Älteren unter ihnen hatten Krieg und faschistische Diktatur erlebt, waren im Widerstand oder in der Emigration, wollten nach dem Krieg eine gerechte Gesellschaft aufbauen und erlebten nun das Ende ihrer Hoffnungen. Aber sie wollten nicht aufgeben. Viele erkannten Fehler, Versäumnisse, Irrtümer, auch eigene, und wollten sich aktiv einbringen in die Erneuerung ihrer Partei.

Es waren Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Politikerinnen und Politiker, zugegeben lange Zeit mit deutlichem Übergewicht männlicher Repräsentanten, die auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 gebeten wurden, in einem *Rat der Alten* ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte von DDR und SED zu leisten und zugleich den Veränderungsprozess der SED zu unterstützen. Zu denen zählten in den ersten Jahren auch Menschen wie Walter Janka und Karl Schirdewan, die in DDR-Zeiten in Ungnade gefallen waren. Hans Modrow gehörte von Anfang an zu den aktiven Förderern des Rates. So brachte er 1990 in das Präsidium des Parteivorstandes «Vorschläge für eine effektivere Gestaltung der Tätigkeit des Rates der Alten» ein. Seit 1991 ist er dessen Vorsitzender. Blickt man auf die personelle Zusammensetzung des *Ältestenrates* seit seiner Gründung bis heute (vgl. dazu Anhang: Personelle Zusammensetzung)

fällt auf, dass nicht wenige Mitglieder eher zu den «Querdenkern» der Partei zu zählen sind. Lebhaft kann man sich dann kontroverse Diskussionen bei den Sitzungen vorstellen. Übereinstimmend wird aber von allen betont, dass es trotz manch unterschiedlicher Sichtweisen und Herkunft immer Respekt im Umgang miteinander und eine große Kompromissbereitschaft gab. Auftretende Ost-West-Dissonanzen wurden, anders als oftmals in der Partei selbst, kulturvoll ausgetragen.

Jochen Weichold und dem Kollektiv des Historischen Zentrums des demokratischen Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung gebührt ein großer Dank für den historischen Abriss zur Geschichte des *Ältestenrates* der SED/PDS/DIE LINKE und für die Zusammenstellung interessanter Dokumentationen, die sich im Anhang finden.

Es lohnt aber auch aus anderer Perspektive, sich mit der Geschichte dieses Gremiums zu befassen. Dass es den *Ältestenrat* bis heute gibt, ist der großen Hartnäckigkeit einiger Unentwegten, wie etwa Hans Modrow, zu danken, die immer wieder den Finger in die berühmte Wunde legten, im besten Sinne als «Mahner» der Partei und kritischer Begleiter auftraten und -treten.

Viele Fragen, mit denen sich die Mitglieder des *Ältestenrates* in seiner bald 30-jährigen Geschichte befassten, sind auch heute noch ak-

tuell und eben nicht ausreichend beantwortet. Dazu gehört die Frage nach dem Platz der LINKEN im politischen System der Bundesrepublik und deren Beziehung zu Europa ebenso wie die nach dem Verhältnis zur SPD aus historischer und aktueller Sicht.

Immer wieder angemahnt wurde die Notwendigkeit einer tiefgreifenden strategischen Debatte über eine gesellschaftliche Alternative, die aus Sicht des *Ältestenrates* nur eine anti-kapitalistische sein könne. Kritisch begleitet wurde und wird die Regierungsbeteiligung von PDS/DIE LINKE in einigen Bundesländern und die Diskussion um eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war die «Einmischung» des *Ältestenrates* in die Bewältigung krisenhafter Entwicklungen in der Parteigeschichte. Und es war der *Ältestenrat*, der sich mit jugendpolitischen Grundsätzen auseinandergesetzt hat und forderte, jungen Mitgliedern mehr Chancen auf Mitgestaltung der Partearbeit auf allen Ebenen zu geben. Neben grundsätzlichen Themen hat sich das Gremium aber immer wieder auch aktuellen politischen Entwicklungen gewidmet. Das waren internationale Ereignisse genauso wie Folgen von Rentenungerechtigkeit oder Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit.

In diesen nun fast 30 Jahren sind eine Vielzahl von Diskussionspapieren entstanden, die es

lohnt, auch heute noch zu lesen. Dazu gehören die Erklärung «Wir brauchen Meinungsvielfalt und gemeinsames Handeln» von 1991, der Brief «Unverwechselbares sozialistisches Profil» von 2002 oder die Erklärung «Für die Erneuerung einer Europa-Diskussion in der Partei DIE LINKE» vom März 2018.

Nach der letzten Bundestagswahl von September 2017 mahnte der *Ältestenrat* eine selbstkritische Analyse der Ergebnisse an und forderte, dass die Partei wieder zur «Kümmererpartei» werden sollte. Das Gremium schloss sich ausdrücklich der Position von Horst Kahrs, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, an, der feststellte, «dass ein stabiles Ergebnis für eine Partei, die auf fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen setzt, nicht befriedigen kann.» Ganz sicher war der *Ältestenrat* zu keinem Zeitpunkt ein bequemer Partner für den Parteivorstand. Das wollte und sollte er auch nicht sein. Immer wieder haben Mitglieder des Gremiums

die Frage gestellt, ob der *Ältestenrat* überhaupt von der Partei gebraucht würde. Bereits 1993 gab es im Rat einen Antrag auf Auflösung. Interessant ist auch der Hinweis, dass der *Ältestenrat* erst mit Beschluss des Erfurter Parteitag 2011 in die Satzung aufgenommen wurde. Ein Blick in die Geschichte des *Ältestenrates*, so wie er mit dem jetzt vorliegenden historischen Abriss von Jochen Weichold möglich ist, ein Blick vor allem auf Ergebnisse seiner Arbeit, sollte allerdings als Aufforderung an den Parteivorstand verstanden werden, den *Rat der Alten* ernst zu nehmen, ihm einen festen Platz in den Debatten des Parteivorstandes, der Parteitage und vor allem der Parteibasis einzuräumen.

Austausch und Streit der Generationen müssen als belebendes Element der Parteientwicklung genutzt werden. Der *Ältestenrat* der LINKEN sollte seine Aufgabe als «Mahner und Berater» auch künftig engagiert wahrnehmen.

JOCHEN WEICHOLD

DIE WEISHEIT DER PARTEI

EIN ABRISS DER GESCHICHTE
DES ÄLTESTENRATS DER LINKEN

Der *Ältestenrat* der heutigen Partei DIE LINKE hat einen Vorgänger: den Anfang 1990 geschaffenen *Rat der Alten* der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus* (SED/PDS), zunächst auch als «Beirat der Alten» bezeichnet, der seit dem 27. April 2001 den Namen «Ältestenrat der PDS» trug.¹

WARUM SCHUF SICH DIE SED/PDS EINEN RAT DER ALTEN?

Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS erklärte der damalige stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Berghofer am 16. Dezember 1989 im Auftrag der Tagungsleitung, dass es der Parteivorstand für angebracht hält, dass der Parteivorsitzende Gregor Gysi einen Rat «aus älteren, kampferfahrenen Genossen» beruft, «um sich mit ihm entsprechend den Erfordernissen zu Grundfragen der Theorie und Praxis, der Politik zu konsultieren»². Dem Parteivorsitzenden als Jüngeren sollten die Erfahrenen beratend zur Seite gestellt werden. Berghofer informierte darüber, dass «das Präsidium des Parteivorstandes folgende Genossinnen und Genossen um ihre Mitarbeit in diesem Rat bittet und beabsichtigt, sie und weitere Genossinnen und Genossen in Kürze zu einer ersten Zusammenkunft

einzuladen»³. Es handele sich um Ernst Engelberg, Herbert Fechner, Erwin Geschonneck, Harald Hauser, Stephan Hermlin, Benny Heumann, Walter Janka, Erich Knorr, Jürgen Kuczynski, Gerhard Leo, Gunther Kohlmey, Kurt Maetzig, Moritz Mebel, Arno Mohr, Bernhard Quandt, Eberhard Rebling, Wolfgang Ruge, Karl Schirdewan, Steffi Spira, Friedel Trappen, Ruth Werner und Markus Wolf.⁴ Vorwiegend aus diesem Personenkreis erfolgte am 12. Januar 1990 die offizielle Konstituierung des *Rates der Alten* beim Parteivorstand der SED/PDS.⁵

Jürgen Kuczynski reklamierte später in einem Brief an das Präsidium des Parteivorstandes der PDS vom 29. Oktober 1990 die Idee, einen *Rat der Alten* zu schaffen, für sich.⁶ Edwin Schwertner, in den 1990er Jahren einer der drei Sprecher des Rates, nannte neben Kuczynski namentlich noch Stephan Hermlin und

¹ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet. Zur Geschichte des «Rates der Alten» beim Parteivorstand. In: Disput, Berlin, 2003, Nr. 1, S. 35. ² Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 172. ³ Ebenda, S. 172/173. ⁴ Vgl. ebenda, S. 173. ⁵ Vgl. ebenda. ⁶ Vgl. Brief von Jürgen Kuczynski vom 29. Oktober 1990 an das Präsidium [des Parteivorstandes] der Partei des Demokratischen Sozialismus. In: Archiv Demokratischer Sozialismus (Kurzform: ADS), Bestand Parteivorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993) (Kurzform: PDS-PV), Signatur 339, Bl. 46.

Markus Wolf als Anreger für die Schaffung eines solchen Gremiums.⁷ Das erklärt das Übergewicht von Kommunisten jüdischer Herkunft im Rat in den Anfangsjahren seines Bestehens. Um dem neuen Gremium die notwendige Repräsentativität zu verleihen, bedurfte es der Herstellung einer bestimmten politisch-gesellschaftlichen Breite in seiner personellen Zusammensetzung – eine Aufgabe, der sich mit der Auswahl der Mitglieder des *Rates der Alten* und ihrer Gewinnung insbesondere Prof. Dr. Michael Schumann, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS, und Heinz Vietze, der langjährige stellvertretende Vorsitzende bzw. Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag von Brandenburg, widmeten (wie auch dann wieder 2007 Heinz Vietze gemeinsam mit Thomas Händel, dem Schatzmeister der WASG, bei der Bildung des *Ältestenrates* der Partei DIE LINKE).⁸

Gründungsmitglieder des Rates waren ältere und in der Politik erfahrene Mitglieder der SED/PDS, die in der Vergangenheit oftmals Schwierigkeiten mit der offiziellen Politik der SED hatten, unter ihnen aus der Partei Ausgeschlossene, Verfolgte und Inhaftierte, oder die durch ihr künstlerisches Schaffen bzw. als anerkannte Wissenschaftler bekannt waren und damit Vertrauen auch über die Partei hinaus erworben hatten.⁹ «Ihr Anliegen war eine bessere DDR, waren mehr Demokratie und echte

Mitbestimmung», schrieb Edwin Schwertner rückblickend. «Sie traten aktiv für die Erneuerung der SED/PDS als Partei des demokratischen Sozialismus ein.»¹⁰

Zum Hintergrund der Schaffung eines *Rates der Alten* gehört auch, dass der seit dem Spätherbst 1989 vorangetriebene Erneuerungsprozess der Partei nicht nur auf das Aufbrechen verkrusteter Parteistrukturen und auf einen personellen Wechsel in den Führungsetagen gerichtet war, sondern auch auf eine deutliche Verjüngung des Führungspersonals. Die Mitglieder der neu gewählten Führungsriege der SED/PDS auf der Republik-, Bezirks- und Kreisebene waren zumeist zwischen 40 und 50 Jahre alt oder jünger. Eine immobile Parteiführung, wie sie 1989 exemplarisch das SED-Politbüro verkörperte, dessen Mitglieder zu einem großen Teil längst im Rentenalter waren, sollte in Zukunft verhindert werden. Dem diente nicht zuletzt die Einführung einer

⁷ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34. ⁸ Vgl. Telefongespräche des Autors mit Heinz Vietze am 10. und am 20. April 2018. ⁹ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34; Bericht des Ältestenrates an die 2. Tagung des 4. Parteitag der Partei DIE LINKE. URL: https://archiv2017.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/berlin2014/berichte/berlin2014_bericht_aeltestenrat.pdf (abgerufen am 22.03.2018). ¹⁰ Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34.

Begrenzung der Amtszeit für hauptamtliche Wahlfunktionen auf zehn Jahre.¹¹ Gabriele Zimmer, die Vorsitzende der Fraktion *Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke* (GUE/NGL) im Europa-Parlament, erinnerte in einem Interview Anfang Februar 2018 «an den Grundsatz aus dem Ende der DDR-Zeit, als wir davon gesprochen haben, dass rechtzeitig Wechsel stattfinden müssen. Wohin das Kleben an Posten führt, haben wir in der DDR ja erlebt.»¹² Andererseits sollte der Erfahrungsschatz der alten Parteimitglieder bewahrt und für die Arbeit der Partei fruchtbar gemacht werden. Der Rat sollte auf diese Art und Weise mithelfen, von der alten SED zur neuen PDS zu kommen.

Obwohl die personelle Zusammensetzung des *Rates der Alten* keineswegs spannungsfrei war, spielten in den Debatten im Rat die verschiedenen Strömungen und Plattformen in der Partei keine Rolle, wohl aber verschiedene politisch-ideologische Standpunkte, Lebenserfahrungen und Lebenswege. Als zum Beispiel Mitte der 1950er Jahre Walter Janka in einem politischen Prozess in der DDR vor Gericht stand, saß Karl Schirdewan zur gleichen Zeit im Politbüro des Zentralkomitees der SED, bevor auch er 1958 in Ungnade fiel. Altersweisheit und Altersmilde waren sicher moderierende Faktoren für die Arbeit im *Rat der Alten*.

Als die 1. Tagung des 2. Parteitages der PDS, die am 26. und 27. Januar 1991 in Berlin zusammentrat, die Bildung eines Parteirates als Delegiertengremium der Gesamtpartei mit Konsultativ- und Kontrollfunktion beschloss, fand auch der *Rat der Alten* Berücksichtigung. Diesem 75-köpfigen Gremium sollten nicht nur geheim gewählte Vertreter*innen der Landesverbände, der bundesweit agierenden Interessen- und Arbeitsgemeinschaften, Plattformen u. ä. innerparteilicher Zusammenschlüsse sowie der Bundestagsfraktion angehören, sondern auch zwei Vertreter des *Rates der Alten*.¹³ Im Statut der PDS fand der *Rat der Alten* als «Beirat der Alten» erstmals in der Fassung vom Juni 1991 Erwähnung – und zwar im Kontext des Parteirates. Dem Parteirat, so wurde damals beschlossen, gehören neben Vertretern anderer innerparteilicher Zusam-

11 Im Statut der SED/PDS vom 17. Dezember 1989 wurde festgelegt, dass hauptamtliche Wahlfunktionen der Partei nicht länger als 10 Jahre auf der gleichen Ebene ausgeübt werden dürfen. Vgl. Statut der SED/PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus. In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Berlin 1990, S. 145. **12** Keine gemeinsame Vision von Europa. Gabriele Zimmer über die Linke und die LINKE und deren Leerstellen in Sachen europäische Integration [Interview]. In: Neues Deutschland, Berlin, 06.02.2018, S. 3. **13** Vgl. Beschluß des 2. Parteitages der PDS über die Bildung eines Parteirates. In: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, Berlin, 26./27. Januar 1991, [Berlin 1991], S. 203/204.

menschlüsse auch solche des «Beirates der Alten» an.¹⁴

Der *Rat der Alten* fungierte seit seinen ersten Tagen als Beratungsorgan für den Parteivorsitzenden und für den Parteivorstand. «Er funktionierte völlig unkompliziert», erinnerte sich Edwin Schwertner 2003. «Bei Bedarf wurde seine Meinung oder die einzelner Mitglieder eingeholt, es gab größere und kleinere Diskussionsrunden und viele Einzelgespräche.»¹⁵ Dabei sei es meist um die Diskussion über die Vergangenheit, über Probleme auf dem Weg von der SED zur PDS und über die Rolle einer neuen, linkssozialistischen Partei in der damals noch existierenden DDR gegangen. Ein Arbeitsplan habe nicht existiert. Beratungen hätten von Fall zu Fall oder auf Wunsch des Parteivorsitzenden stattgefunden.¹⁶ Die Erklärungen und Stellungnahmen, die der *Rat der Alten* und später (bis heute) der *Ältestenrat* öffentlich abgaben, kamen oft nach langen Diskussionen zustande und spiegelten jeweils die Mehrheitsmeinung im Rat wider.¹⁷

Allerdings brachten die einzelnen Mitglieder des Rates in der Anfangszeit jene Themen und Besorgnisse in die Debatten ein, die ihnen besonders dringlich erschienen. Das veranlasste den Ehrenvorsitzenden der PDS, Hans Modrow, im Juli 1990 dem Präsidium des Parteivorstandes der PDS Vorschläge für eine

effektivere Gestaltung der Tätigkeit des *Rates der Alten* zu unterbreiten: Die Beratungen des *Rates der Alten* seien in Zukunft längerfristig nach Themen und Terminen zu planen, und notwendige Materialien für den Erfahrungsaustausch seien rechtzeitig auszuarbeiten und zu unterbreiten. Die Beratungen seien in der Regel zu einem begrenzten Thema vorzubereiten und durchzuführen. Für den Monat Oktober 1990 schlug Modrow das Thema «Zur Wahlstrategie der PDS» vor. Er regte zudem an, die Zusammensetzung des *Rates der Alten* so zu ergänzen, dass auch solche älteren Parteimitglieder, die inzwischen die Erneuerung der Partei aktiv mitgestaltet hätten, aufgenommen werden. Schließlich empfahl Hans Modrow, regelmäßig gemeinsame Beratungen mit Vertretern der *Arbeitsgemeinschaft Junge Genoss*innen* durchzuführen.¹⁸ Das Präsidium des Parteivorstandes der PDS folgte diesen

¹⁴ Vgl. Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). In: 2. Parteitag [der PDS], 2. Tagung, Berlin, 21. bis 23. Juni 1991, [Berlin 1991], S. 127. ¹⁵ Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34. ¹⁶ Vgl. ebenda. ¹⁷ So Aussagen von Teilnehmer*innen an den Beratungen. Vgl. Gespräch mit Evelin Nowitzki am 13. März 2018 im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin; Telefongespräch mit Moritz Mebel am 23. März 2018. ¹⁸ Vgl. Ehrenvorsitzender der PDS [Hans Modrow]: Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Betr.: Vorschläge für eine effektivere Gestaltung der Tätigkeit des Rates der Alten, Berlin, 17.7.1990. In: ADS, PDS-PV - 191, Bl. 44/45.

Vorschlägen und fasste am 23. Juli 1990 einen gleichlautenden Beschluss.¹⁹

Die Zusammensetzung des *Rates der Alten* veränderte sich im Laufe der Jahre mehrfach. «Ein relativ großer Teil der Gründungsmitglieder ist inzwischen verstorben, einige haben ihre Mitarbeit eingestellt und neue Mitglieder aus den alten Bundesländern kamen hinzu»²⁰, stellte Edwin Schwertner bereits 2003 fest. Ab 2001 seien – so Schwertner – unter anderen hinzugekommen: Hans-Dieter Fritschler, Prof. Dr. Erich Hahn, Klaus Herrmann (Niedersachsen), Hans Jacobus, Ingrid Langbein (Rostock), Dr. Kurt Libera, Jolanda Putz (Bayern), Johann Scheringer, Horst Siebeck, Prof. Willi Sitte, Margot Theben und Prof. Dr. Manfred Wekwerth.²¹

DER RAT DER ALTEN DER PDS ALS MAHNER DER PARTEI UND IHRER FÜHRUNG

Im Vorfeld der Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern im Herbst 1990 mahnte Jürgen Kuczynski als Mitglied des *Rates der Alten* die Entwicklung einer Strategie der PDS an: «Ich glaube, wir haben eine ausgezeichnete Taktik. Aber was ist unsere Strategie? Bis vor kurzem war es schwer, sie zu entwickeln, aber jetzt wird es an der Zeit.»²² In diesem Kon-

text verlangte Kuczynski, dass die Partei endlich ideologisch in die Offensive gehen müsse. Es reiche nicht aus, wenn Gregor Gysi selbst sowie André Brie, der schön schreiben könne, und Klaus Höpcke, der klug argumentieren könne, in den Medien präsent seien. Wo blieben die anderen Präsidiumsmitglieder, warum höre man so wenig von den Sitzungen des Präsidiums?²³ Zudem sei das der PDS nahe stehende «Neue Deutschland» – «in schärfstem Gegensatz» etwa zur «Berliner Zeitung» – «äußerlich so langweilig wie möglich aufgemacht». «Versteht denn keiner dort etwas vom Layout?», fragte der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und kritisierte: «Und auch dort nicht der mindeste Offensivgeist!»²⁴

In der zweiten Oktober-Hälfte 1990 beschädigte der als «Putnik-Affäre» bekanntgewordene Finanzskandal, bei dem mit einer illegalen Transaktion versucht worden war, Parteivermögen ins Ausland zu verbringen, um es vor dem staatlichen Zugriff zu sichern, das Ansehen der PDS in der Öffentlichkeit nachhaltig. Der stellvertretende

19 Vgl. Beschluß des Präsidiums des Parteivorstandes [der PDS] vom 23.07.1990: Vorschläge für eine effektivere Gestaltung der Tätigkeit des Rates der Alten. In: ADS, PDS-PV - 324, Bl. 75/76. **20** Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34. **21** Vgl. ebenda, S. 35. **22** Jürgen Kuczynski in einem Brief an Gregor Gysi, Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus, vom 13. Juli 1990. In: ADS, PDS-PV - 339, Bl. 50. **23** Vgl. ebenda. **24** Ebenda, Bl. 51.

In der kontroversen Programmdebatte von 1991 und 1992 sah sich eine verunsicherte Parteibasis mit neuen Sichtweisen und Begriffen wie «Moderne», «Zivilgesellschaft» oder «Transformation» konfrontiert.

Parteivorsitzende Wolfgang Pohl übernahm die Verantwortung und trat zurück. In dem bereits oben erwähnten Brief an das Präsidium des Parteivorstandes der PDS vom 29. Oktober 1990 schrieb Jürgen Kuczynski in seiner Funktion als Mitglied des *Rates der Alten* an das Gremium «in der schwierigen Situation, in die unsere Partei durch die Machenschaften des Genossen Pohl geraten ist, einige Worte der Mahnung»²⁵. Er erinnerte angesichts der ganz offensichtlich schwächlichen Organisation der PDS daran, dass es früher in der KPD neben dem Polleiter für die politische Arbeit einen Organisationsleiter gab. Er sei davon überzeugt, dass Wolfgang Pohl «in seiner Geheimaktion glaubte, statt ein Verbrechen an der Partei zu begehen, ihr nützlich zu sein». Aber schon die Tatsache, dass er eine solche Geheimaktion unternehmen konnte, habe gezeigt, dass das Präsidium «nicht kollektiv arbeitet». Gregor Gysi sei völlig überlastet und bedürfe dringend eines Organisationsleiters, der ihm zur Seite steht und «mit ihm die entscheidende Verantwortung dafür trägt, daß das Präsidium als Kollektiv arbeitet».²⁶

In den Jahren 1991 und 1992 fand in der PDS eine äußerst kontrovers geführte Programmdebatte

statt, an der sich nicht nur ein kleiner Kreis von Parteintellectualen, sondern auch die breite Mitgliedschaft beteiligte. Sie war begleitet von mehreren Entwürfen der Grundsatzkommission, unterschiedlichen Gegenentwürfen, diversen Standpunkt-papieren, von Programmkonferenzen und von Debatten in den Basisorganisationen der PDS. «Die Pole waren schnell klar», schreibt rückblickend der Politikwissenschaftler Horst Dietzel, der als Mitglied der Grundsatzkommission an den damaligen Kontroversen beteiligt war. «Auf der einen Seite gab es die radikal-reformerischen Kräfte, die untereinander unterschiedliche Positionen zu Detailfragen vertraten, auf der anderen Seite die Anhänger der Kommunistischen Plattform.»²⁷ Dazwischen habe eine mehr oder weniger verunsicherte Parteibasis gestanden, die zwar deutlich spürte, dass Neuerungen nötig waren, aber mit neuen Sichtweisen und Be-

²⁵ Brief von Jürgen Kuczynski vom 29. Oktober 1990 an das Präsidium [des Parteivorstandes] der Partei des Demokratischen Sozialismus, a.a.O., Bl. 46. ²⁶ Ebenda, Bl. 47. ²⁷ Horst Dietzel: Von der PDS-Programmatik zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 2011/I, Januar, S. 60/61.

griffen wie «Moderne», «Zivilgesellschaft» oder «Transformation» konfrontiert wurde, die nicht ins gewohnte Denkschema passten.²⁸

In dieser Situation meldete sich der *Rat der Alten* mit der Erklärung «Wir brauchen Meinungsvielfalt und gemeinsames Handeln» im Vorfeld der 3. Tagung des 2. Parteitages der PDS, die für den 14./15. Dezember 1991 geplant war, zu Wort und mahnte einen sachlichen Meinungsstreit in der Partei an. Dabei dürfe die geschichtliche Erfahrung nicht ignoriert werden, dass nicht nur erzwungene «Einheit und Geschlossenheit», sondern auch das Fehlen von Übereinstimmung die Partei zerstören könne. «Unser offener, schonungsloser Meinungsstreit muß zu gemeinsamer Politik, zu gemeinsamen Aktionen führen. ... Von der kommenden 3. Tagung des 2. Parteitags der PDS erhoffen und erwarten wir einen entschiedenen Schritt in diese Richtung.»²⁹

Am 27. März 1992 trafen sich die Mitglieder des *Rates der Alten* mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag, Andrea Lederer, zur Diskussion über die parlamentarische Arbeit der PDS. Andrea Lederer informierte den Rat darüber, mit welchen gesetzgeberischen Initiativen, Anfragen und Anträgen die Gruppe versuche, die Interessen insbesondere der Bevölkerung in den neuen Bundesländern wahrzunehmen (von Bemühungen um den Erhalt industrieller Kern-

bereiche bis zur sozial gerechteren Gestaltung des Rentenrechts). In der Diskussion verlangte Erwin Geschonneck ein energisches Eintreten für die Rechte der Wehrdienstverweigerer. Ruth Werner fand es sehr fragwürdig, offene Grenzen für alle Flüchtlinge zu fordern, wenn sich eine solche Forderung in der praktischen Politik als undurchführbar erweise. Stephan Hermlin machte sich dafür stark, die für ihn zum Teil unerträglichen Ereignisse um die Akademie der Künste Ost und West³⁰ auch im Bundestag zur Sprache zu bringen.³¹

Mehrere Mitglieder des *Rates der Alten*, darunter Hans Jendretzky, Benno Heumann und Harald Hauser, befassten sich in ihren Debattenbeiträgen mit Fragen der Aufarbeitung der Geschichte und mit dem Verhältnis der PDS zur Sozialdemokratie. In die Aussprache wurden viele Erfahrungen aus dem politischen Kampf in der Weimarer Republik und aus der Zeit des Widerstandes gegen den Faschismus eingebracht und davor gewarnt, bei aller Un-

28 Vgl. ebenda, S. 61. **29** Erklärung des Rates der Alten: Wir brauchen Meinungsvielfalt und gemeinsames Handeln (undatiert, ca. Ende November/Anfang Dezember 1991). In: ADS, PDS-PV - 039, Bl. 18. **30** Die Akademie der Künste der DDR fusionierte in einem schwierigen Vereinigungsprozess 1993 mit der Akademie der Künste Berlin (West) zur Akademie der Künste von Berlin, die von den Ländern Berlin und Brandenburg getragen wurde. **31** Vgl. Kritischer Rat der Alten. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1992, Nr. 14 (vom 03.04.1992), S. 4.

terschiedlichkeit politischer Standpunkte in Sektierertum oder politische Engherzigkeit abzugleiten. Jürgen Kuczynski forderte vom Vorstand, den *Rat der Alten* wirklich ernst zu nehmen. Wenn ihn der Parteivorsitzende und der Parteivorstand nicht als beratendes Organ nutzen würden, dann könnte ihn die nächste Parteitagssitzung gleich auflösen – ein Standpunkt, bei dem Kuczynski die Mehrheit der Ratsmitglieder auf seiner Seite hatte.³²

Am 14. September 1992 traf sich Gregor Gysi mit dem *Rat der Alten* im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Der Parteivorsitzende erinnerte an die Gründung des Gremiums und an die Intentionen, die er damit verband: Als er damals mit knapp über 40 Jahren den Vorsitz der SED/PDS übernahm, habe er eine Runde zusammenführen wollen, die helfen sollte, Erfahrungen nutzbar zu machen, Neues im Lichte des Gewesenen zu sehen, also einen Kreis, der kluges Abwägen ebenso wie originäres Denken verhiel. Gysi referierte dann über die Klausurtagungen von Bundestagsgruppe und Parteivorstand sowie über die Beratung von Vorstand und Parteirat, die den 3. Parteitag der PDS einberief. Im Referat wie in der anschließenden Debatte ging es insbesondere um die Programmdiskussion der Partei, um die Haltung zur SPD, um die Ergebnisse der Politik des Anschlusses der DDR an die Alt-BRD und um die Asyl- und Flüchtlingspolitik.³³

Jürgen Kuczynski wandte sich dagegen, zum damaligen Zeitpunkt ein neues Programm der PDS anzustreben. Die Formulierung wesentlicher Grundzüge und humanistischer Prinzipien würde völlig genügen. Doch die Mehrheit der Anwesenden teilte diese Auffassung nicht. Moritz Mebel gab zu bedenken, dass ein Großteil der Parteibasis ein neues Programm fordere. Stefan Doernberg wies darauf hin, dass sich der vorangegangene Parteitag klar für die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms ausgesprochen habe und Vorstand und Parteirat damit in der Pflicht stünden. Einigkeit herrschte im *Rat der Alten* allerdings darüber, dass der Entwurf der Grundsatzkommission gedanklich straffer, sprachlich verständlicher und letztlich kürzer gefasst werden müsste. Steffi Spira lobte den Slogan «Kopf hoch, nicht die Hände» als programmatische Aussage, die eingee. Max Schmidt bekräftigte das Herangehen, globale Menschheitsfragen zum Ausgangspunkt des Programms zu nehmen. Heinrich Taut plädierte für programmatische Überlegungen zur Entwicklung einer neuen gesellschaftlichen Bedürfnisstruktur. Stefan Doernberg hielt es für eine der wichtigsten

³² Vgl. ebenda. ³³ Vgl. Rat der Alten für Gregor Gysi. Von einem Treffen am 14. September [1992] im Karl-Liebknecht-Haus. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1992, Nr. 39 (vom 25.09.1992), S. 11/12.

Aufgaben, den Menschen in ganz Deutschland Perspektiven in dieser Gesellschaft aufzuzeigen. Harald Hauser erinnerte an die Alternative «Sozialismus oder Barbarei» und verlangte, die Chancen zu nutzen, die sich daraus für breite Bündnisse ergeben würden. Und Karl Schirdewan unterstrich, dass ohne die Sozialdemokratie – das bleibe bei aller erforderlichen Auseinandersetzung stets zu beachten – eine gesellschaftliche Entwicklung nach vorn nicht zu machen sei.³⁴

Mit Wolfgang Gehrcke, dem stellvertretenden PDS-Bundesvorsitzenden, und Hans Modrow, dem Ehrenvorsitzenden der Partei, traf sich der *Rat der Alten* am 14. Juni 1993, um die generelle Frage «Wie weiter mit dem Rat?» zu diskutieren, nachdem es um das Gremium in den vorangegangenen Monaten sehr still geworden war. Insbesondere Ruth Werner und Karl Schirdewan sprachen sich in der Debatte dafür aus, den *Rat der Alten* ersatzlos aufzulösen, da sich seine Funktion erschöpft habe. Konsultationen des Parteivorsitzenden mit einzelnen Mitgliedern des Rates könnten hier produktiver sein. Ein Standpunkt, dem auch Moritz Mebel mit den Worten beipflichtete: Wenn man sich nicht gegenseitig brauche, dann Schluss damit. Gegenteiliger Meinung waren Stefan Doernberg, Oskar Fischer und Eberhard Rebling. Sie vertraten den Standpunkt, dass mit einer Auflösung des *Rates der Alten*

der dort vorhandene große Erfahrungsschatz nicht mehr genügend für die PDS fruchtbar gemacht werden könne. Ernst Engelberg und Bernhard Quandt knüpften daran an und erläuterten, wie sich die PDS in den bevorstehenden Wahlkämpfen stärker als entschiedene linke Opposition profilieren könnte.³⁵

Wolfgang Gehrcke schlug vor, den *Rat der Alten* von einem Gremium beim Parteivorsitzenden zu einer Beraterrunde beim Parteivorstand umzugestalten. Es gelte insbesondere, zentrale Fragen wie die Grundlinie der PDS in Wahlkämpfen oder das generelle Herangehen an Geschichtsdiskussionen zu besprechen. Zudem sei zu erwägen, den *Rat der Alten* personell um weitere hervorragende Persönlichkeiten aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der ehemaligen DDR und aus den alten Bundesländern zu erweitern. Hans Modrow regte an, dem auf der 2. Tagung des 3. Parteitages der PDS neugewählten Parteivorstand Vorschläge zu unterbreiten, welche zwei Themen im zweiten Halbjahr 1993 dem Rat vorgelegt werden sollten. Anfang 1994 könnte dann endgültig entschieden werden, ob der *Rat der Alten* seine Tätigkeit einstellt oder wie seine weitere Arbeit gestaltet wird.³⁶

³⁴ Vgl. ebenda. ³⁵ Vgl. Rat der Alten – Entscheidung Anfang 1994. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1993, Nr. 24 (vom 18.06.1993), S. 6. ³⁶ Vgl. ebenda.

Am 31. Januar 1994 befasste sich dann der Parteivorstand der PDS u. a. mit der weiteren Tätigkeit des *Rates der Alten* und beschloss die in der Vorlage von Lothar Bisky und Hans Modrow enthaltenen Punkte 1 bis 4 «mit geringfügigen Änderungen».³⁷ Konstatiert wurde in der Vorlage zunächst, dass der *Rat der Alten*, der anfänglich eine Beratungsfunktion wahrnahm, im Laufe der Zeit zu einem Gremium der Information über wichtige Politikfelder der Partei für die Mitglieder des Rates durch den Vorsitzenden und den Ehrenvorsitzenden geworden sei. Im Rat sei deshalb mehrfach kontrovers über die Einstellung der Arbeit diskutiert worden.³⁸ Vorgeschlagen und beschlossen wurde nun, dass *erstens* die Tätigkeit des Rates fortgesetzt werden sollte, um die vom Rat gesammelten Erfahrungen zu nutzen. *Zweitens* werde der Rat um Persönlichkeiten erweitert, die fähig und in der Lage seien, Parteimitglieder und Sympathisant*innen zur gemeinsamen Bearbeitung speziell interessierender Probleme zu gewinnen und so beratend dem Vorsitzenden zur Seite zu stehen. *Drittens* wurden der Vorsitzende und der Ehrenvorsitzende beauftragt, in Vorbereitung auf die 3. Tagung des 3. Parteitages mit den berufenen Mitgliedern des Rates und jenen Persönlichkeiten, die neu berufen werden könnten, gemeinsam über die weitere Arbeit des *Rates der Alten* und über die

Anfang 1994 wurden die Tätigkeit des Rates erweitert: Einflussnahme auf die Streitkultur, Geschichtsarbeit und die Teilnahme an Grundsatzdiskussionen der Partei sollten nun auch zu seinem Arbeitsgegenstand gehören.

Wahlprogramme der Partei zu beraten. *Viertens* werde der *Rat der Alten* zwei Beratungen durchführen: (a) zur Geschichtsproblematik und (b) zur Auswertung der Ergebnisse der Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen.³⁹ Vor diesem Hintergrund beriet dann der *Rat der Alten* am 25. Februar 1994 in Berlin über seine weitere Arbeit.⁴⁰ Die Aufgabenstellung des Rates wurde inhaltlich erweitert: Beratung und Stellungnahmen zu politischen Grundfragen, die Einflussnahme auf die politische Streitkultur innerhalb der PDS, die Geschichtsarbeit und die Teilnahme an Grundsatzdiskus-

³⁷ Vgl. Parteivorstand der PDS: Beschlußprotokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 31.01.1994, Berlin, 31.01.1994, S. 3. In: ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Sign. 2003-XII-331. ³⁸ Vgl. Lothar Bisky, Hans Modrow: Vorlage für den Parteivorstand / Sitzung am 31. Januar 1994: Zur weiteren Arbeit des Rates der Alten, S. 1. In: ebenda. ³⁹ Vgl. ebenda, S. 1/2. ⁴⁰ Vgl. Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS. 1989 – 1994, erarbeitet von Otfried Arnold, Frank Schumann, Edwin Schwertner, Reinhard Thyzel und Helmut Zessin, Berlin 1995, S. 197. ⁴¹ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34. ⁴² Vgl. Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS. 1989–1994, a.a.O., S. 210.

sionen der Partei sollten nun auch zum Arbeitsgegenstand des *Rates der Alten* gehören. Dazu sollten Jahresarbeitspläne aufgestellt und die Kontakte der Ratsmitglieder zu Basisorganisationen ausgebaut und gefestigt werden.⁴¹ Am 16. Mai 1994 diskutierte der *Rat der Alten* in diesem Sinne dann das Thema «Pluralismus und Toleranz» als Grundbedingung für die weitere Entwicklung der PDS.⁴²

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl im Herbst 1994 beschimpfte Bundeskanzler Helmut Kohl in der zweiten August-Hälfte in Frankfurt/Oder und in Dortmund Mitglieder der PDS und diese Partei pauschal als «kommunistischen Pöbel» und als «rotlackierte Faschisten». Am 23. September 1994 beschwerten sich daraufhin Mitglieder des *Rates der Alten* beim Bundespräsidenten darüber, dass sie als «rotlackierte Faschisten» beleidigt wurden. Sie forderten in der Sache ein klärendes Wort des Staatsoberhauptes.⁴³

Am 28. November 1994 befasste sich der Parteivorstand der PDS mit den «10 Thesen zum weiteren Weg der PDS» und beschloss deren Veröffentlichung.⁴⁴ In den Thesen wurde konstatiert, dass die PDS in den fünf Jahren ihres Bestehens den schwierigen Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Partei zurückgelegt habe, ein Weg, der nicht abgeschlossen sei. «In ihren Reihen festigt die PDS den Grundkonsens der Wendezeit: Bruch mit der

zentralistischen, demokratiefeindlichen Politik der SED und dem Stalinismus. Die PDS will eine Zukunft, die anders ist, als die DDR war.»⁴⁵ Notwendig sei ein neuer Gesellschaftsvertrag, der Fundamente für eine Lebensweise des 21. Jahrhunderts schafft.⁴⁶ Gegenwärtig stehe eine Regierungsbeteiligung der PDS auf Landesebene nicht zur Diskussion, für die Zukunft werde sie jedoch nicht ausgeschlossen.⁴⁷ «Die PDS strebt eine Gesellschaft an, in der demokratische, soziale und Freiheitsrechte garantiert sind.»⁴⁸ Sozialismus wurde nicht als gesellschaftliches Ziel benannt.

Der *Rat der Alten* beriet am 17. Dezember 1994 mit dem Bundesgeschäftsführer der PDS, Martin Harnack, über das Dokument und empfahl dem Parteivorstand, auf eine Beschlussfassung zu den «10 Thesen» auf der damals bevorstehenden 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS zu verzichten. Die Thesen hätten noch nicht die Reife und die Aussagen, «die für die Positionsbestimmung der Partei in den gegenwärtigen und künftigen politischen Kämpfen klar und verständlich erforderlich sind»⁴⁹.

43 Vgl. ebenda, S. 225 und 233. 44 Vgl. ebenda, S. 247. 45 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS (Entwurf), Berlin, 25.11.1994, S. 14. In: ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Sign. 2003-XII-332. 46 Vgl. ebenda, S. 8. 47 Vgl. ebenda, S. 16. 48 Ebenda, S. 19. 49 Zit. in: PDS-Pressedienst, Berlin, 1994, Nr. 51 (vom 23.12.1994), S. 9.

In einer Meinungsäußerung zur Diskussion in der PDS am 27. Januar 1995 charakterisierte das Mitglied des *Rates der Alten*, der 87-jährige Karl Schirdewan, den Linksradikalismus als das entscheidende Problem auch in der Geschichte der SED. Der Linksradikalismus habe durch die künstliche und unrealistische Beschleunigung der historischen Prozesse in eine gesellschaftliche Tragödie geführt.⁵⁰

In einer Erklärung vom 3. März 1995 nahm der *Rat der Alten* zu den Ergebnissen der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS Stellung. Er bekundete dem neu gewählten Vorstand seine solidarische Unterstützung und verwies auf die Fortschritte im Erneuerungsprozess der Partei. Die Standpunktbestimmung mit der Bekräftigung des Sozialismus als Ziel, der erneuten Absage an den Stalinismus und der Darstellung der heute notwendigen und möglichen Veränderungen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung hätten die Zustimmung der Delegierten gefunden und müssten die weitere Arbeit der Partei bestimmen. «Wir unterstützen die im Referat von Lothar Bisky formulierten konkreten Aufgaben der PDS als oppositionelle Kraft gegen Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Rentenstrafrecht, für das Recht auf Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum, gegen Frauenfeindlichkeit, Kulturabbau, Rassismus und den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland.»⁵¹ Die Ergebnisse des Parteitages

würden, so der *Rat der Alten*, die PDS als politikfähige linke Opposition charakterisieren. Der Rat teile die Meinung der Delegierten, dass nur die enge Verknüpfung von parlamentarischer Tätigkeit und einem stärker werdenden außerparlamentarischen Druck zu sozial gerechten Veränderungen führen könne.⁵²

Mitglieder des *Rates der Alten*, des Parteivorstandes, der Bundestagsgruppe und Vertreter der *AG Seniorenpolitik* berieten am 21. März 1995 in Berlin über weitere Aktionen und Aktivitäten der PDS gegen das Rentenstrafrecht.⁵³ Am 18. Dezember 1995 erörterte der *Rat der Alten* die Notwendigkeit einer Strategiedebatte in der PDS, ihr Ziel und die Methoden, wobei die Politik gegenüber der SPD eine zentrale Rolle spielte. Nach einer Einführung von Prof. Dr. Horst Schneider (Dresden) gab es eine offene und konstruktive Diskussion, an der sich unter anderen Ernst Engelberg, Stefan Doernberg, Moritz Mebel, Friedel Trappen, Hans Modrow und Lothar Bisky beteiligten. Kritisch wurde angemerkt, dass der Analyse der Wirklichkeit, die ja Voraussetzung von Politik und Strategie

⁵⁰ Vgl. Chronik der PDS. 1989 bis 1997. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998, S. 224/225. ⁵¹ Erklärung [des Rates der Alten, 3. März 1995]. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1995, Nr. 10 (vom 10.03.1995), S. 8. ⁵² Vgl. ebenda. ⁵³ Vgl. Chronik der PDS. 1989 bis 1997, a.a.O., S. 239.

sei, in der PDS zu wenig Beachtung geschenkt werde. Hans Modrow, der sich leidenschaftlich für eine intensive Strategiedebatte aussprach, sah dabei drei Ebenen: (1) Die historischen Erfahrungen (positive wie negative) müssten genutzt werden. (2) Die Strategiedebatte müsste sich vor allem auf die Lehren der Nachkriegszeit konzentrieren. (3) Eine exakte Analyse der vor sich gehenden Prozesse sei unabdingbar.⁵⁴ Der *Rat der Alten* debattierte am 29. März 1996 mit Lothar Bisky Probleme der Vereinigung von KPD und SPD zur SED 1946. Der Historiker Prof. Dr. Günter Benser wandte sich gegen den «Kampfbegriff» von der «Zwangsvereinigung» und wollte «lauteres und überzeugtes Handeln für die Einheit» ebenso ernstgenommen und gewürdigt sehen wie damals geäußerte Warnungen und Bedenken. Weder undifferenziertes «Hochloben» noch Verteufelung seien am Platze. Wenn man die Entwicklung in Gesamtdeutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs betrachte, müsse konstatiert werden, dass die kommunistischen ebenso wie die sozialdemokratischen Konzepte der Anfangszeit gescheitert seien. In der Debatte, in der die Teilnehmer immer wieder eine konkret-zeitbezogene Betrachtung der SED-Gründung anmahnten, wurden durchaus unterschiedliche Sichten deutlich. Während es Jürgen Kuczynski für grundfalsch hielt, von einer Vereinigung zu reden (vielmehr sei «die

SPD für einen Lernprozess in die Partei aufgenommen» worden), wiesen andere auf antifaschistisch-demokratische Motive für einen stark ausgeprägten Einheitswillen sowohl auf Seiten der KPD wie der SPD hin und wollten spätere negative Entwicklungen nur bedingt im direkten Zusammenhang mit der Gründung der SED sehen.⁵⁵

Am 16. September 1996 nahm der *Rat der Alten* zu Versuchen politischer Gegner, die PDS als undemokratisch und nicht verfassungskonform zu diskriminieren, sie zu spalten und auszuschalten, Stellung: «Die PDS steht und arbeitet auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.»⁵⁶ Zur Erneuerung der Partei gehöre die Absage an den Stalinismus; genauso abzulehnen seien aber auch Erscheinungen des Antikommunismus. Der *Rat der Alten* empfahl, den Widerstand gegen Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen von Frauen, Jugendlichen und älteren Menschen zum Schwerpunkt der politischen Arbeit der Partei zu machen. Konkrete politische Aktionen

⁵⁴ Vgl. Horst Schneider: Ist eine Strategiedebatte notwendig? PDS-Rat der Alten tagte. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1996, Nr. 2 (vom 12.01.1996), S. 5. ⁵⁵ Vgl. PDS-Pressedienst, Berlin, 1996, Nr. 14 (vom 04.04.1996), S. 8. ⁵⁶ Rat der Alten: Standpunkt zu aktuellen Fragen der Politik der PDS. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1996, Nr. 38 (vom 20.09.1996), S. 20.

auf der Basis des Parteiprogramms und einer langfristig angelegten theoretisch fundierten Strategie sollten nach Auffassung des Rates in Zukunft das Erscheinungsbild der Partei bestimmen.⁵⁷

Lothar Bisky, der Bundesvorsitzende der PDS, informierte am 11. April 1997 den *Rat der Alten* über die Lage in der Partei und diskutierte die Situation mit den Ratsmitgliedern. Der *Rat der Alten* unterstrich, dass er eine seiner wichtigsten Aufgaben darin sehe, in Grundsatzdiskussionen mitzuwirken, Vorschläge für die künftige Gestaltung der politischen Arbeit der PDS zu machen und zu wichtigen Dokumenten seine Meinung zu äußern. Der Rat wolle zu aktuellen Fragen und Problemen Stellung nehmen, aus eigener Initiative oder auf Anforderung Vorschläge für den Parteivorstand oder den Vorsitzenden erarbeiten und neue Fragestellungen aufwerfen. Ein neues Feld der Arbeit des *Rates der Alten* liege in der Teilnahme an Konferenzen der PDS, an Veranstaltungen der Länder und Kreise – in eigener Verantwortung oder auf Anregung durch die jeweiligen Vorstände. Die Mitglieder des Rates wollten sich bei Jahrestagen oder anderen bedeutenden Terminen als Referenten zur Verfügung stellen.⁵⁸

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen der Mitglieder des *Rates der Alten* war eine solche Debatte mit Vertretern der Parteiführung

wie diese mit Lothar Bisky offensichtlich nicht die Regel. In einem Brief von Oskar Fischer, Moritz Mebel und Edwin Schwertner, der drei Sprecher des *Rates der Alten*, an Lothar Bisky noch vom gleichen Tage dankten sie für die erhaltenen Informationen, betonten aber: «Wir erwarten allerdings, daß an den Sitzungen des *Rates der Alten* künftig der Vorsitzende oder ein von ihm Beauftragter bis zum Abschluß der Diskussion teilnimmt. Es wird auch erwartet, daß grundlegende Dokumente, so z. B. der Entwurf des Wahlprogramms der PDS, vor der Beschlußfassung im Vorstand [...] im *Rat der Alten* diskutiert werden können.»⁵⁹

In der Folge informierte der Bundesgeschäftsführer der PDS, Dietmar Bartsch, am 13. Juni 1997 über die Arbeit des Bundesvorstandes seit dem Schweriner Parteitag und stellte die Arbeitsweise der Bundesgeschäftsstelle vor. In der anschließenden Diskussion berichteten Ratsmitglieder auch über die Teilnahme an Kongressen und Veranstaltungen. Zudem stellten sich neu berufene Ratsmitglieder vor.⁶⁰

⁵⁷ Vgl. ebenda. ⁵⁸ Vgl. Mitwirkung in Grundsatzdiskussion bleibt wichtige Aufgabe. Der Rat der Alten tagte. In: PDS-Presseamt, Berlin, 1997, Nr. 16 (vom 18.04.1997), S. 7. ⁵⁹ Brief der Sprecher des Rates der Alten an den Bundesvorsitzenden der PDS vom 11.04.1997. In: ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Sign. 2003-XII-245. ⁶⁰ Vgl. Einladung und Teilnehmerliste zum Treffen des Rates der Alten am 13. Juni 1997. In: ebenda.

Am 12. September 1997 referierte der Wahlkampfleiter der PDS, André Brie, zum Thema «Die PDS in den Wahlen 1998/99» und stellte sich der Diskussion mit den Ratsmitgliedern.⁶¹ Am 5. Dezember 1997 befasste sich der *Rat der Alten* in Vorbereitung auf das Doppeljubiläum 50 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und 50 Jahre Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Jahr 1999 mit der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden der Jahre 1947 bis 1949.⁶² Diese Bewegung war auf die Erhaltung Deutschlands als demokratischer und friedliebender Staat gerichtet. Ihr 3. Volkskongress nahm Ende Mai 1949 den Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik an, die dann am 9. Oktober 1949 zur ersten Verfassung der DDR wurde. Zum Treffen des *Rates der Alten* am 5. Dezember 1997 legten sowohl der Historiker Prof. Dr. Horst Schneider (Dresden) als auch der Historiker Prof. Dr. Stefan Doernberg (Berlin) Thesen zum Thema vor und führten in die Diskussion ein.

Horst Schneider sah in der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden «eine (letzte?) Chance, die Spaltung Deutschlands zu verhindern, an der in erster Linie die restaurativen Kräfte (Adenauer: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb) interessiert waren»⁶³. Über

vierzig Jahre habe die DDR die antiimperialistische Alternative verkörpert. Für die menschlichen, ökonomischen und politischen Verluste und Opfer in der Zeit des Kalten Krieges und der Konfrontation seien primär jene verantwortlich, die 1947 die politischen Weichen entsprechend gestellt hätten.⁶⁴

Stefan Doernberg setzte einen etwas anderen Akzent. Die Volkskongressbewegung habe an die Vorstellungen der demokratischen Kräfte in der Revolution von 1848, an ihr Eintreten für eine einheitliche deutsche Republik angeknüpft. Die grundsätzlichen Befürchtungen westdeutscher Politiker, die angestrebte Restauration alter Macht- und Besitzverhältnisse nicht durchsetzen zu können, «wie auch Aktivitäten und taktische Züge der SED-Führung, die letztlich die eigene Hegemonie in der Ostzone einer mit Sicherheit zweitrangigen, wenn auch einflußreichen Position in einem einheitlichen Deutschland vorzog,»⁶⁵ hätten die beträcht-

61 Vgl. Einladung zum Treffen des Rates der Alten am 12. September 1997. In: ebenda. **62** Vgl. Zum 1. Deutschen Volkskongress. Diskussion im Rat der Alten. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1997, Nr. 50 (vom 12.12.1997), S. 15. – Der Rat der Alten erörterte auf dieser Sitzung auch Vorstellungen zum Entwurf des Wahlprogramms der PDS und übermittelte anschließend Zustimmung und Formulierungsvorschläge an die Grundsatzkommission. Vgl. ebenda. **63** Horst Schneider: Zur Rolle der SPD und der LDPD/FDP in der Volkskongressbewegung 1947/48 (Thesen), Dresden, 01.11.1997, S. 2. In: ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Sign. 2003-XII-245. **64** Vgl. ebenda.

lichen Chancen für die Erhaltung der Einheit Deutschlands in den Jahren 1947 bis 1949 durchkreuzt. Doernberg regte an, sich als *Rat der Alten* dazu zu äußern, in welchem Maße die dann erfolgte Bildung von zwei deutschen Staaten ein Provisorium sein konnte, aber auch für beide historisch und auch rechtlich legiti-

Zum Wahlkampf 1998 erklärte der Rat, dass Deutschland Reformen brauche zugunsten der Mehrheit des Volkes und nicht vorrangig für die «Besserverdienenden», die Milliardäre und Multimillionäre.

miert und von der Bevölkerung getragen war: «Vom *Rat der Alten* sollte damit eine Initiative ausgehen, daß wir 1998/99 seitens der PDS ein richtiges Traditionsverständnis zum bevorstehenden 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, zur Wahrung ihres Erbes – des positiven wie des negativen, des unterschiedlichen wie auch verbindenden – für die Gestaltung der heutigen und morgigen, wenn auch gegenüber 1949 ganz anders gelagerten Aufgaben, vermitteln.» Letztlich gehe es darum, aus der bisherigen Defensivposition in der Haltung zur Geschichte herauszutreten und «zugleich bei einer in allen Richtungen kritischen Befragung zu bleiben». ⁶⁶

Im März 1998 positionierte sich der *Rat der Alten* zum Wahlprogramm der PDS für die Bundestagswahl im Herbst jenes Jahres und übermittelte seine Gedanken dazu dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky.⁶⁷ In seiner Stellungnahme zur Rolle der PDS in der Bundesrepublik und zum Wahlkampf 1998 erklärte der *Rat der Alten*, dass Deutschland angesichts der fortdauernden Krisensituation Reformen brauche, die den Weg zu einer gerechten Republik bahnen könnten, Reformen zugunsten der Lohnabhängigen, der sozial Schwachen, der kleinen und mittleren Unternehmer, also zugunsten der Mehrheit des Volkes und nicht vorrangig für die «Besserverdienenden», die Milliardäre und Multimillionäre. «Ein Schritt in die richtige Richtung muß heute die Bildung einer neuen Koalition sein, die die abgewirtschaftete Kohl-Regierung ablöst und einen echten Politikwandel einleitet. Die PDS ist daher unter heutigen Bedingungen bereit, die Bildung einer von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragenen Regierung zu unterstützen.»⁶⁸

⁶⁵ Stefan Doernberg: Thesen für die Beratung des Rats der Alten am 5.12.1997 (undatiert), S. 2. In: ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Sign. 2003-XII-245. ⁶⁶ Ebenda, S. 3. ⁶⁷ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 35. ⁶⁸ Je stärker die PDS-Bundestagsfraktion, desto größer ihr Einfluß auf politische Veränderungen. Der Rat der Alten zur Rolle der PDS in der Bundesrepublik und zum Wahlkampf. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1998, Nr. 11 (vom 13.03.1998), S. 3.

Die PDS werde mit ihrer Politik nachhaltig dafür eintreten, dass es bei diesem Regierungswechsel auch zu spürbaren Veränderungen komme. Es gebe im Deutschen Bundestag keine andere Partei, die im Einklang mit dem Grundgesetz so entschieden wie die PDS für eine neue Politik eintrete, für eine demokratische, sozial gerechte Republik. Je stärker ihre Fraktion sein werde, umso nachhaltiger ihr Einfluss auf politische Veränderungen, die der Mehrheit der Menschen in ganz Deutschland dienen.⁶⁹

Im September 1998 rief der Rat dazu auf, bei der Bundestagswahl für die Kandidatinnen und Kandidaten der PDS zu stimmen.⁷⁰ Nach der mit 5,1 Prozent erfolgreichen Wahl, die erstmals den Einzug der PDS in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke ermöglichte,⁷¹ erarbeitete der *Rat der Alten* Vorschläge und Empfehlungen für die weitere Arbeit des Parteivorstandes und ließ sie dem Parteivorsitzenden zukommen.⁷²

In den ersten Monaten des Jahres 1999 eskalierte der Kosovo-Konflikt zwischen den Sicherheitskräften der jugoslawischen Bundesregierung und der «Befreiungs-Armee des Kosovo» UÇK. Zur Unterstützung der UÇK der kosovo-albanischen Nationalisten flog die NATO nach den gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen – ohne ein Mandat der UNO – Luftangriffe gegen Jugoslawien.⁷³ Ge-

gen die Stimmen der PDS und einer Reihe Abgeordneter von *Bündnis 90/Die Grünen* hatte der Deutsche Bundestag zuvor für die Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Krieg gegen Jugoslawien als «humanitärer Intervention» votiert.⁷⁴

In einer Erklärung vom 21. Mai 1999 unterstrich der *Rat der Alten* seine Unterstützung für die Ablehnung des Einsatzes deutscher Soldaten auf dem Balkan durch die PDS-Fraktion im Bundestag im März 1999 und stimmte dem Friedensplan der PDS vom 5. April 1999 uneingeschränkt zu. «Für uns ist es unerträglich, daß deutsche Soldaten und Kriegsmaschinen als Teil einer neuen Machtoligarchie wieder dabei sind, wenn auf dem Balkan Krieg geführt wird», betonte der Rat. «Deshalb unterstützen wir alle Bestrebungen, der Diplomatie und politischen Verhandlungen im Rahmen und unter Verantwortung der Vereinten Nationen Raum zu geben, um das Töten in Südosteuropa zu beenden und Frieden zu schaffen.»⁷⁵

69 Vgl. ebenda. **70** Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 35. **71** Vgl. Der Fischer Weltalmanach 1999. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 1998, Sp. 237. **72** Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 35. **73** Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2000. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 1999, Sp. 416/417. **74** Vgl. ebenda, Sp. 233/234. **75** Gegen das Morden auf dem Balkan. Erklärung des Rates der Alten vom 21.5.1999. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 1999, Nr. 21 (vom 28.05.1999), S. 1.

Zugleich rief der *Rat der Alten* alle Freunde und Sympathisanten auf, bei der Europa-Wahl am 13. Juni 1999 die PDS zu wählen: «Unterstützt die Politik der PDS für eine friedliche, politische Lösung des Krieges auf dem Balkan. Die PDS als einzige Antikriegspartei im Deutschen Bundestag gehört in das Europaparlament.»⁷⁶ Edwin Schwertner erinnerte sich 2003, dass am Ende der 1990er Jahre im *Rat der Alten* erneut immer wieder die Frage auftauchte, ob seine beratende Funktion überhaupt noch benötigt werde und ob ein solches Gremium noch zeitgemäß sei. Ursache dafür war, dass der Kontakt zum Vorstand und zum Parteivorsitzenden nur noch sporadisch war und einige Mitglieder des Rates daher keinen Sinn mehr in einer aktiven Mitarbeit erblicken konnten. Die Professoren Moritz Mebel und Horst Schneider erklärten ihren Rückzug, woraufhin andere Ratsmitglieder ihrem Beispiel folgten. Nach intensiven Beratungen entschieden die verbliebenen Ratsmitglieder 1999 jedoch, dass der *Rat der Alten* nach wie vor seine Berechtigung habe und seine Arbeit fortsetzen sollte.⁷⁷

Der *Rat der Alten* verabschiedete am 17. März 2000 eine Stellungnahme, die dem Parteivorsitzenden übergeben wurde. Es ging dem Rat um die Unterstützung der Anstrengungen zur Weiterentwicklung der PDS. Er forderte, Schluss zu machen mit gegenseitigen Verun-

glimpfungen und sich auf die sozialistischen Inhalte der Politik der PDS zu besinnen. Der Rat unterstützte die Positionen des Parteivorsitzenden Lothar Bisky über die Notwendigkeit und die Schwerpunkte der Programmdiskussion. Nach Auffassung des *Rates der Alten* sollten Grundprobleme in den Mittelpunkt der Debatten wie der Entscheidungen der bevorstehenden 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS in Münster gerückt werden. Namentlich hob der Rat die Frage der Begrenzung und der Reduzierung der Dominanz des Großkapitals, seines überdimensionalen Einflusses auf den Staat, die Innen- und Außenpolitik, auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hervor. Der *Rat der Alten* forderte, dass die Politik der PDS stets auch gesamteuropäisch und damit im wahren Sinne internationalistisch angedacht sein sollte. Er unterstrich: «Wir dürften uns auch nicht ausschließlich mit heute Machbarem begnügen. Als sozialistische Partei müssen wir die systemimmanenten Grenzen des «modernen Kapitalismus» aufzeigen, also die historische Notwendigkeit seiner Überwindung.»⁷⁸

⁷⁶ Zit. in: PDS-Pressedienst, Berlin, 1999, Nr. 21 (vom 28.05.1999), S. 1. ⁷⁷ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 35. ⁷⁸ Bemühungen um Weiterentwicklung der PDS nachhaltig unterstützen. Stellungnahme des Rates der Alten vom 17. März [2000]. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2000, Nr. 12 (vom 24.03.2000), S. 3.

Auf dem Parteitag der PDS am 14. und 15. Oktober 2000 fand ein Führungswechsel statt. Gabriele Zimmer wurde zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Sie legte von Beginn ihrer Tätigkeit an großen Wert auf die Existenz des *Rates der Alten*. Am 27. April 2001 konferierte sie mit den Mitgliedern des Rates über dessen weitere Arbeit und über die Einbeziehung weiterer linkssozialistischer Persönlichkeiten aus den alten Bundesländern. In diesem Kontext wurde der Name in «Ältestenrat der PDS» umgewandelt. Zudem wurde eine neue Geschäftsordnung für den Rat diskutiert und wenig später bestätigt.⁷⁹

Gabriele Zimmer berief dann die Mitglieder des *Ältestenrates* der PDS. Sie bat 34 Persönlichkeiten, darunter den Maler Willi Sitte, den Regisseur Manfred Wekwerth, den Rechtsanwalt Friedrich Wolff und den Frankfurter Gewerkschafter Jacob Moneta, ihre reichen Erfahrungen aus der Zeit des Kampfes gegen den Faschismus, aus dem sozialistischen Versuch in der DDR und seinem Scheitern, aus dem Kampf der Linken in der Alt-BRD und aus der Entwicklung der PDS in die Gestaltung der Politik der PDS einzubringen sowie die Vorsitzende im Parteivorstand zu beraten. Die Arbeit des *Ältestenrates* sollte sich schwerpunktmäßig auf Beiträge zur Programmdebatte, zur Wertung historischer Ereignisse und zur Gestaltung sozialistischer Politik heute konzentrieren.⁸⁰

Ab dem Frühjahr 2001 meldete sich der *Ältestenrat* der PDS zu wichtigen politischen Ereignissen zu Wort, gab Stellungnahmen ab und diskutierte mit Mitgliedern des Parteivorstandes. In seiner Erklärung «Die Welt braucht Frieden» vom 13. September 2001 verurteilte der Rat ganz entschieden die Terroranschläge gegen die USA, sprach den Angehörigen der Opfer das Mitgefühl aus und gab der Hoffnung Ausdruck, dass erlebte Gewalt nicht neue, maßlose Gewalt hervorruft. «Terror ist menschenfeindlich, wir verabscheuen ihn.»⁸¹ Nachdem im Herbst 2001 von der Parteivorsitzenden ein *Jugendrat* berufen worden war, der sich aus 25 jungen Menschen im Alter bis zu 25 Jahren aus allen Landesteilen zusammensetzte, gab es mit dem *Ältestenrat* einen Austausch durch gegenseitige Teilnahme an den jeweiligen Treffen.⁸²

Am 9. November 2001 veröffentlichten die Sprecher des *Ältestenrates* im PDS-Presse-dienst eine Erklärung, in der sie den Dresde-

⁷⁹ Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 35. ⁸⁰ Vgl. Rat der Alten jetzt Ältestenrat. In: PDS-Presse-dienst, Berlin, 2001, Nr. 18 (vom 04.05.2001), S. 8. ⁸¹ Ältestenrat: Die Welt braucht Frieden (13. September 2001). In: PDS-Presse-dienst, Berlin, 2001, Nr. 30 (vom 21.09.2001), S. 3. ⁸² Vgl. 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 12. und 13. Oktober 2002, Gera. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes. URL: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0801/view_html?zid=28947&bs=1&n=29 (abgerufen am 29.03.2018).

ner Parteitag der PDS als wichtigen Schritt zur Konsolidierung der Partei würdigten. Mit dem «Dresdener Friedensappell» sei eine vordringliche Grundsatzentscheidung fixiert worden, damit das 21. Jahrhundert nicht das furchtbare Menetekel eines dritten Weltkrieges mit unabsehbaren Gefahren für das weltweite Überleben der ganzen menschlichen Zivilisation trägt. «Als Zeitzeugen und Überlebende des von deutschem Boden entfesselten Zweiten Weltkrieges betonen wir die besondere deutsche Verpflichtung für das Eindämmen jeglicher Auswucherung militärischer Gewalt, jeglicher brutaler Terror- wie Bomben- und Raketenschläge, deren Opfer immer primär die Zivilbevölkerung ist.»⁸³

Anlässlich des 50. Jahrestages des Beschlusses der 2. Parteikonferenz der SED über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR referierte und diskutierte der Historiker Prof. Dr. Günter Benser am 4. Juli 2002 im Kreise des *Ältestenrates* zu diesem Thema. Anschließend wandte sich der *Ältestenrat* mit einer Erklärung an die Mitglieder des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion. Er betonte, dass die PDS als sozialistische Partei in Deutschland in der Pflicht stehe, sich in ihrer Traditionspflege zu den Entscheidungen und Taten zu bekennen, die auf eine Transformation von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung hinausliefen.

Sie tue es durch «eine ausgewogene, damit auch kritische Bewertung der Vergangenheit, der Auswirkungen des Kalten Krieges wie der Folgen von selbstverschuldeten Fehlentscheidungen. Deformationen der sozialistischen Idee und Praxis, insbesondere das erhebliche Demokratiedefizit, haben wesentlich zum Scheitern des historisch gerechtfertigten Transformationsprozesses in der DDR beigetragen. Kritische Aufarbeitung historischer Lehren», warnte der *Ältestenrat*, «darf jedoch nicht zur Diffamierung ausarten.»⁸⁴

Zur Bundestagswahl im Herbst 2002 veröffentlichten die Sprecher*innen des *Ältestenrates* der PDS am 12. September 2002 den Wahlauf Ruf «Eine starke PDS-Fraktion verhindert einen Kanzler Stoiber», in dem sie dazu aufriefen, bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 die Stimme der PDS zu geben. Zwingender denn je sei eine starke parlamentarische Opposition gegen das herrschende unsoziale System, das für die Massenarbeitslosigkeit, die klaffenden Lücken im Bildungs- und Gesundheitswesen und wachsende Rüstungsausga-

83 Weiterer Schritt zur Konsolidierung. Zum Dresdner Parteitag erklären die Sprecher des Ältestenrats. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2001, Nr. 45 (vom 09.11.2001), S. 16. **84** Kritische Aufarbeitung historischer Lehren darf nicht zur Diffamierung ausarten. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2002, Nr. 30 (vom 26.07.2002), S. 9.

ben verantwortlich sei. Der neue Bundestag brauche eine starke PDS-Fraktion.⁸⁵

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 verfehlte die PDS den Wiedereinzug als Fraktion und war fortan nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten (Gesine Löttsch

Nach dem Wahldebakel 2002 sprach sich der Ältestenrat für einen Sonderparteitag aus, um Zeit für eine gründliche Analyse zu gewinnen und der Basis mehr Mitsprache zu ermöglichen.

und Petra Pau) im Parlament vertreten. Auf einer Beratung des *Ältestenrates* am 25. September 2002 sprach die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer über die Situation für die Partei nach der verlorenen Bundestagswahl und diskutierte mit den Ratsmitgliedern darüber. Daraufhin betonte der *Ältestenrat* am 27. September 2002 in einem Brief an den Parteivorstand der PDS angesichts stürmischer innerparteilicher Turbulenzen nach dem Wahldebakel, mehr als bisher brauche dieses Land die PDS «als Partei mit einem unverwechselbaren sozialistischen Profil, als konsequente Friedenskraft, als Partei, die sich der ungezügelter Dominanz des Großkapitals in diesem Lande mit ihren schlimmen Folgen für die elementaren Lebensrechte der Menschen entgegenstellt»⁸⁶. Deshalb sollten die kritische

Diskussion über Inhalt und Profil der Politik der PDS, insbesondere in der letzten Wahlperiode, sowie die Grundlinien und Grundwerte der Programmatik der Partei im Mittelpunkt des damals bevorstehenden Geraer Parteitag stehen. Auf diesem Parteitag sollte nach Ansicht des *Ältestenrates* die statutarisch festgelegte Wahl des Parteivorstandes erfolgen, aber gleichzeitig durch Beschluss festgelegt werden, in einem überschaubaren kurzen Zeitraum möglicherweise einen Sonderparteitag

durchzuführen, der die Chance bieten würde, die Zusammensetzung des Parteivorstandes neu zu bestätigen. Damit würde Zeit für eine weitere gründliche Analyse der Lage gewonnen und zugleich auch der Basis der Partei mehr Mitsprache ermöglicht werden.⁸⁷

Der Geraer Parteitag fand am 12. und 13. Oktober 2002 statt. Auf dieser 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS diskutierten die Delegierten die Situation und die Aufgaben der Partei nach

⁸⁵ Vgl. Eine starke PDS-Fraktion verhindert einen Kanzler Stoiber. Wahlauftritt der SprecherInnen des Ältestenrats der PDS (12. September 2002). URL: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/dokumente/view_html?zid=338&bs=1&n=7 (abgerufen am 04.03.2018). ⁸⁶ Unverwechselbares sozialistisches Profil. Brief des Ältestenrates an den Parteivorstand der PDS (27. September 2002). In: PDS-PresseDienst, Berlin, 2002, Nr. 40 (vom 04.10.2002), S. 2. ⁸⁷ Vgl. ebenda.

der Niederlage bei der Bundestagswahl. Der Parteitag war durch heftige Strömungskämpfe gekennzeichnet, in denen der Reformflügel der Partei, dem die Wahlschlappe angelastet wurde, eine herbe Niederlage erlitt.⁸⁸ Sie äußerte sich deutlich bei der Wahl des neuen Parteivorstandes. Bei der Wahl des/der Parteivorsitzenden unterlag der Reformler Roland Claus deutlich der bisherigen Amtsinhaberin Gabriele Zimmer mit 96 zu 279 Stimmen. Diether Dehm wurde stellvertretender Parteivorsitzender und der wie Dehm zu den Parteilinken zählende Uwe Hiksich Bundesgeschäftsführer.⁸⁹ Die Delegierten nahmen mit 256 zu 125 Stimmen den von Zimmer verfochtenen Leitantrag «Kein «Weiter so». Zukunft durch Erneuerung» an, der vom alten Parteivorstand noch abgelehnt worden war.⁹⁰

Nach dem Geraer Parteitag veröffentlichten am 18. Oktober 2002 Stefan Doernberg, Oskar Fischer, Edwin Schwertner und Friedrich Wolff als Sprecher des *Ältestenrates* der PDS die Erklärung «Chance für reale Erneuerung» und verlangten, die PDS müsse sich eindeutig zum Sozialismus bekennen. Sie begrüßten die Beschlüsse des Geraer Parteitages der PDS. Diese böten die Chance für eine reale Erneuerung der Partei als gesamtdeutsche sozialistische Partei: «Wir unterstützen das Bemühen der mit großer Mehrheit wiedergewählten Parteivorsitzenden Gabi Zimmer, sachlich und

konstruktiv die Konsolidierung der PDS voranzubringen. Wir verurteilen alle Angriffe gegen die demokratisch herbeigeführten Beschlüsse von Gera. Erklärungen gegen diese mehrheitlich getroffenen Entscheidungen schädigen die Partei.» Aufgabe der PDS, all ihrer Politiker, müsse es sein, Aktionen und Reformen zur Schadensbegrenzung der Auswirkungen des Neoliberalismus durchzusetzen und diese mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik zu verbinden. «Das verstehen wir auch unter gestaltender Opposition, einer Verbindung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit und der Wahrnehmung von Regierungsfunktionen in Ländern und Kommunen im Interesse unserer Wähler.»⁹¹

Der *Ältestenrat* beriet am 14. Januar 2003 mit der PDS-Vorsitzenden Gabriele Zimmer. Anschließend brachten die Ratssprecher in einem Brief an den Parteivorstand ihre Unterstützung für die Parteivorsitzende, für ihre «klare Position», für «ihre prinzipiellen und zugleich behut-

⁸⁸ Vgl. Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei, Köln 2006, S. 121–123. ⁸⁹ Vgl. 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 12. und 13. Oktober 2002, Gera. Wahlen zum Parteivorstand: Einzelwahlen. URL: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0801/view_html?zid=28841&bs=1&n=0 (abgerufen am 22.03.2018). ⁹⁰ Vgl. Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS, a.a.O., S. 123. ⁹¹ Chance für reale Erneuerung (Erklärung der Sprecher des Ältestenrates der PDS, 18. Oktober 2002). In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2002, Nr. 44 (vom 01.11.2002), S. 7.

samen Bemühungen um die Konsolidierung der Partei» zum Ausdruck. Sie betonten: «Wir stehen voll und ganz hinter den Beschlüssen des Geraer Parteitags, die nach unserer Auffassung den Weg zu einer weiteren Stärkung der PDS, ihres sozialistischen Profils und ihres Einflusses in der Öffentlichkeit eröffnen. Wir begrüßen eure Wahl in das höchste politische Amt unserer sozialistischen Partei.»⁹² Um die Geschlossenheit der Partei zu stärken und ihr neue Mitglieder und Sympathisanten zuzuführen, erwarteten die Ratssprecher «unzweideutige Positionen» hinsichtlich der prinzipiellen Ablehnung jeglicher Mitwirkung der Bundesrepublik an der Billigung oder Unterstützung eines ganz gleich wie motivierten Angriffskrieges wie auch der Androhung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen, hinsichtlich der Eindämmung der fortschreitenden Massenarbeitslosigkeit, hinsichtlich des Erhalts des in früheren Auseinandersetzungen errungenen sozialen Sicherungssystems mit seinen staatlichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen in allen Sphären der Zivilgesellschaft und hinsichtlich der Verhinderung eines weiteren Abbaus der Demokratie und einer Aushöhlung des parlamentarischen Systems im Bund, in Ländern und Kommunen.⁹³

Am 10. Juni 2003 beschäftigte sich der *Ältestenrat* der PDS gemeinsam mit Gabriele Zimmer und Lothar Bisky mit der Vorbereitung der

außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages. In der beschlossenen Erklärung hieß es: «Die seit der Bundestagswahl anhaltende Krisensituation der PDS hat bei uns tiefe Besorgnisse hervorgerufen. Die PDS hat nach unserer Meinung nur dann eine Zukunft, wenn sie als politische Kraft handelt und zugleich ihren Prinzipien einer pluralistischen sozialistischen Partei treu bleibt. Die außerordentliche Tagung des 8. Parteitages kann und wird zur Beilegung der Krisensituation beitragen, wenn sie auf wirklich demokratische Weise ein klar definiertes Profil, ein dringend erforderliches Aktionsprogramm und eine stabile Führungsmannschaft der Partei bestätigt.»⁹⁴ Nach Auffassung des *Ältestenrates* sollte der Parteitag eine überzeugende politische Erklärung an die Öffentlichkeit annehmen. Darin sollte die Krisensituation benannt werden, in der sich die Bundesrepublik, ihre Sozial- und Innenpolitik wie auch die internationale Situation befänden. Die PDS sollte die Entwicklung deutlich als Zuspitzung der dem kapitalistischen System innewohnenden Widersprüche definieren und daraus die unbedingte Notwendigkeit progressiver

⁹² Ältestenrat unterstützt Gabi Zimmer. Brief der Rats-Sprecher an den Parteivorstand (14. Januar 2003). In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2003, Nr. 5 (vom 31.01.2003), S. 15. ⁹³ Vgl. ebenda. ⁹⁴ Zum Sozialismus bekennen. Erklärung des Ältestenrates der PDS (10. Juni 2003). In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2003, Nr. 25 (vom 20.06.2003), S. 3.

Reformalternativen ableiten, für die sie sich als gesamtdeutsche sozialistische Partei einsetze, und ihr grundsätzliches Bekenntnis zum Sozialismus bekräftigen. Kritik des mehr denn je historisch überlebten und für die Zukunft der Zivilisation höchst gefährlichen Kapitalismus verbinde sich damit für die PDS mit gegenwärtig erforderlichen und machbaren Reformen im Rahmen des bestehenden Systems.⁹⁵

Der neue (und alte) PDS-Vorsitzende Lothar Bisky, der auf der außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages gewählt worden war, berief am 4. September 2003 24 Mitglieder in den neuen *Ältestenrat* der PDS. Er erörterte an diesem Tag mit den Mitgliedern des Rates den neuen Entwurf des Parteiprogramms. Der *Ältestenrat* befürwortete eine grundsätzliche Zustimmung der Delegierten des damals bevorstehenden Chemnitzer Parteitages. Zugleich unterbreitete er Vorschläge zur Präzisierung von einzelnen Aussagen, um das Profil der PDS als gesamtdeutsche sozialistische Partei noch stärker zu verdeutlichen und die Aussagekraft des neuen Programms weiter zu erhöhen. Der Rat schlug vor, der Parteitag möge neben dem Programm ein Dokument annehmen, mit dem sich die PDS in bündiger Form zu den aktuellen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland artikuliert.⁹⁶

In der Diskussion hatte zuvor Harald Neubert vor einer Überschätzung des Programms ge-

warnt, in ihm aber einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Partei erblickt. Dennoch seien viele Fragen offen geblieben – so müssten die Begriffe «Gewaltfreiheit» und «Selbstbestimmung des Individuums» weiter präzisiert werden. Für ihn – so Neubert – sei die soziale Gerechtigkeit die zentrale Frage sozialistischer Politik. Er wies auf das komplizierte Verhältnis zur Sozialdemokratie hin, denn «ohne die SPD geht nichts, aber mit ihr geht auch nichts». Kurt Libera meinte, der Entwurf treffe augenscheinlich auf große Zustimmung an der Parteibasis. Edith Graw war darüber erfreut, dass wichtige Forderungen der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung in den Programmentwurf Eingang gefunden hatten. Johann Scheringer lobte die agrarpolitischen Aussagen. Friedel Juch bezog sich positiv auf die «jetzt vorhandene differenzierte DDR-Betrachtung». Stefan Doernberg erkannte «deutliche Verbesserungen» im neuen Entwurf, zeigte sich zugleich aber skeptisch, ob das Programm die Partei voranbringen werde. Viel wichtiger sei nach seiner Ansicht die Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik.⁹⁷

In diesem Kontext kritisierten Achmed Chaker und Friedrich Wolff die Politik des Berliner

⁹⁵ Vgl. ebenda. ⁹⁶ Vgl. Georg Fehst: Deutliche Zustimmung zum Programmentwurf. Lothar Bisky berief Ältestenrat und diskutierte mit ihm vor dem Parteitag. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2003, Nr. 37 (vom 12.09.2003), S. 2. ⁹⁷ Vgl. ebenda.

Im Jahr 2004 begann sich die politische Landschaft zu verändern. Vor dem Hintergrund der «Agenda»-Politik entstand die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG).

Senats, an dem die PDS damals beteiligt war. Wolff nannte diese Politik gar «verheerend für die PDS» und erblickte im neuen Programm-Entwurf eine «Bestätigung der bisherigen politischen Linie, die zur verlorenen Bundestagswahl führte». Heinz Marohn bekannte sich in diesem Sinne zu den Minderheitsvoten von Uwe-Jens Heuer, Ellen Brombacher und Winfried Wolf zum Programmentwurf. Günter Sieber hielt dem entgegen, die fünfjährige Programmdebatte sei auch die Geschichte langjähriger ideologischer Flügelkämpfe, die die Partei in die Krise gestürzt hätten.⁹⁸

Anfang 2004 begann sich die politische Landschaft in Deutschland zu verändern. Vor dem Hintergrund der neoliberalen «Agenda»-Politik der von Gerhard Schröder und Joseph Fischer geführten Bundesregierung aus SPD und *Bündnis 90/Die Grünen* entstanden sowohl eine Initiative *Wahlalternative 2006* als auch eine Initiative *Arbeit & soziale Gerechtigkeit*, die sich von der wachsenden Protestbewegung gegen die neoliberale Politik getragen fühlten. Anfang Juli 2004 vereinigten sich beide Initiativen in dem Verein *Wahlalternative Arbeit und Soziale*

Gerechtigkeit, aus dem sich im Januar 2005 die gleichnamige politische Partei gründete. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 trat die neue Sozialstaatspartei unter dem Kürzel WASG in Konkurrenz zur PDS an. Die WASG erreichte 2,2 Prozent der Stimmen, die PDS nur 0,9 Prozent. Beide scheiterten damit aber an der Fünf-Prozent-Hürde. Die SPD verlor diese Landtagswahl mit 37,1 Prozent der Stimmen deutlich. Bundeskanzler Schröder nahm dies zum Anlass, um vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag zu verkünden.⁹⁹ Zwei Tage später trat der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine aus der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* aus und unterbreitete das Angebot, bei der nächsten Bundestagswahl für ein Linksbündnis zu kandidieren. Am 30. Mai 2005 fanden daraufhin erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und der WASG statt. In einem komplizierten, von vielen Irritationen begleiteten Prozess einigte man sich in den kommenden Wochen und Monaten in der Namensfrage und in der Wahlprogrammatisierung für einen gemeinsamen Antritt zur Bundestagswahl im Herbst 2005 und fasste bereits eine

⁹⁸ Vgl. ebenda. ⁹⁹ Vgl. dazu im Detail Jochen Weichold: Von der Gründung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005. In: Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN. Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), Hamburg 2016, S. 58–81.

spätere Vereinigung beider Parteien ins Auge. Die in *Linkspartei* umbenannte PDS, auf deren offenen Listen WASG-Vertreter kandidierten, erreichte bei der Wahl am 18. September 2005 8,7 Prozent der Wählerstimmen und 54 Mandate. Damit konnten zwölf Mitglieder der WASG in den Bundestag einziehen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag entwickelte sich in der Folgezeit zum Labor für die Schaffung einer neuen Linkspartei in Deutschland.¹⁰⁰

In einem Positionspapier des *Ältestenrates* in Vorbereitung des Dresdener Parteitages, das am 2. November 2005 bestätigt wurde, befürworteten die Mitglieder des *Ältestenrates* grundsätzlich den geplanten Vereinigungsprozess von *Linkspartei.PDS* und WASG. Sie waren davon überzeugt, dass die komplizierte Situation, die sich aus der weiteren Verschärfung der ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche und Gebrechen des gegenwärtigen Kapitalismus ergeben habe, den Zusammenschluss aller aktiven linken Kräfte in Deutschland notwendiger denn je mache. Ihrer historischen Notwendigkeit könne die angestrebte neue Linkspartei nur dann gerecht werden, wenn sie politikfähig und massenwirksam sei und eine entsprechende organisatorische und politische Verfasstheit aufweise. Sie müsse aus einer Analyse der zu Beginn des neuen Jahrhunderts so grundsätzlich veränderten nationalen wie internationalen Rahmenbe-

dingungen ihr politisches Programm ableiten und sich dabei aktiv und überzeugend für die Durchsetzung ihrer bereits heute machbaren alternativen Vorschläge zur Bändigung des Turbokapitalismus einsetzen. «Wir brauchen daher für die langfristige politische Ausrichtung der einheitlichen Partei der deutschen Linken neben einem überzeugenden Aktionsprogramm auch eine strategisch angelegte Aussage, dass die Partei eine sozial gerechte, eine wirklich demokratische und antimilitaristische Gesellschaft anstrebt. Und diese kann nur eine antikapitalistische sein, eine Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus.»¹⁰¹

100 Vgl. dazu im Detail ebenda, S. 81–110; Jochen Weichold: Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE. In: Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN, a.a.O., S. 111–113. **101** Die Mitglieder des Ältestenrats befürworten grundsätzlich den geplanten Vereinigungsprozess. Positionspapier des Ältestenrats in Vorbereitung des Dresdener Parteitages (Bestätigt am 2. November 2005). URL: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/dokumente/view_html?zid=31201&bs=1&n=2 (abgerufen am 05.03.2018). – Der Dresdener Parteitag, der am 10. und 11. Dezember 2005 stattfand, beschloss, dass das den Delegierten vorliegende «Positionspapier des Ältestenrates» vom 2. November 2005 in die inhaltliche Weiterführung des Parteibildungsprozesses der Linkspartei.PDS mit der WASG, einschließlich der Öffnung dieses Prozesses für soziale Bewegungen und andere Linke, als Dokument des Parteitages mit einzubeziehen sei. Vgl. Zum Positionspapier des Ältestenrates. Beschluss der 3. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS. In: Gemeinsame Ausgabe von Disput, Berlin, 2005, Dezember, und PDS-Presse-dienst, Berlin, 2005, N. 50/51, S. 62.

Am 24. Februar 2006 beriet der *Ältestenrat* mit Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch über die Vorbereitung des 10. Parteitages der *Linkspartei.PDS* in Halle, den Verlauf des angestrebten Vereinigungsprozesses mit der WASG sowie weitere aktuelle Probleme. In der Diskussion bedauerten die Mitglieder des Rates, dass sich der Parteivorstand der *Linkspartei.PDS* seit dem Dresdener Parteitag nicht genügend zu grundsätzlichen inhaltlichen Fragen der Politik geäußert habe. Er sollte sich dringend zu dem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Abgeordneten der *Linkspartei.PDS* im EU-Parlament äußern und «dürfte sich nicht einer Bewertung der anti-kubanischen Resolution des EU-Parlaments entziehen», schrieben die Sprecher des *Ältestenrates*, Stefan Doernberg und Horst Siebeck, nach der Beratung in einem Brief an die Mitglieder des Parteivorstandes. «Der Ältestenrat spricht sich dafür aus, dass sich der Vorstand eindeutig von dieser Resolution distanziert, die als Bestandteil der gegenwärtig verschärften antisozialistischen Hetzkampagne fungiert.»¹⁰² Schließlich unterbreitete der *Ältestenrat* den Vorschlag, dass sich Vertreter der Programmkommission mit Mitgliedern des Rates zu einem Gedankenaustausch darüber treffen, wie die Anregungen des Positionspapiers des *Ältestenrates* vom 2. November 2005 mehr Beachtung finden könnten.¹⁰³

Um den Prozess des Zusammenwachsens von *Linkspartei.PDS* und WASG voranzutreiben, wurde die Einrichtung eines Gründungsausschusses und gemeinsamer Steuerungs- und Programmgruppen vereinbart. Die zwölfköpfige Programmgruppe aus Mitgliedern beider Parteien erarbeitete in der Folge Eckpunkte für das zukünftige Programm der geplanten Partei DIE LINKE, deren erster Entwurf gegen Ende Februar 2006 vom Vorsitzenden der *Linkspartei.PDS*, Lothar Bisky, und vom Geschäftsführenden Vorstand der WASG, Klaus Ernst, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Erarbeitung der «Programmatischen Eckpunkte» für die Fusion der beiden Parteien sei im Detail nicht einfach gewesen, erinnerte sich Axel Troost als Mitglied der Programmgruppe später. «Der Begriff Sozialismus hat in der WASG keine Rolle gespielt, bei der PDS gehörte er zur Identität»¹⁰⁴, benannte Troost eines der zentralen Themenfelder, die die anschließenden Diskussionen über die «Eckpunkte» dominierten.¹⁰⁵

102 Brief des Ältestenrates. In: PDS-Pressdienst, Berlin, 2006, Nr. 9 (vom 03.03.2006), S. 5. **103** Vgl. ebenda. **104** «Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht». Gespräch mit Axel Troost. In: Klaus Ernst, Thomas Händel, Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 131. **105** Vgl. zu den Debatten über die «Programmatischen Eckpunkte» im Detail Jochen Weichold: Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE, a.a.O., S. 117–120 und 144–152.

Ende 2006 kritisierte der Ältestenrat den Entwurf der programmatischen Eckpunkte der LINKEN und forderte ein klares politisches Profil als sozialistische Partei.

Auf einer gemeinsamen Tagung am 22. Oktober 2006 in Erfurt verabschiedeten die Vorstände von WASG und *Linkspartei.PDS* einen dritten Entwurf der «Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland». Ziel des Handelns – hieß es in dem Entwurf in Anlehnung an das «Manifest der Kommunistischen Partei» von 1848 – sei eine Gesellschaft, «in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird», eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweise und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwinde. Die Alternative, die sich die neue Partei auf die Fahnen schreibe, sei eine soziale, demokratische und friedliche Transformation statt des entfesselten Kapitalismus.¹⁰⁶ Auf den Begriff des «demokratischen Sozialismus» wurde in diesem Kontext allerdings verzichtet, da er – so Klaus Ernst – «schwierig» sei, weil sich viele WASG-Mitglieder nicht als Sozialisten fühlten.¹⁰⁷ Es hieß lediglich, Freiheit, Gleichheit, Solidarität seien mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden. «Viele von uns bezeichnen diesen Zusam-

menhang von Ziel, Weg und Wertesystem als demokratischen Sozialismus.»¹⁰⁸

In einer Stellungnahme des *Ältestenrates* der *Linkspartei.PDS*, bestätigt am 28. November 2006, forderte der Rat für die neue Partei DIE LINKE ein klares politisches Profil als sozialistische Partei. Viele der im 3. Entwurf der programmatischen Eckpunkte vorgenommenen Präzisierungen fänden die Zustimmung des *Ältestenrates*, «doch nicht wenige stoßen auf unsere Kritik. So bleibt das politische Profil der anvisierten neuen Partei weiter unscharf. Sie muss sich aber deutlicher als parlamentarisch wie auch außerparlamentarisch wirkende Organisation [zu] erkennen geben, die dem Kapitalismus als System die Stirn bietet und eine zukunftssträchtige Alternative, d. h. eine sozialistische weist.»¹⁰⁹ Auch der bisher anvisierte Name «Die Linke» oder «Linkspartei» sei unscharf und könne leider

106 Vgl. Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt verabschiedeter Entwurf. In: Neues Deutschland, Berlin, 28./29.10.2006, Beilage, S. 3/4. **107** Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 24.10.2006. **108** Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, a.a.O., S. 3. **109** Ein klares politisches Profil als sozialistische Partei. Stellungnahme des Ältestenrats der Linkspartei. PDS, bestätigt am 28. November 2006. URL: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/dokumente/view.html?tid=34879&bs=1&n=1> (abgerufen am 05.03.2018).

beliebig ausgelegt werden. Der *Ältestenrat* bestand auf der strikten Ablehnung von Privatisierungen und verlangte eine Kursänderung in der Entwicklung der EU – weg vom Europa des Finanz- und Industriekapitals hin zu einem demokratischen und solidarischen Europa. In Anbetracht der Internationalisierung wesentlicher Lebensbereiche sowie der fortschreitenden europäischen Integration mit der Konsequenz, dass immer mehr Aufgaben, die sich die Linken stellen, nur länderübergreifend zu lösen seien, müsse sich die vereinte Partei in jeder Hinsicht als eine internationalistische Partei verstehen, die weiterhin aktiv in der Partei der *Europäischen Linken* (EL), in der *Fraktion der Vereinten Europäischen Linken und der Nordischen Grünen Linken* im EU-Parlament, im Forum der *Neuen Europäischen Linken* mitwirkt. Zudem dürfe die Linkspartei nicht auf ihren bisher mühsam erarbeiteten Konsens zu historischen Fragen verzichten.¹¹⁰ In einer Botschaft des *Ältestenrates* der *Linkspartei.PDS* an die Delegierten des damals bevorstehenden Dortmunder Parteitag vom 6. März 2007 brachten die Mitglieder des Rates ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Bemühungen zur Herausbildung einer einflussreichen gesamtdeutschen Partei der Linken zum Ausdruck, die sich den historisch gewachsenen und bewährten Ideen des Sozialismus verpflichtet sieht. Die Mitglieder des

Ältestenrates rieten dazu, sich zunächst auf die Präzisierung des politischen Profils der angestrebten Linkspartei mit ihrer pluralen Struktur zu orientieren. Sie hielten nach ihren Erfahrungen auch «jegliche Versuche für abträglich, in die neue Partei Tendenzen einer politischen Polarisierung oder Hegemonie hineinzutragen»¹¹¹.

Die bisher vorliegenden Eckpunkte sollten nach Auffassung des *Ältestenrates* weiter Grundlage einer Diskussion sein, bei der Anhänger aller Strömungen ihre Vorstellungen zu den aktuellen Forderungen wie zu der Ausgestaltung der strategischen Ziele und den Prinzipien für den inneren Aufbau und die öffentliche Arbeitsweise der neuen Partei einbringen könnten. Zunächst hielten sie jedoch die Ausarbeitung und Annahme eines möglichst kurzen und in seiner Klarheit überzeugenden Gründungsdokumentes oder Manifestes für erforderlich, das auf dem Vereinigungsparteitag verabschiedet werden sollte. Notwendig sei eine kurze Definition der Wesenszüge und Grundwerte eines angestrebten demokrati-

¹¹⁰ Vgl. ebenda. ¹¹¹ Den historisch gewachsenen und bewährten Ideen des Sozialismus verpflichtet. Botschaft des Ältestenrates der Linkspartei.PDS an die Delegierten des Dortmunder Parteitag (6. März 2007). URL: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/dokumente/view_html?zid=35340&bs=1&n=0 (abgerufen am 06.03.2018).

schen Sozialismus als Alternative zum gegenwärtig herrschenden kapitalistischen System. Die bisher gefundene Formulierung, dass wir den demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem sowie als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten bezeichnen, dürfte nicht ausreichen. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass eine Entwicklung, die über den Kapitalismus hinausführt, also eine sozialistische Alternative zum jetzigen kapitalistischen System, weitgehende Veränderungen der gegenwärtig vom Großkapital dominierten Macht- und Eigentumsverhältnisse, der Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik erfordere.¹¹²

DER ÄLTESTENRAT DER PARTEI DIE LINKE ALS KRITISCHER BEGLEITER DES PARTEI- FORMIERUNGSPROZESSES

Obwohl es im Fusionsprozess von WASG und *Linkspartei.PDS* immer wieder hörbar knirschte, konnte dieser Prozess mit dem Vereinigungsparteitag und der Gründung der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 erfolgreich abgeschlossen werden. Der zu den kritischen Beobachtern von WASG und *Linkspartei.PDS* gehörende Politikwissenschaftler Andreas M. Vollmer konstatierte zu Recht: «Der Zusam-

menschluss beider Parteien ist als Erfolg eines professionellen Managements zweier Parteiführungen im Zusammenspiel mit wichtigen Akteuren der gemeinsamen Linksfraktion im Deutschen Bundestag zu sehen. Dieser konnte gelingen, weil sich in einer Ausnahmesituation links von der in Regierungsarbeit verschlissenen SPD ein Aktionsraum für eine weitere linke Kraft auftat, den die WASG wie die Linkspartei. PDS gemeinsam und richtig genutzt hatten.»¹¹³ Bei der Gründung der Partei DIE LINKE 2007 wurde auch der *Ältestenrat* berufen. Dieser Rat konstituierte sich am 12. Dezember 2007. In der Einladung an die künftigen Mitglieder des Rates zur konstituierenden Sitzung schrieben die Ko-Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky, es gehe darum, «Eure politischen Erfahrungen gebündelt in die öffentlichen Debatten der Partei zu holen»¹¹⁴. Lothar Bisky erklärte dann anlässlich der Konstituierung des *Ältestenrates*: «Der Ältestenrat ist ein Konsultationsgremium

112 Vgl. ebenda. **113** Andreas M. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013, S. 416. **114** Zit. in: Bilanz der Tätigkeit des Ältestenrates 2015. Kurzer Überblick – vorgestellt auf einer Diskussion im Seniorenclub am 8. Dezember 2015. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/bilanz-der-taetigkeit-des-aeltestenrates-2015/> (abgerufen am 18.03.2018).

und wird sich schwerpunktmäßig zur Entwicklung der Partei, zu Bündnis- und internationalen Fragen, zur Geschichte der Linken und zu möglichen Konsequenzen für die sozialistische Programmatik verständigen.»¹¹⁵

Auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde wurde – wie alljährlich – am 13. Januar 2008 der ermordeten KPD-Mitbegründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht. Gegenüber dem Mahnmal für die beiden Sozialisten war 2006 ein Gedenkstein «Den Opfern des Stalinismus» errichtet worden, an dem die Spitzen der Berliner Linkspartei Nelken niederlegten. Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE hatte dazu aufgerufen, beim Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Abertausenden Linken nicht zu vergessen, die stalinistischen Verfolgungen zum Opfer gefallen waren. Darüber war Streit an der Basis der Linkspartei entbrannt, der sich in heftigen Diskussionen und Rangeleien am Gedenkstein fortsetzte, in dem seine Gegner einen Kotau vor dem antikommunistischen Zeitgeist erblickten. In der Folge rissen einige von ihnen Blumen herunter und trampelten darauf herum.¹¹⁶

Auf seiner Beratung am 5. Februar 2008 fasste sich der *Ältestenrat* unter anderem mit den «bedauerlichen Vorkommnissen» während der Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Gedenkkundgebung sei «zu

unverzeihlichen Spaltungstendenzen unter den Linken missbraucht» worden. Provoziert worden sei dies nach Ansicht des *Ältestenrates* durch den gegenüber der Gedenkstätte der Sozialisten gesetzten «Stein mit der beliebig auslegbaren und irreführenden Inschrift »Den Opfern des Stalinismus«». Der vom Berliner Landesvorstand ergangene Aufruf, ebenfalls dort demonstrativ Nelken niederzulegen, habe die Situation noch verschärft. «Wir missbilligen alle auf Konflikte orientierte Aktionen im Umfeld dieses Steins, einschließlich jener, die zur Herbeirufung von Polizeikräften benutzt wurden.»¹¹⁷

Zugleich verurteilte der *Ältestenrat* die unter Stalin begangenen Verbrechen einmütig, ganz besonders auch jene Willkürakte, in deren Folge vor allem 1937/38 so viele Kommunisten

115 Zit. in: DIE LINKE.: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/> (abgerufen am 06.03.2018). **116** Vgl. Laut und leise. Stilles Gedenken an den Gräbern von Karl und Rosa und Rangelei am Stein des Anstoßes. In: Neues Deutschland, Berlin, 14.01.2008; Protest und Gedenken. In: junge Welt, Berlin, 14.01.2008; Modrow kritisiert Gedenkstein. Buchpremiere im ND-Club. In: Neues Deutschland, Berlin, 18.01.2008. **117** Zu den Vorkommnissen während der diesjährigen Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Erklärung des Ältestenrates (5. Februar 2008). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zu-den-vorkommnissen-waehrend-der-diesjaehrigen-ehrung-von-karl-liebknecht-und-rosa-luxemburg/> (abgerufen am 06.03.2018).

der Sowjetunion und anderer Länder, darunter deutsche Emigranten, zu Opfern wurden. Diese Verbrechen dürften nicht verschwiegen und nicht verharmlost werden, nicht zuletzt weil sie Jahrzehnte lang ihre Schatten auf die Idee und die Praxis des Sozialismus geworfen hätten. «Trotzdem halten wir nicht die Gedenkstätte der Sozialisten, noch dazu die Grabstätte der von der deutschen Reaktion und ihren Helfershelfern ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für den geeigneten Ort eines Gedenksteins. Und das ganz abgesehen von der Inschrift, die als Steilvorlage von offenen Antikommunisten und anderen Erzfeinden des Sozialismus, von Propagandisten der Totalitarismustheorie und der verlogenen Gleichsetzung der «zwei deutschen Diktaturen» missbraucht wird.»¹¹⁸

Auf seiner Sitzung am 5. Februar 2008 unterbreitete der *Ältestenrat* zudem ein Angebot zum Fortgang der Programmdebatte in der Partei DIE LINKE. Die Partei befinde sich noch immer im Prozess der Konsolidierung. Er müsse zügig voran gebracht werden, denn die Situation im Lande, in Europa und in der Welt mache eine einheitliche, aktionsfähige linke deutsche Partei dringend notwendig. Hierfür benötige die Partei einheitliche programmatische Vorstellungen. Programmatisch zu klären seien Platz, Rolle und Funktion der Partei im politischen System der BRD sowie in den po-

litischen und sozialen Kämpfen unserer Zeit, ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen sowie zu den internationalen Aspekten ihrer programmatischen Vorstellungen. Der *Ältestenrat* mahnte dafür eine straffe Analyse und Einschätzung der gegenwärtigen bundesrepublikanischen, europäischen und weltpolitischen Situation an und trat insbesondere für eine deutliche Ausprägung des friedenspolitischen Profils der Partei, für die notwendige Eliminierung von Militärbündnissen und generell des militärischen Faktors in der Politik ein und verweigerte für Auslandseinsätze der Bundeswehr die Zustimmung.¹¹⁹

Der *Ältestenrat* unterstrich, dass die Partei konkrete programmatische Vorstellungen zur weiteren Entwicklung Gesamteuropas im Allgemeinen und der Europäischen Union (EU) im Besonderen benötige. Es müsse bewusst gemacht und in praktische Aktion umgesetzt werden, dass viele anstehende Aufgaben im Kampf um linke Alternativen nur noch durch europaweite Zusammenarbeit, internationale Koordinierung und Aktion gelöst werden kön-

118 Ebenda. **119** Vgl. Angebot des Ältestenrates zum Fortgang der Programmdebatte. Auf der Sitzung des Ältestenrates am 5. Februar 2008 bestätigt. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/angebot-des-aeltestenrates-zum-fortgang-der-programmdebatte/> (abgerufen am 07.03.2018).

nen. Als Mitglied der Partei der *Europäischen Linken* müsse sich DIE LINKE weiterhin für eine Verständigung und Zusammenarbeit aller linken, antikapitalistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte einsetzen, auch über den Rahmen der *Europäischen Linken* hinweg.¹²⁰

Eine ausgewogene Bewertung der Geschichte der beiden deutschen Staaten wie auch der Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Anschluss der DDR ist nötig.

Schließlich war dem *Ältestenrat* die programmatische Bestimmung des Verhältnisses zur Geschichte der Arbeiterbewegung – der sozialdemokratischen, kommunistischen, gewerkschaftlichen – generell und zum Sozialismus in der DDR im Besonderen ein Herzensanliegen. Denn das Verhältnis zur Geschichte würde immer auch die Einstellung zur Zukunft widerspiegeln. «Eben deshalb sollten wir uns zur Legitimität der Herausbildung sozialistischer Gesellschaftsformationen im 20. Jahrhundert bekennen, darunter auf deutschem Boden, so unvollkommen und mit Fehlern belastet die Entwicklung der DDR in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz bis zu ihrem Zusammenbruch auch war.»¹²¹ Unter diesem Gesichtspunkt brauche die Partei im Interesse ihres Selbstver-

ständnisses und ihrer Programmatik eine ausgewogene Bewertung der Geschichte der beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit und ihres gegenseitigen Einwirkens wie auch der Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Anschluss der DDR. «Deshalb halten wir es auch für notwendig, sich kritisch zu gewissen realitätsfremden und bedenklichen Urteilen über geschichtliche Vorgänge zu verhalten, wie sie gelegentlich im Namen der Partei geäußert werden, die jedoch in der Mitgliedschaft nicht auf Verständnis stoßen und dem Ansehen der Partei nicht förderlich sind.»¹²²

Am 16. Juli 2008 meldete sich der *Ältestenrat* erneut in der Programmdebatte der Partei DIE LINKE mit einer speziellen Erklärung zum Umgang mit der Geschichte zu Wort. Es gebe für jede Partei unverkennbar ein enges Wechselverhältnis zwischen ihrem vorherrschenden

120 Vgl. ebenda. **121** Ebenda. **122** Ebenda. – Die Tageszeitung «junge Welt» druckte das «Angebot des Ältestenrates der Partei DIE LINKE zum Fortgang der Programmdebatte» in ihrer Ausgabe vom 28. März 2008 ab. Dazu erklärte Hans Modrow als Vorsitzender des Ältestenrates, dass der Abdruck «erfreulich» sei, merkte jedoch an: «Der dokumentierte Text ist eine Aussage des Ältestenrates. Für die Bilder und ihre Unterzeilen liegt die Verantwortung bei der Redaktion. Wir wollen eine auf die Zukunft gerichtete Debatte.» (Zur Veröffentlichung des «Angebotes ...» in der jW, 31. März 2008. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-veroeffentlichung-des-angebotes-in-der-jw/> [abgerufen am 08.03.2018]).

den und in die Öffentlichkeit getragenen Geschichtsverständnis und ihrer aktuellen Politik. «In der aktuellen Situation wie in absehbarer Zukunft gilt das für die Partei DIE LINKE ganz besonders»¹²³, betonte der *Ältestenrat*. Das schließe durchaus kritisches Herangehen an die Bewertung der Vergangenheit ein. Sowohl eine Distanzierung von früheren Fehlentscheidungen wie erst recht die Verurteilung von Untaten, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, blieben unverzichtbar. «Nur sollte man nach unserer Auffassung nicht der Benennung von Fehlern den dominierenden Platz einräumen. Eine kritische Bewertung geschichtlicher Ereignisse darf auch nicht in Verkennung oder gar bei bewusster Negierung der jeweiligen konkreten historischen Situation vorgenommen werden. Dagegen sollte sie mit dem Hinweis auf zukunftsorientierte Lehren zum Gewinn neuer aktueller Erkenntnisse beitragen.»¹²⁴

Nach Auffassung des *Ältestenrates* sollte sich das Geschichtsverständnis der Partei DIE LINKE auf Schwerpunkte und vordringlich auf jene Probleme orientieren, die jeweils von aktueller Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung sind. Vordergründig würden sie die Geschichte des 20. Jahrhunderts betreffen, in dem sich mit der russischen Oktoberrevolution und ihren Ergebnissen weltweit das Anfangsstadium einer neuen, komplizierten

und widerspruchsvollen Epoche in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation eröffnet habe. Diese Epoche unterlag in den Jahren 1989 bis 1991 «einem tiefen Umbruch, da der Zusammenbruch des europäischen Sozialismus globale Auswirkungen hatte. Weltweit und ganz besonders auch in Deutschland sahen sich alle linken Kräfte mit neuen Bedingungen und Herausforderungen konfrontiert, die zusätzlich zu den überkommenen zu bewältigen sind.»¹²⁵ Von ihrer Bewältigung hänge es daher weitgehend ab, ob auch nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa die historisch seit längerem herangereifte Übergangsperiode in der Weltgeschichte ihre Fortsetzung finden und nicht als abgeschlossen gelten könne.¹²⁶

Der *Ältestenrat* trat am 25. September 2008 mit dem Diskussionspapier «Das schwedische Modell und die programmatische Arbeit in der Linken» an die Öffentlichkeit, da eine Reihe Politiker der LINKEN dieses Modell als Vorbild für Deutschland propagierte. Der Rat ging dabei

123 Anregungen zum Umgang mit der Geschichte. Erklärung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE (16. Juli 2008). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/anregungen-zum-umgang-mit-der-geschichte-1/> (abgerufen am 08.03.2018). **124** Ebenda. **125** Ebenda. **126** Vgl. ebenda.

sehr differenziert zwei Fragen nach: *Erstens*. Wie könnte vor dem Hintergrund der schwedischen Erfahrungen die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums zurück gedrängt werden? Und *zweitens*: Taugt der schwedische bzw. skandinavische Wohlfahrtsstaat als Gegenmodell zur neoliberalen Modernisierung oder als Orientierung für eine demokratische und soziale Gestaltung des gegenwärtigen Kapitalismus? Dabei verstand der *Ältestenrat* unter dem Begriff «schwedisches Modell» den erfolgreichsten modernen Wohlfahrtsstaat, wie er seit Mitte der 1930er Jahre unter 40-jähriger sozialdemokratischer Regierungsmacht mit sehr starken Gewerkschaften bis zur Mitte der 1970er Jahre entwickelt und vor allem in der internationalen Sozialdemokratie als Beispiel eines «demokratischen Sozialismus» wirksam wurde. Der Rat hob hervor: «Die geliebte Dialektik von Klassenkompromissen, Arbeiterkämpfen und Aktionen eines kämpferischen Parlamentarismus in Schweden birgt wertvolle, aufzuarbeitende Erfahrungen für den gegenwärtigen, darunter den notwendig antikapitalistischen, Einsatz im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung. Eine Bedingung für die Erfolgsperiode in Schweden war die Verknüpfung von Reformarbeit für die Verbesserung der alltäglichen Lebenslage der abhängig Beschäftigten mit einer Vision von sozialer Gleichheit.»¹²⁷

Der *Ältestenrat* betonte andererseits: «Die wohlfahrtsstaatliche Politik wurde unter den konkreten Bedingungen nicht gegen sondern im Interesse des Produktiv- und Finanzkapitals entwickelt.»¹²⁸ Das «schwedische Modell» könne Annahmen nicht bestärken, dass Interessen an der Kapitalverwertung denen der abhängig Beschäftigten bei Fortbestehen der herrschenden Eigentumsverhältnisse am machgebenden Produktivkapital und Vermögen *untergeordnet* werden könnten und *auf diese Weise* der Kapitalismus in eine sozialistische Gesellschaft zu transformieren wäre. Eine vorrangige oder alleinige programmatische Orientierung auf Eingriffe in die *Verfügungsgewalt* über privates Produktiv- und Geldvermögen würde der grundlegenden Erfahrung mit dem «schwedischen Modell» im Einsatz für einen demokratischen Sozialismus und für Wirtschaftsdemokratie widersprechen. Reformen, die nicht auch Interessen von ökonomisch Mächtigen unter sich ändernden Bedingungen entsprechen, hätten keinen Bestand, wenn sie

¹²⁷ Das schwedische Modell und die programmatische Arbeit in der Linken. Diskussionspapier des Ältestenrates (25. September 2008). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/das-schwedische-modell-und-die-programmatische-arbeit-in-der-linken/> (abgerufen am 08.03.2018). ¹²⁸ Ebenda.

nicht durch revolutionäre, d. h. qualitative Veränderungen/Reformen/Brüche gesichert würden. In den programmatischen Überlegungen der Partei DIE LINKE sei davon auszugehen, dass das europäische sozialdemokratische Sozialstaats- oder Wohlfahrtsstaatsprojekt der Nachkriegszeit, einschließlich seines Prototyps in Schweden, weitgehend gescheitert sei und dass seine Wiedererrichtung, Erneuerung oder Wandlung keine realistische Orientierung für eine sozialistische Partei sein könne.¹²⁹

Grundlinien des Parteiprofils sollten die ausschließlich friedliche Lösung internationaler Konflikte und der Übergang zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein.

Am 19. Februar 2009 äußerte sich der *Ältestenrat* in einem Positionspapier zum künftigen Profil der Partei DIE LINKE und zu ihrem Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft. Der Rat sah als Grundlinien des Parteiprofils, die zugleich als Bindeglied für die Flügel und verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei dienen könnten, die Verteidigung des Sozialstaates, die Lösung internationaler Konflikte mit ausschließlich friedlichen Mitteln und den Übergang zu einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Würde die Partei diese Grundlinien etwa als

«Preis» für eine Regierungsbeteiligung verlassen, bestünde die Gefahr, dass dies von ihren Anhängern und Wählern als Verrat an ihren Interessen und Anliegen wahrgenommen würde. Aus strategischer Sicht bleibe für die Zukunft die Forderung nach einer antikapitalistischen Alternative. Dabei könne es sich auch nach Niederlagen und gewonnenen Erfahrungen im 20. Jahrhundert nur um einen Sozialismus im 21. Jahrhundert handeln.¹³⁰

In Hannover beriet der *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE am 2. April 2009 mit der Landtagsfraktion der Partei in Niedersachsen und veröffentlichte die Erklärung «Die aktuelle Weltwirtschaftskrise weitet sich zu einer Systemkrise aus». Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren gravierenden Auswirkungen auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens rechtfertige nach Auffassung des Rates unterschiedliche, zum Teil sogar konträre Lösungsvarianten. Der Ernst der Situation erfordere es jedoch, dass gemeinsam erarbeitete und nachdrücklich propagierte Konzepte trotz unterschiedlicher Auffassungen

¹²⁹ Vgl. ebenda. ¹³⁰ Vgl. DIE LINKE – ihr künftiges Profil und ihr Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft. Positionspapier des Ältestenrates (19. Februar 2009). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-linke-ihr-kuenftiges-profil-und-ihr-platz-in-der-bundesdeutschen-gesellschaft/> (abgerufen am 08.03.2018).

und innerparteilicher Debatten im Vordergrund stehen. «Als ein ganz primäres Anliegen sehen wir es, die Erkenntnis zu vermitteln, dass die gegenwärtige Krise und ihre weiter drohende Verschärfung ihre Ursache im System des Kapitalismus und seinen Widersprüchen selbst, nicht in einzelnen Fehlverhalten oder Fehlentscheidungen von Managern und Politikerinnen und Politikern hat.»¹³¹ Als eine wesentliche Schlussfolgerung – so der *Ältestenrat* – sollte daraus abgeleitet werden, die wirtschaftliche und daraus sich ergebende politische Dominanz und Macht des Großkapitals mit seinem spekulativen und expansiven Profitstreben zu Gunsten des Gemeinwohls zu begrenzen.¹³² Zur Auswertung des Bundestagswahl-Parteitages der LINKEN 2009 traf sich der *Ältestenrat* am 30. Juni 2009. In einer Erklärung begrüßten seine Mitglieder die Ergebnisse des Parteikonvents. Mit der Annahme eines überzeugenden und recht detaillierten Wahlprogramms und der manifestierten Geschlossenheit hätten die Delegierten den Erwartungen all jener entsprochen, die am stärksten von der gegenwärtigen tiefen Krise in der Bundesrepublik betroffen seien. Jetzt gehe es nicht zuletzt darum, dies im Bundestagswahlkampf deutlich sichtbar zu machen. Der *Ältestenrat* hielt es für zweckmäßig, einen auf die Hauptforderungen orientierenden Wahlkampf zu führen, um mit ihm sowohl die vielen Sympathisant*innen als

auch weitere potenzielle Wähler*innen einer wirklich alternativen Politik zu gewinnen. Wie sich zeige, werde Geschichte im Wahlkampf zum Thema. Das erfordere ein deutliches Bekenntnis der Partei DIE LINKE zu einem ausgewogenen Geschichtsbild, das sowohl auf einer positiven Haltung zu den Traditionen als auch einer kritischen derselben Bewertung beruhen müsse.¹³³ «Wir dürfen die Deutung der Geschichte nicht den Urhebern der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus überlassen.»¹³³ Am 1. Oktober 2009 beriet der *Ältestenrat* zu Fragen der Jugendpolitik der Partei DIE LINKE und unterbreitete in einem Diskussionspapier Überlegungen und Vorschläge dazu. Eine Durchsicht grundlegender Dokumente der Partei weise darauf hin, dass Jugendpolitik in der Politik der Partei nicht den Raum einnehme, der ihr in einer linken Partei zukommen müsste. Auch in der praktischen Politik

131 Die aktuelle Weltwirtschaftskrise weitet sich zu einer Systemkrise aus. Erklärung des Ältestenrats zum Abschluss seiner Beratung in Hannover (2. April 2009). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-aktuelle-weltwirtschaftskrise-weitet-sich-zu-einer-systemkrise-aus/> (abgerufen am 09.03.2018). **132** Vgl. ebenda. **133** Zur Auswertung des Bundestagswahlparteitages 2009. Erklärung des Ältestenrates (30. Juni 2009). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-auswertung-des-bundestagswahlparteitages-2009/> (abgerufen am 09.03.2018).

der Partei spielten jugendpolitische Fragestellungen und Probleme nur eine untergeordnete Rolle. Aus Sicht des Rates sei es generell erforderlich, die jungen Parteimitglieder in die verschiedenen Aktivitäten der Partei entsprechend ihrem Wissen und Können, ihren Erfahrungen aktiv einzubeziehen, ihnen eigenverantwortliche Aufgaben zu übertragen, sie an die Leitungsarbeit heranzuführen und ihnen auch die Möglichkeit zu schaffen, für Abgeordnetenmandate zu kandidieren. Nach Auffassung des *Ältestenrates* sollte ihnen in den Basisorganisationen, in den Kreis- und Landesverbänden das Gefühl gegeben werden, etwas für die Ziele der Partei – und damit für ihre eigenen – tun zu können.¹³⁴

Im Rahmen der Programmdebatte der Partei DIE LINKE befasste sich der *Ältestenrat* am 18. Januar 2010 mit Fragen des Sozialismus im 21. Jahrhundert und mit realen gesellschaftlichen Prozessen zu linken Alternativen in der Gegenwart. Unter Einbeziehung externen Sachverständigen betrachtete er dazu die bestehenden Realitäten in den Ländern Lateinamerikas, sowie in Kuba und in der Volksrepublik China, um im neuen Parteiprogramm auch ein modernes und zeitgemäßes Verständnis von Sozialismus zu entwickeln. In einem Positionspapier kam er zu der Schlussfolgerung, dass DIE LINKE die internationalen gesellschaftlichen Prozesse mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und sie auf

ihre wesentlichen Erfahrungen hin analysieren sollte. Es charakterisiere diese Entwicklungen, dass über theoretische Erwägungen zum Sozialismus hinaus in der Praxis der Versuch unternommen werde, Wege dahin zu bahnen. Sie würden gerade dadurch vor allem an Interesse gewinnen, dass sie die Etappe des Herankommens an gesellschaftliche Veränderungen, an eine «Schwelle» für machbare Schritte in eine neue Gesellschaft stärker ins Licht rücken würden. Das sei ein Feld mit vielen Fragezeichen. Erfahrungen und Vorstellungen könnten angesichts der unterschiedlichen konkreten Bedingungen auch nicht unbesehen übernommen werden, aber grundlegende Möglichkeiten und Strategien sollten nach Meinung des *Ältestenrates* auf ihren wesentlichen Gehalt und ihre Tauglichkeit unter den hiesigen Bedingungen geprüft werden.¹³⁵

134 Vgl. Überlegungen und Vorschläge zur Jugendpolitik der Partei DIE LINKE. Diskussionspapier des Ältestenrates (1. Oktober 2009). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/ueberlegungen-und-vorschlaege-zur-jugendpolitik-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 09.03.2018). **135** Vgl. Sozialismus im 21. Jahrhundert und reale gesellschaftliche Prozesse zu linken Alternativen in der Gegenwart. Positionspapier des Ältestenrates zur Programmdebatte (18. Januar 2010). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/sozialismus-im-21-jahrhundert-und-reale-gesellschaftliche-prozesse-zu-linken-alternativen-in-der-ge/> (abgerufen am 10.03.2018).

Die politischen Bestrebungen, für die Millionen Menschen ihre Kräfte und ihr Leben einsetzen würden, seien es wert, «unsere Solidarität und Unterstützung in wesentlich höherem Maße als bisher zu stärken. Trotz hoch anzuerkennender Initiativen der Bundestagsfraktion der LINKEN bleibt die Haltung der Partei als Ganzes dazu bisher blass.»¹³⁶ Hier müssten gemeinsam mit Solidaritätsbewegungen Ideen für wirksamere Aktionen entwickelt werden, was zweifelsfrei der Partei auch weitere Zustimmung aus der Bevölkerung zuführen könnte. Die LINKE könne es sich ohne Gefährdung ihrer eigenen Identität nicht erlauben, in Tendenzen der Verunglimpfungen und Entstellungen dieser Bewegungen einzustimmen, die die bürgerlichen Medien permanent offerieren. Nach Auffassung des *Ältestenrates* sollte sie, ohne die Probleme und Schwierigkeiten auszublenden, zumindest in den von ihr angeregten Veröffentlichungen und Erklärungen für eine sachlich richtige Information und klare Position zu diesen Prozessen Sorge tragen.¹³⁷

Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 hatte die Partei DIE LINKE mit 11,9 Prozent der Zweitstimmen ihr bisher bestes Wahlergebnis erzielen können.¹³⁸ Nach erfolgreichen Landtagswahlen hatte sich die Partei bundesweit als Machtfaktor etabliert. Doch nachdem der Partei- und Fraktionsvorsitzende

Oskar Lafontaine Mitte November 2009 mitgeteilt hatte, sich einer Krebsoperation unterziehen zu müssen und erst danach zu entscheiden, wie seine politische Zukunft aussehen werde, brach eine öffentlich geführte Personaldebatte aus, die inhaltliche Fragen der Politik der Partei in den Hintergrund treten ließ. Das war Anlass für den *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE, sich am 23. Januar 2010 in einem Positionspapier mit großer Sorge zur Situation in der Partei zu äußern. Er konstatierte «mit Befremden die Verantwortungslosigkeit einiger führenden Genossen mit der öffentlich geführten Personaldebatte gegenüber der Partei als Ganzes und ihren Aufgaben»¹³⁹.

Dies wiege umso schwerer, als die Situation in der Welt des Kapitalismus angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten eine außerordentliche Herausforderung für alle linken politischen Kräfte sei, wenn es gelte, andere gesellschaftliche Verhältnisse auf die Tagesordnung zu setzen. Anstatt sich in Personaldebatten und kleinkariertem Postenstreit

136 Ebenda. **137** Vgl. ebenda. **138** Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2011. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 2010, S. 149. **139** Zur Situation in der Partei DIE LINKE. Positionspapier des Ältestenrats (23. Januar 2010). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-situation-in-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 12.03.2018).

zu zerfleischen, müsse die Partei ihre Politikfähigkeit erhöhen, ernsthafter als bisher versuchen, die Bevölkerung für die alternativen, antikapitalistischen Vorstellungen der LINKEN bei der Veränderung dieses krisengeschüttelten Gesellschaftssystems zu mobilisieren. Die Mitglieder des *Ältestenrates* betonten: «Wir sind für einen inhaltlichen Meinungsstreit in der Partei, aber Pluralismus darf nicht zu politischer Beliebigkeit degenerieren und politische Meinungsbildung sollte nicht dem Feuilleton in den Medien überlassen werden. [...] Eine handlungsfähige Linke ist notwendig, um eine neue soziale Idee stark zu machen.»¹⁴⁰

Im Frühjahr 2010 legte die vom Parteitag 2007 beschlossene Programmkommission einen Entwurf für das Parteiprogramm der Partei DIE LINKE vor, der dann in Basisgruppen, in speziellen Veranstaltungen der Kreise und einiger Länder, in Bundesarbeitsgemeinschaften und in Plattformen bzw. anderen Zusammenschlüssen intensiv diskutiert wurde. Am 2. September 2010 meldete sich der *Ältestenrat* mit einer Erklärung zu Wort, in der er für eine konstruktive Programmdebatte und für «ein antikapitalistisches, ein sozialistisches Profil der Partei DIE LINKE» plädierte. Er sah ein ganz bedeutendes Ziel der Programmdiskussion darin, die Partei zusammenzuführen, ihre Identität zu festigen und das gemeinsame Profil klarer herauszuarbeiten.

In der Programmdebatte 2010 plädierte der Ältestenrat für ein antikapitalistisches, sozialistisches Profil der LINKEN, durch das die Identität der Partei gefestigt werde.

Der Rat definierte fünf Schwerpunkte für die weitere Programmarbeit: (1) Die vertiefende Analyse der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse, «der Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, denn sie stellt die Fundierung der Grundaussage des Programmentwurfs dar, dass ein Systemwechsel weg vom Kapitalismus notwendig ist»¹⁴¹. (2) Das Sozialismusverständnis der LINKEN. (3) Die weitere Qualifizierung der Bezugnahme auf das Geschichtsverständnis der Partei. Der Versuch im Osten Deutschlands, den Sozialismus zu errichten, und die Erfahrungen der DDR würden zu dem Erbe gehören, zu dem sich die LINKEN bekennt und das sie nicht pauschal verleumden lassen dürfe, auch wenn sie sich eine kritische Sicht darauf erarbeitet habe. (4) Das Programm müsse die Partei als

¹⁴⁰ Ebenda. ¹⁴¹ Für eine konstruktive Programmdebatte. Erklärung des Ältestenrats (2. September 2010). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/fuer-eine-konstruktive-programmdebatte/> (abgerufen am 12.03.2018).

antikapitalistische Kraft ausweisen, als eine Partei, die um eine sozialistische Perspektive ringe, als Partei, die konsequent für soziale Gerechtigkeit, für die Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Lande kämpfe, als konsequente Friedenspartei. Das Programm müsse ausweisen, was und welches die originären Ziele der Partei seien, wodurch sie sich von anderen Parteien und linken Bewegungen unterscheide. Nur so würde deutlich, was sie in Koalitionen einbringen könne bzw. womit eventuelle Partner zu rechnen hätten. (5) Tiefere Beachtung und Analyse erfordere die Dialektik des Nationalen und des Internationalen unter den heutigen Bedingungen. In diesem Kontext müsse auch darauf verwiesen werden, dass die Partei DIE LINKE als Mitglied der *Europäischen Linken* in europäischer und internationaler Verantwortung stehe. Schließlich wäre es im Sinne der Verbindung des Heute mit dem Morgen gut, die Programmdebatte mit den Fragen der gegenwärtigen praktischen Politik der LINKEN zu verknüpfen.¹⁴²

Am 30. November 2010 befasste sich der *Ältestenrat* erneut mit dem Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN vom 23. März 2010 – speziell mit den Positionen zu Staat und Rechtsordnung im Entwurf – und diskutierte und bedachte bei der Erarbeitung seines Positionspapiers dazu, «wie stets im *Ältestenrat*» unterschiedliche Erfahrungen, Auffassungen

und Positionen in einem Klima gegenseitiger Achtung. Der Rat machte darauf aufmerksam, dass im Programmentwurf bisher eine grundlegende Charakteristik der gegenwärtigen Staatsmacht fehle, obwohl im gesamten Entwurf Staat und Recht bei der erstrebten Umgestaltung der Gesellschaft eine wesentliche Rolle zugeordnet werde. «Aus diesem Defizit erwachsen einerseits Gefahren einer Überschätzung der Möglichkeiten, was linke Politik durch, mit und in der gegenwärtigen Staatsmacht erreichen könnte, und andererseits Gefahren einer Unterschätzung ihrer systemsichernden und repressiven Funktionen.»¹⁴³ Der *Ältestenrat* gab zu bedenken, dass wesentlicher Gehalt und Normen des Grundgesetzes, vor allem seine wirtschaftspolitische Neutralität, auf Umwegen über die EU zunehmend unterhöhlt würden. Die Europäische Union sei – anders als laut Grundgesetz die Bundesrepublik – auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik festgelegt.¹⁴⁴

142 Vgl. ebenda. **143** Über den Staat und die Rechtsordnung im Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN vom 23. März 2010. Stellungnahme des *Ältestenrates* (30. November 2010). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/ueber-den-staat-und-die-rechtsordnung-im-entwurf-des-parteiprogramms-der-linken-vom-23-maerz-2010-1/> (abgerufen am 14.03.2018). **144** Vgl. ebenda.

In einer Erklärung des *Ältestenrates* der Partei DIE LINKE mit dem Titel «Der Sozialismus ist im 21. Jahrhundert Anspruch unserer Zeit» vom 20. Januar 2011 setzte sich das Gremium mit «hysterischen Reaktionen» auf den Artikel der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch in der «Jungen Welt» vom 3. Januar 2011 über «Wege zum Kommunismus»¹⁴⁵ auseinander. Nach Auffassung des Rates würden diese Reaktionen auf Ausgrenzung und Diffamierung der Linken und ihrer auf soziale Gerechtigkeit und Frieden gerichteten Politik zielen. Antikommunistische Vorbehalte in der bundesdeutschen Gesellschaft würden geschürt, um die langfristige Orientierung der Partei DIE LINKE auf einen demokratischen Sozialismus, auf die untrennbare Einheit von Sozialismus und Freiheit zu verunglimpfen. Der *Ältestenrat* zeigte sich in diesem Zusammenhang überzeugt: «Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte!»¹⁴⁶

Am 28. April 2011 schätzte der *Ältestenrat* im Rahmen der Programmdiskussion¹⁴⁷ die internationale Lage ein und formulierte Herausforderungen für die Partei DIE LINKE als internationalistische Partei. Er konstatierte, dass es mit der Zerstörung der UdSSR, der Niederlage des Sozialismus in Europa zu einer grundlegenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses gekommen sei, zu einem zivilisatorischen Rückschlag im Ringen um eine bessere,

gerechtere, friedlichere, ausbeutungs- und unterdrückungsfreie Welt. Anstelle einer militärstrategischen Parität, einer Bipolarität, sei zunächst die Dominanz der USA und der NATO getreten. In der Folgezeit seien neue Kraftzentren wie China, Indien, Brasilien entstanden. Der *Ältestenrat* stellte fest, dass sich zwar eine multipolare Welt herauszubilden begann, jedoch seien vor allem mehrere imperialistische Machtzentren entstanden, die in Konkurrenz, gemischten Bündnissen und Konflikten miteinander verbunden seien. Die LINKE müsse sich auf jähe Wendungen in der Entwicklung der Weltlage einstellen. Natürlich würden die Linken wie auch andere progressive Kräfte den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen in erster Linie im nationalen Rahmen führen. Angesichts der globalisierten Welt werde dieser Kampf jedoch umso erfolgreicher sein, je mehr

145 Stein des Anstoßes war der Satz im Artikel: «Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.» (Gesine Löttsch: Wege zum Kommunismus. In: junge Welt, Berlin, 03.01.2011). **146** Der Sozialismus ist im 21. Jahrhundert Anspruch unserer Zeit. Erklärung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE (20. Januar 2011). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/der-sozialismus-ist-im-21-jahrhundert-anspruch-unserer-zeit/> (abgerufen am 15.03.2018). **147** Das Programm der Partei DIE LINKE wurde dann auf dem Erfurter Parteitag am 23. Oktober 2011 beschlossen.

es gelinge, ihn über die Ländergrenzen hinaus zu internationalisieren.¹⁴⁸

Im Frühjahr 2011 war die Partei DIE LINKE in eine schwierige Situation geraten. Personaldebatten wurden in den Medien ausgetragen und vermittelten in der Öffentlichkeit ein Bild der Zerrissenheit der Partei. Es gab eine wachsende Unzufriedenheit der Mitglieder, weil die Stellungnahmen und Erklärungen der Führungsgremien offene und ehrliche Antworten auf die entstandene Situation vermissen ließen. Die schlechte Performance der beiden Parteivorsitzenden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, die die Kritik unterschiedlicher Strömungen und Gruppierungen in der Partei auf sich zogen, löste den Ruf nach einem Sonderparteitag zur vorzeitigen Wahl einer neuen Parteispitze aus.¹⁴⁹

In dieser Situation richtete der *Ältestenrat* am 5. Mai 2011 einen Offenen Brief an die Mitglieder der LINKEN und forderte sie auf, jeden Tag zu zeigen: «Dies ist meine Partei!» Der Rat drückte seine Sorgen um die Partei aus, die in dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft unersetzbar sei. Er hob hervor, dass die Mitglieder vor allem von den Führungsgremien der Partei erwarten würden, dass sie bei aller berechtigten Hervorhebung und Betonung von Erfolgen Misserfolge nicht kleinreden, sich mit ihnen kritisch und selbstkritisch auseinandersetzen und damit der gesamten Partei

Orientierung für die weitere Arbeit geben. Der Geschäftsführende Vorstand der LINKEN habe zwar am 20. April 2011 dazu aufgefordert, die «Debatte über das Führungspersonal sofort einzustellen», aber es hätte deutlich gesagt werden müssen, dass hinter dieser Debatte in Wirklichkeit unterschiedliche Auffassungen zur Politik der Partei, zur Programmatik und auch zu ganz aktuellen Problemen stünden. In einer pluralistischen Partei seien unterschiedliche Auffassungen normal; es käme aber darauf an, die Diskussionen darüber so zu führen, dass sie dazu beitrügen, gemeinsame Grundpositionen zu erarbeiten, die das politische Profil der Partei bestimmen. Das zu beschließende Programm müsse auch für Außenstehende deutlich machen, welches das «Alleinstellungsmerkmal» der LINKEN sei.¹⁵⁰

148 Vgl. [Ältestenrat der Partei DIE LINKE]: Zur Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage. Herausforderungen für die Partei DIE LINKE als internationalistische Partei (28. April 2011). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-einschaetzung-der-gegenwaertigen-internationalen-lage/> (abgerufen am 15.03.2018). **149** Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München 2012, S. 161/162. **150** Vgl. Jedes Mitglied sollte jeden Tag demonstrieren: Dies ist meine Partei! Offener Brief des Ältestenrates an die Mitglieder der Partei (5. Mai 2011). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/jedes-mitglied-sollte-jeden-tag-demonstrieren-dies-ist-meine-partei/> (abgerufen am 15.03.2018).

Am 11. Oktober 2011 wandte sich der *Ältestenrat* mit einem Brief an die Delegierten der 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, der vom 21. bis zum 23. Oktober 2011 in Erfurt bevorstand und dessen Tages-

Auf dem Erfurter Parteitag wurde in die Satzung erstmals als eigenständiger Absatz aufgenommen, dass der Parteivorstand als Konsultationsgremium einen *Ältestenrat* beruft.

ordnung die Verabschiedung des neuen Erfurter Programms der Partei sowie Satzungsänderungen vorsah. Er forderte, die insgesamt geringer werdende Akzeptanz der Politik der Partei bei den Bürgerinnen und Bürgern, wie dies die Wahlergebnisse insbesondere in Berlin signalisiert hatten, gründlicher zu analysieren. Dies gelte insbesondere hinsichtlich der Problematik Regierungsbeteiligung, der strategischen Abhängigkeit vom Koalitionspartner sowie der Durchsetzungsfähigkeit eigener Zielstellungen linker Politik. Es sei dringend geboten, auf dem Parteitag eine offensive und kämpferische Handlungsorientierung zu geben, mit der Wähler zurück- und neugewonnen werden könnten. Mit der Verabschiedung des Programms werde die strategische Orientierung für DIE LINKE gegeben. Diese sei von

allen Mitgliedern und Gruppen innerhalb der Partei als Grundlage für die praktische politische Arbeit anzuerkennen und zu praktizieren. Der Rat betonte: «DIE LINKE kann nur stärker werden, wenn sie sich nicht weiter mit sich selbst beschäftigt, sondern selbstbewusst ihren antikapitalistischen, auf einen demokratischen Sozialismus gerichteten Kurs hält. DIE LINKE muss sich als »Partei für den Alltag« und zugleich als Partei mit klarer sozialistischer Perspektive beweisen!»¹⁵¹

Auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 2011 wurde in die Satzung der Partei DIE LINKE erstmals in den § 20 als Absatz 7 aufgenommen, dass der Parteivorstand als Konsultationsgremium einen *Ältestenrat* beruft: «Der *Ältestenrat* berät aus eigener Verantwortung oder auf Bitte des Parteivorstandes zu grundlegenden und aktuellen Problemen der Politik der Partei. Er unterbreitet Vorschläge oder Empfehlungen und beteiligt sich mit Wortmeldungen an der

¹⁵¹ An die Delegierten der 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE. Brief des *Ältestenrates* (11. Oktober 2011). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/an-die-delegierten-der-2-tagung-des-2-parteitages-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 16.03.2018).

parteioffentlichen Debatte.»¹⁵² In die nachfolgenden Fassungen des Statuts der Partei DIE LINKE vom Juni 2012, vom Juni 2013 und vom Mai 2014 sowie in die aktuelle Satzung vom Juni 2015 wurde die Passage gleich lautend übernommen. Vorher fand der *Ältestenrat* im Statut keine Erwähnung. Der *Ältestenrat* beschloss in seiner Sitzung am 15. Dezember 2011 eine Satzung des Rates, die in der Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 21. Januar 2012 bestätigt wurde.¹⁵³

In seiner Beratung am 15. Dezember 2011, in der sich der Rat auch mit den Ergebnissen des Erfurter Parteitages beschäftigte, würdigte der *Ältestenrat* die Verabschiedung des Parteiprogramms als eine wichtige Etappe in der Entwicklung der Partei und als unverzichtbare Grundlage für ihr zukünftiges Wirken. Obwohl die Mitglieder an der Basis in einer Art «Aufbruchstimmung» konkrete Beschlüsse des Parteivorstandes und der Landesvorstände zur Umsetzung des Programms erwartet hätten, habe nach dem Parteitag eine neue Runde der Personaldebatte und zur Frage eines möglichen Mitgliederentscheids darüber begonnen und damit das Programm als Errungenschaft der ganzen Partei in den Hintergrund gedrängt. Der *Ältestenrat* verlangte daher ein durchdachtes Konzept zur politischen Bildung, das inhaltliche Schwerpunkte zur wissenschaftlich-theoretischen Fundierung des Parteiprogramms

und zu aktuellen Fragen der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland und in der Welt sowie praktische Wege zu ihrer Realisierung ausweist. Er betonte, dass der pluralistische Charakter der Partei für den Erfolg des Zusammengehens linker Kräfte unabdingbar sei. Pluralismus brauche aber ein solides wissenschaftlich begründetes Fundament. «Ohne ein solches besteht die Gefahr der Beliebigkeit und des Entstehens von politischen Illusionen»¹⁵⁴, warnte der Rat.

In einem Brief vom 10. Mai 2012 an die Delegierten der 1. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE in Göttingen beklagte der *Ältestenrat*, dass das in Erfurt beschlossene Programm in der Vorbereitung des Göttinger Parteitages im Leben der Partei in den vergangenen Monaten kaum eine Rolle spielte. Der Rat machte erneut auf die Notwendigkeit

152 Bundessatzung der Partei DIE LINKE [Fassung vom Oktober 2011]. URL: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/bundessatzung/fruehere_fassungen/die_linke_bundessatzung_erfurt2011.pdf (abgerufen am 28.02.2018). **153** Vgl. DIE LINKE.: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE, a.a.O. **154** Das Programm als Errungenschaft der ganzen Partei wurde in den Hintergrund gedrängt. Überlegungen aus der Beratung des Ältestenrates (15. Dezember 2011). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/das-programm-als-errungenschaft-der-ganzen-partei-wurde-in-den-hintergrund-gedraengt/> (abgerufen am 16.03.2018).

der Analyse der vorgefundenen Verhältnisse für eine erfolgreiche Politik aufmerksam und verwies darauf, dass die lang anhaltende Wirtschaftskrise und die Diktatur des Finanzkapitals über das gesellschaftliche Leben, gekoppelt mit einem gravierenden sozialen Verfall und rigorosen Demokratieabbau in den europäischen Staaten einen Erosionsprozess des europäischen kapitalistischen Integrationsgebildes eingeleitet hätten. Linke Kräfte und kämpferische Gewerkschaftsorganisationen in Europa hätten auf die angespannte, krisenhafte Situation der Europäischen Union mit vielfachen Aktivitäten und Kampagnen reagiert. Das verpflichtete auch DIE LINKE als sozialistische Partei mit aller Kraft, durch präzise Analysen der Weltlage ihren internationalistischen Charakter stärker auszuprägen und anknüpfend an demokratische und soziale Traditionen in Europa in einem breiten Zusammenwirken mit demokratischen Strömungen auf nationaler und internationaler Ebene die Front der Linken in Europa zu stärken. Es gelte zugleich konstruktiv und vor allem politisch wahrnehmbar so zu agieren, dass die programmatischen Zielstellungen der LINKEN für eine grundlegende Umgestaltung der EU überzeugend wirksam werden könnten. Der *Ältestenrat* unterstrich: «Unsere Forderung nach einem Neustart der EU als eine demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion

sollte in der Öffentlichkeit als unser nationaler Beitrag zur internationalen Solidarität gewertet werden. Die Front der Linken kann ihre Stärke nur in gemeinsamen Bündnissen, im Dialog und schließlich in gemeinsamen sozialen und politischen Kämpfen gewinnen.»¹⁵⁵

Der *Ältestenrat* erinnerte daran, dass die deutsche Linke einen weiten Weg mit Höhen und Tiefen in sozialen Kämpfen und revolutionären Prozessen gegangen ist. Sie habe Chancen genutzt und Chancen verspielt. «Noch haben wir die Chance, mit dem neuen Erfurter Programm einen Wechsel der Politik zu erkämpfen und einen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse anzustreben. Wenn wir sie heute verspielen, wird es Jahrzehnte dauern, ehe sich eine neue sozialistische Linke formiert»¹⁵⁶, warnte der *Ältestenrat*. Und er appellierte an die Delegierten: «Die Partei braucht eine Orientierung zur Stärkung der Partei, eine Führung, die konsequent zur Verwirklichung des Programms arbeitet, konstruktive Diskussionen befördert, auf einheitliches Handeln orientiert, um die Partei aus der jetzigen schwierigen Si-

155 An die Delegierten der 1. Tagung des 3. Parteitagess der Partei DIE LINKE. Brief des Ältestenrates (10. Mai 2012). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/an-die-delegierten-der-1-tagung-des-3-parteitages-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 16.03.2018). **156** Ebenda.

tuation zu führen. Es geht darum, eine breite Zustimmung in der Gesellschaft für unsere Ziele zu gewinnen.»¹⁵⁷

Auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der LINKEN in Göttingen am 2. und 3. Juni 2012, auf dem sich ostdeutsche Pragmatiker und westdeutsche Radikale in der politischen Ausrichtung der Partei wie in der Entscheidung über die Wahl der neuen Parteivorsitzenden unveröhnlich gegenüberstanden, wurde die Wahl der neuen Parteiführung zur Zerreißprobe. Der Versuch Oskar Lafontaines, noch einmal die Parteiführung zu übernehmen, misslang. Schließlich wählte der Parteikonvent die zur *Emanzipatorischen Linken* zählende ostdeutsche Bundestagsabgeordnete Katja Kipping und den westdeutschen Gewerkschafter Bernd Riexinger als Nachfolger der beiden glücklosen Vorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst an die Parteispitze.¹⁵⁸

Zuvor hatte Gregor Gysi, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, angesichts der sich zum Teil hasserfüllt gegenüberstehenden Flügel erklärt: «Entweder wir sind in der Lage, eine kooperative Führung zu wählen, die die Partei integriert und die organisiert, dass wir in erster Linie wieder politisch wahrgenommen werden, von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Medien, von den anderen Parteien. [...] Oder aber wir sind dazu nicht in der Lage, was bedeutete, dass die Gruppe A nun

doch die Gruppe B besiegt oder die Gruppe B die Gruppe A. Für den Fall sage ich Euch offen: Dann wäre es sogar besser, sich fair zu trennen als weiterhin unfair, mit Hass, mit Trickereien, mit üblem Nachtreten und Denunziation eine in jeder Hinsicht verkorkste Ehe zu führen.»¹⁵⁹ Gysis dramatische Rede hatte wie ein reinigendes Gewitter gewirkt.

Über die Ergebnisse des Parteitages der LINKEN in Göttingen beriet der *Ältestenrat* am 28. Juni 2012 unter Teilnahme der neuen Ko-Vorsitzenden der Partei, Katja Kipping. Vom *Ältestenrat* erhoffte sie sich «kritische Begleitung» und forderte ihn auf, sich an der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms zu beteiligen. Der *Ältestenrat* stellte fest, dass die von den verschiedenen in der Partei vertretenen unterschiedlichen Positionen, die vor dem Parteitag und auf dem Parteitag aufeinander prallten und z. T. sogar zu persönlichen Verletzungen geführt hätten, mit den Beschlüs-

157 Ebenda. **158** Vgl. Aert van Riel: LINKE probiert einen Burgfrieden. Katja Kipping und Bernd Riexinger auf einem Parteitag mit verhärteten Fronten als Spitzenduo gewählt. In: Neues Deutschland, Berlin, 04.06.2012, S. 1; Uwe Kalbe: Das Gespenst, das ziemlich real ist. In Göttingen wurde vermieden, die Polarisierung auf die Spitze zu treiben. In: ebenda, S. 2; Der neue Fischer Weltalmanach 2013. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 2012, S. 131. **159** Gregor Gysi: Wichtig für die Menschen [Rede auf dem Parteitag der LINKEN am 2. und 3. Juni 2012 in Göttingen]. In: Disput, Berlin, 2012, Juni, S. 25.

Vom Göttinger Parteitag ging für den Ältestenrat das Signal aus: DIE LINKE bleibt eine einheitliche gesamtddeutsche linke Partei!

sen des Parteitages nicht einfach vom Tisch seien. Die politischen Auseinandersetzungen seien keinesfalls ein Streit zwischen Ost und West. Der Rat wolle mit seinen Möglichkeiten auch weiterhin dazu beitragen, dass die politischen Auseinandersetzungen in sachlicher Art und Weise und in solidarischer Atmosphäre zum Nutzen für die Wirksamkeit der Gesamtpartei ausgetragen werden. Er betonte, dass die Grundlage des Wirkens der Partei das in Erfurt verabschiedete Programm sein und bleiben müsse.¹⁶⁰

Am 6. September 2012 beschäftigte sich der *Ältestenrat* gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn mit der Entwicklung und den Ergebnissen der Arbeit der Partei seit dem Göttinger Parteitag und tauschte sich vor allem zu den Schlussfolgerungen für die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 aus. Der Rat diskutierte zudem auf der Grundlage eines Vortrages von Prof. Dr. Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung insbesondere Alternativen zur aktuellen Politik sowie zu politischen Projekten der Stiftung. Übereinstimmend sei festgestellt worden, dass die Ergebnisse des Göttinger Parteitages Grundlage für

eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Partei und ihr aktives Engagement in der bundesdeutschen Gesellschaft darstellen. Von Göttingen sei das Signal ausgegangen:

Die Partei DIE LINKE bleibe eine einheitliche gesamtddeutsche linke Partei! Der *Ältestenrat* kritisierte in diesem Kontext die Veröffentlichung des Briefes der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden an Katja Kipping und Bernd Riexinger in der Presse, in dem sie ihre Erwartungen für «mehr Respekt» ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht hatten. Diese Veröffentlichung habe dem Anliegen geschadet, den gemeinsamen Kampf aller Landesverbände in Ost und West ins Zentrum zu rücken und einen linken Dialog innerhalb der Partei und einen Dialog der Partei DIE LINKE mit allen Linken in Deutschland und der *Europäischen Linken* zu entwickeln.¹⁶¹

¹⁶⁰ Vgl. Hoffnungsvolle Ergebnisse des Parteitages. Information über eine Beratung des Ältestenrates (28. Juni 2012). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/hoffnungsvolle-ergebnisse-des-parteitages/> (abgerufen am 16.03.2018). ¹⁶¹ Vgl. Die Partei DIE LINKE – 120 Tage nach Göttingen Information über eine Beratung des Ältestenrates (6. September 2012). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-partei-die-linke-120-tage-nach-goettingen/> (abgerufen am 16.03.2018).

Am 13. Dezember 2012 beriet der *Ältestenrat* über die Entwicklung der Partei DIE LINKE seit dem Göttinger Parteitag und über die Wahlen 2013. Im Jahr 2013 werde sich entscheiden, so der Rat, ob in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin eine konservativ-liberale Koalition Merkel/Rösler das Sagen habe. Erforderlich sei aber nicht einfach ein Koalitionswechsel, sondern ein genereller Richtungs- und Politikwechsel. Und der sei ohne die Linke nicht realisierbar. Die Partei DIE LINKE stehe also vor großen Herausforderungen. Die Linke brauche daher eine fundierte Analyse der politischen Weltlage und der gesellschaftlichen Realität vor allem in Deutschland. Nur auf einer solchen Grundlage könne sie ihre eigenen Positionen mit einer überzeugenden strategischen Orientierung entwickeln und sie in den aktuellen politischen Kämpfen vertreten und damit deutlich machen, wofür die Linke in der heutigen Situation stehe. Nicht zuletzt würden damit auch Voraussetzungen geschaffen, dass Stimmen einer breiteren Bevölkerungsschicht in den Wahlen zum Landtag in Niedersachsen im Januar 2013, zum Bundestag im Herbst des Jahres 2013 und zum Europäischen Parlament 2014 gewonnen werden könnten. Es gelte in diesem Kontext, den Prozess der Entwicklung und Stärkung der *Europäischen Linken* zielstrebig zu fördern und dabei die Wahlen zum Europaparlament im Jahr 2014 stärker ins Blickfeld zu rücken.¹⁶²

Im Mittelpunkt der Beratung des *Ältestenrates* am 7. März 2013 stand ein Bericht des Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsen der Partei DIE LINKE, Manfred Sohn, über Ursachen und Erkenntnisse aus der Wahlniederlage im Januar 2013.¹⁶³ Er betonte, dass die Mitglieder des Landesverbandes einen sehr aktiven Wahlkampf geführt hätten, der von anderen Landesverbände sehr aktiv unterstützt worden sei. Wie sich jedoch zeigt habe, würden kurzfristige, wahltaktische Manöver nicht zum Erfolg führen, wenn nicht längerfristig ein klares politisches Profil der Partei ausgeprägt sei. Der Göttinger Parteitag habe den Streit in der Partei zwar nach außen beruhigt. Aber die wesentlichen strategischen Fragen seien nicht gelöst. Es finde keine wirkliche Debatte

¹⁶² Vgl. Die Entwicklung der Partei DIE LINKE seit dem Göttinger Parteitag und die Wahlen 2013. Erklärung des Ältestenrates von seiner Tagung am 13. Dezember 2012. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-entwicklung-der-partei-die-linke-seit-dem-goettinger-parteitag-und-die-wahlen-2013/> (abgerufen am 16.03.2018). ¹⁶³ Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE veröffentlichte die Thesen von Manfred Sohn am 11. März 2013 als eigenständiges Dokument. Vgl. Lehren aus Niedersachsen. Nachträglich verschriftlichte Diskussionsthese zum Einstieg in die Beratung des Ältestenrates – von Dr. Manfred Sohn, Landesvorsitzender in Niedersachsen. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/lehren-aus-niedersachsen/> (abgerufen am 16.03.2018).

um die Frage der Eigenständigkeit der Partei gegenüber SPD und *Bündnis 90/Die Grünen*, um die Frage der Zugehörigkeit zu einem rot-rot-grünen Lager, um das Verhältnis zu kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und um die Frage der Oppositions- oder Regierungsrolle als gegenwärtig angemessenem Platz dieser Partei statt. Der *Ältestenrat* vertrat die Auffassung, dass die inhaltlichen Debatten vor allem vor Ort in der Partei geführt werden müssten, damit ein politischer Wahlkampf auch breite Wählerschichten erreicht und die Stammwählerschaft stärkt.¹⁶⁴

Am 7. Mai 2013 beschäftigte sich der *Ältestenrat* mit dem Thema «Mitregieren – ein Lernprozess für die Linke?». Dem lagen eine Ausarbeitung von Edeltraut Felde unter dieser Überschrift sowie eine Einschätzung von Helma Chrenko «Linksregierungen in Lateinamerika – Errungenschaften und offene Probleme» zugrunde.¹⁶⁵ Zugleich verständigten sich die Mitglieder des *Ältestenrates* auf dieser Beratung mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen im Herbst 2013 über die aktuelle Situation in der Partei vor dem Dresdner Parteitag. Die Mitglieder des Rates äußerten Zweifel, ob die Partei als Ganze zurzeit so aufgestellt und geführt werde, dass sie den aktuellen Anforderungen in der jetzigen Phase der Vorbereitung der Bundestagswahl gewachsen sei. Ihre Medienwirksamkeit sei

zu gering. Die Spitzenkandidaten müssten als «Gesicht der Partei» jeweils für die ganze Partei (nicht nur für ein Spezialgebiet) stehen und wirksam werden. Vor allem SPD und *Bündnis 90/Die Grünen* würden mit linken Themen versuchen, der LINKEN «das Wasser abzugraben», ein Vorgang, auf den die Parteiführung schneller und polemischer hätten reagieren müssen. «Mit Sorge» beobachtete der *Ältestenrat* auch, dass die Veröffentlichung des Wahlprogramm-Entwurfs kaum eine breite Debatte in der Partei – geschweige denn in der Öffentlichkeit – zur Folge gehabt habe. All das zusammengenommen ließ ihn zu der

¹⁶⁴ Vgl. Für kritische Analysen und konstruktive Schlussfolgerungen. Mitteilung über die Beratung des Ältestenrates am 7. März 2013. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/fuer-kritische-analysen-und-konstruktive-schlussfolgerungen/> (abgerufen am 16.03.2018). ¹⁶⁵ Der Ältestenrat veröffentlichte beide Materialien nach Einarbeitung wichtiger Diskussionsergebnisse im Internet. Vgl. Mitregieren – ein Lernprozess für die Linke? Ausarbeitung von Edeltraut Felde für die Beratung des Ältestenrates (7. Mai 2013). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/mitregieren-ein-lernprozess-fuer-die-linke/> (abgerufen am 16.03.2018); Linksregierungen in Lateinamerika – Errungenschaften und offene Probleme. Beitrag von Helma Chrenko für die Beratung des Ältestenrates zum Thema «Mitregieren – ein Lernprozess für die Linke?» (7. Mai 2013). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/linksregierungen-in-lateinamerika-errungenschaften-und-offene-probleme/> (abgerufen am 16.03.2018).

Schlussfolgerung kommen, dass «ein Ruck» durch die Partei gehen müsse – und zwar gründlich. Es gelte in den Wochen des Wahlkampfes das Profil der Partei als diejenige der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und des konsequenten Kampfes gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neofaschismus und die daraus resultierenden zentralen Inhalte in das Zentrum des politischen Handelns zu rücken.¹⁶⁶

Erneut beschäftigte sich der *Ältestenrat* am 8. August 2013 mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl und mit der Frage, wie DIE LINKE dafür aufgestellt sei. Der Rat hob zunächst die Bedeutung der Bundestagswahlen 2013 für den weiteren Weg der Bundesrepublik Deutschland hervor. Die Weltwirtschaftskrise bilde den vorläufigen Höhepunkt einer äußerst krisenhaften Entwicklungsphase des Kapitalismus mit besonders vielen sozialen Verwerfungen. Dagegen wachse weltweit der Widerstand. Auch die Krise der Europäischen Union spitze sich zu. Die ökonomisch schwächeren Länder würden einen hohen Preis für die Politik der sogenannten Troika zahlen. Immer mehr Menschen würden ins Elend gestürzt und grundlegende demokratische Rechte außer Kraft gesetzt. Diese Politik würde vor allem in Berlin von der deutschen Bundesregierung konzipiert und durchgesetzt. In dieser Situation hätten die Ergebnisse der Bundestags-

wahl in Deutschland weit über dieses Land hinausgehende Bedeutung. Die Verantwortung der Partei DIE LINKE sei deshalb groß, ein gutes Ergebnis zu erreichen.¹⁶⁷

Zugleich sah der *Ältestenrat* allerdings nicht wenige inhaltlich-politische Probleme, die im Alltag des Wahlkampfes und darüber hinaus auf die Partei zukommen. So werde das Markenzeichen «Soziale Gerechtigkeit» der LINKEN – wenn auch inkonsequent – von allen anderen Parteien ebenfalls thematisiert. DIE LINKE dürfe das Thema «Europa» trotz kontroverser Diskussion in ihren Reihen nicht aus dem Bundestagswahlkampf ausklammern – nicht zuletzt deshalb, weil 2014 Europawahlen anstünden. Die Partei müsse deutlich machen, dass sie die Europäische Union will, aber eine andere, eine bessere, eine, die für soziale Gerechtigkeit in allen Ländern des Kontinents stehe. Dafür bedürfe es einer

166 Vgl. Die aktuelle Situation in der Partei vor dem Dresdner Parteitag. Brief des Ältestenrates an den Parteivorstand (7. Mai 2013). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-aktuelle-situation-in-der-partei-vor-dem-dresdner-parteitag/> (abgerufen am 16.03.2018). **167** Vgl. Wie weiter im Wahlkampf zur Bundestagswahl? Für eine starke Linke! Erklärung der Beratung des Ältestenrates. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/wie-weiter-im-wahlkampf-zur-bundestagswahl-fuer-eine-starke-linke/> (abgerufen am 17.03.2018).

starken *Europäischen Linken*. Nach Meinung des *Ältestenrates* sollte zudem weiter eine Reihe von Fragen geklärt werden, die in der Programmdebatte eine Rolle gespielt hätten. Das beziehe sich auf Fragen des Profils und des Charakters der Partei als *Partei des Demokratischen Sozialismus*, auf ihre Stellung und Funktion in der bundesdeutschen kapitalistischen Gesellschaft, auf ihr Verhältnis zu Weltanschauung und zur marxistischen Theorie, zum Geschichtsbild und zur internationalen Solidarität.¹⁶⁸

Am 10. Oktober 2013 wertete der *Ältestenrat* die Ergebnisse der Bundestagswahl vom September 2013 aus und lenkte den Blick auf die Hauptaufgaben des Wirkens der LINKEN in den nächsten Jahren. DIE LINKE habe mit 8,6 Prozent bei der Bundestagswahl ein achtbares Ergebnis erreicht, konstatierte der *Ältestenrat*. An diesem Achtungserfolg hätten die Mitglieder mit ihrem engagierten Wahlkampf in den neuen und in den alten Bundesländern gleichermaßen Anteil. Der Wiedereinzug der LINKEN in den Hessischen Landtag sei ein wichtiges Signal dafür, dass die «Tendenz» zur Liquidierung der LINKEN in den Landtagen der westdeutschen Flächenländer gestoppt worden sei. Der Rat verwies an dieser Stelle auf einen entsprechenden Beitrag von Manfred Coppik.¹⁶⁹ Bei aller Freude darüber, dass die Partei als drittstärkste Kraft in den

Bundestag einziehe, würden die Ergebnisse aber auch ernste Probleme signalisieren. Der *Ältestenrat* verlangte, dass der Verlust von ca. 1,4 Millionen Stimmen und der Mehrzahl der Direktmandate nicht leicht genommen werden dürfe und auf seine Ursachen hin gründlich und detailliert untersucht werden müsse. Wenn es nicht gelinge, die eigenen Mängel, Schwächen und Fehler zu analysieren, würden der Partei Schlussfolgerungen für notwendige Veränderungen fehlen.¹⁷⁰

Für die Bestimmung der Grundrichtung und der inhaltlichen Schwerpunkte des politischen Wirkens der Partei in den kommenden Jahren sei eine über die Wertung der statistisch erfassten Ergebnisse hinausgehende Analyse der Wahlergebnisse und des gesellschaftlichen Zustands in der deutschen Gesellschaft dringend erforderlich. Die Rolle Deutschlands

¹⁶⁸ Vgl. ebenda. ¹⁶⁹ Der *Ältestenrat* publizierte den Beitrag von Manfred Coppik im Internet. Vgl. Manfred Coppik: Anmerkungen zur Diskussion der Wahlergebnisse vom 22. September 2013 (10. Oktober 2013). URL: <https://www.die-linke.de/partei/partei-struktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/anmerkungen-zur-diskussion-der-wahlergebnisse-vom-22-september-2013/> (abgerufen am 17.03.2018). ¹⁷⁰ Vgl. Das Wahlergebnis und worauf sich DIE LINKE in den nächsten Jahren konzentrieren sollte! Erklärung des *Ältestenrates* (10. Oktober 2013). URL: <https://www.die-linke.de/partei/partei-struktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/das-wahlergebnis-und-worauf-sich-die-linke-in-den-naechsten-jahren-konzentrieren-sollte/> (abgerufen am 17.03.2018).

im internationalen und im europäischen Kontext (Europäische Union) dürfe dabei nicht ausgeklammert werden. Vor allem müsse beachtet werden, dass die Bundestagswahlen den stärksten Rechtsruck seit 1990 angezeigt hätten. Für die Partei DIE LINKE gelte es jetzt nach der Bundestagswahl, sich auf die «neuen» Realitäten einzustellen. Das erfordere nicht zuletzt, den Konsolidierungsprozess fortzusetzen und dabei das politische Profil der Partei auf der Grundlage des Erfurter Programms weiter auszuprägen. Der *Ältestenrat* forderte, dass sich die Partei voll als Oppositionskraft im Parlament und im außerparlamentarischen Raum profilieren müsse. Er betonte: «Wir verstehen uns nicht als »Regierungspartei im Wartestand«!»¹⁷¹

Der *Ältestenrat* erinnerte daran, dass zu den umstrittenen Fragen in der Partei das Verhältnis zur Europäischen Union gehöre: «Die bevorstehenden Europawahlen erfordern, dass sich die Partei als Ganzes intensiv der Europäischen Union und ihren partnerschaftlichen Beziehungen zu den anderen Staaten Europas zuwendet und dabei ihre *prinzipielle Kritik am Charakter, am gegenwärtigen Zustand und an der aktuellen Politik der EU* und ihrer Gremien deutlich macht und in die Öffentlichkeit trägt. Das erfordert aber auch, in der Partei selber *über ein linkes Verständnis von Europa nachzudenken* und entsprechende Positionen zu

erarbeiten.»¹⁷² Das schließe nicht zuletzt auch das Vertrautmachen mit der Entwicklung der Partei der *Europäischen Linken* und Fragen der internationalen Solidarität ein.¹⁷³

EUROPA-POLITIK IM ZENTRUM DER AUFMERKSAMKEIT DES ÄLTES- TENRATES DER PARTEI DIE LINKE

Vor dem Hintergrund der durch die Finanzmarktkrise initiierten überbordenden Staatsverschuldung, insbesondere südeuropäischer Staaten wie Griechenland, der Versuche der Euro-Rettung durch Austeritätspolitik der herrschenden Kreise der Europäischen Union, des Ukraine-Konflikts und der zunehmenden Spannungen zwischen der EU und Russland und der durch diese Ereignisse ausgelösten innerparteilichen Kontroversen rückte die Europa-Politik ins Zentrum der Aufmerksamkeit des *Ältestenrates* der Partei DIE LINKE. Dazu kam das Aufbrechen von Konflikten innerhalb linker Parteien in Europa, die nicht zuletzt aus unterschiedlichen Sichten auf die Vergangenheit wie die Einschätzung des sogenannten real existierenden Sozialismus, insbesondere des Stalinismus, resultierten.

171 Ebenda. 172 Ebenda. 173 Vgl. ebenda.

Am 19. Dezember 2013 wertete der *Ältestenrat* den Madrider Kongress der *Europäischen Linken* aus und veröffentlichte anschließend eine Stellungnahme dazu. Grundlage für die Debatte im *Ältestenrat* waren Berichte der Kongressteilnehmer Claudia Haydt, die in den Vorstand der EL wiedergewählt worden war, Heinz Bierbaum, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes (GfPV), und Oliver Schröder, Leiter des Bereiches Internationale Politik im Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Sie informierten über die Beratungen und die Wahlen in Madrid. Der *Ältestenrat* bat den Parteivorstand, die wichtigsten Aussagen des Kongresses schriftlich und in Mitglie­derversammlungen in der Partei bekannt zu machen.¹⁷⁴

Aus der grundlegenden Ablehnung der jetzi­gen Vertragsgrundlagen und der politischen Praxis der EU sowie der Forderung nach einem «Neustart» der EU durch die *Europäische Linke* leitete der *Ältestenrat* die Empfehlung ab, den für den Hamburger Parteitag vorgeleg­ten Entwurf des Europa-Wahlprogramms, in dem Ansätze einer solchen Position durchaus enthalten seien, grundsätzlich zu überprüfen und in Übereinstimmung mit den Positionen der EL die Position der LINKEN akzentuierter zu formulieren und den Aktivitäten der Partei zu Grunde zu legen. Der Rat kritisierte, dass in Publikationen der Partei zwar manches über

die EU und das Wirken der Abgeordneten der LINKEN dort kommuniziert werde, aber über die EL als Partei kaum etwas zu lesen sei. Der *Ältestenrat* wies darauf hin, dass Entscheidungen der EU-Institutionen über die Bundesebene bis in die Länder, Städte und Gemeinden eingreifen würden. Im Europawahlkampf wie bei den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2014 sollte daher mehr als bisher den Bürgerinnen und Bürgern durch Abgeordnete und Kandidaten der Partei DIE LINKE bewusst gemacht werden, wie tief die EU-Politik sich auf das alltägliche Leben auswirkt. Nur mit einer alternativen Europa-Politik, zeigte sich der Rat überzeugt, werde es der *Europäischen Linken* gelingen, Europa zu verändern.¹⁷⁵

Am 6. März 2014 beriet der *Ältestenrat* mit dem Co-Parteivorsitzenden Bernd Riexinger über das Arbeits- und Diskussionspapier mit dem Titel «Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE», das im November 2013 vorgestellt und zur Diskussion in der gan-

174 Vgl. Verändert Europa! Für eine alternative Europapolitik! Stellungnahme des Ältestenrates zum Madrider Kongress der Europäischen Linken (EL) (19. Dezember 2013). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/veraendert-europa-fuer-eine-alternative-europapolitik/> (abgerufen am 14.03.2018). **175** Vgl. ebenda.

zen Partei empfohlen worden war. Nach den einführenden Bemerkungen des Vorsitzenden gab es eine längere kritisch-konstruktive, kameradschaftliche Diskussion, deren Schwerpunkte sich an den im Dokument der beiden Vorsitzenden genannten Aufgaben einer linken Partei orientierten, darunter: (1) Eine linke Partei müsse sich in der Gesellschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen verankern. (2) Sie solle in der Lage sein, im Bündnis mit Anderen politische Auseinandersetzungen zu führen und in politischen Kämpfen eine aktive Rolle zu spielen. (3) Sie müsse eine Struktur haben, die sie befähige, Wahlen zu organisieren und die Interessen ihrer Wähler*innen in den Parlamenten zu vertreten und dort Sprachrohr der sozialen Bewegungen zu sein. (4) Sie habe die Aufgabe, politische Orientierung zu geben und im positiven Sinne aufklärerisch zu wirken. (5) Sie solle in der Lage sein, zu den aktuellen Fragen und politischen Auseinandersetzungen Stellung zu beziehen und eine schlüssige Position einzunehmen. (6) DIE LINKE agiere international in Zusammenarbeit mit den anderen Linksparteien. Die ausführliche Debatte zwischen dem *Ältestenrat* und dem Vorsitzenden Bernd Riexinger nahm der *Ältestenrat* zum Anlass, den Parteivorstand zu bitten, ihn generell frühzeitig bei der Vorbereitung und Verabschiedung wichtiger und grundlegender Dokumente der Partei einzubeziehen.¹⁷⁶

Auf dem Berliner Parteitag im Mai 2014 gab der *Ältestenrat*, der bei der Gründung der Partei DIE LINKE 2007 berufen worden war, sein Mandat zurück, setzte seine Tätigkeit aber fort.¹⁷⁷ Der *Ältestenrat* empfahl bei dieser Gelegenheit in seinem Bericht an den Berliner Parteitag dem neu zu wählenden Parteivorstand, entsprechend der Bundessatzung § 20 Abs. 7 einen *Ältestenrat* neu zu berufen und auf der Grundlage der Satzung «dessen Potenzen umfassend zu nutzen, ihn in der alltäglichen politischen Arbeit beratend einzubeziehen und Raum für seine Teilnahme an parteiöffentlichen Debatten zu geben»¹⁷⁸. Der Parteivorstand berief dann auf seiner Sitzung am 24. Oktober 2015 den *Ältestenrat* neu.¹⁷⁹ Der *Ältestenrat* wertete am 12. Juni 2014 die Europawahlen aus und beriet über die Ergebnisse des Berliner Parteitages der Partei

176 Vgl. Verankern, verbreiten, verbinden – Projekt Parteientwicklung. Information über die Beratung des Ältestenrates am 6. März 2014. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/verankern-verbieten-verbinden-projekt-parteientwicklung/> (abgerufen am 17.03.2018). **177** Vgl. DIE LINKE.: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE, a.a.O. **178** Bericht des Ältestenrates an die 2. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE. URL: https://archiv2017.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/berlin2014/berichte/berlin2014_bericht_aeltestenrat.pdf (abgerufen am 22.03.2018). **179** Vgl. DIE LINKE.: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE, a.a.O.

DIE LINKE. Der Berliner Parteitag und die öffentliche und parteiinterne Debatte danach hätten signalisiert, so der Rat, dass eine politische Unkultur in der Partei Boden ergriffen habe. Erforderlich sei jetzt vor allem die gründliche Analyse der politischen Rolle der Partei in der Gesellschaft, der Situation in der Führung der Partei und in den Landesverbänden, um Vertrauen zu stärken und politischer Unkul-

Auch der Ältestenrat sprach sich nach den Europawahlen 2014 für einen Vertreter der griechischen linken Partei als Vorsitzenden der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament aus.

tur keinen Raum zu lassen. Die Vorsitzenden der Partei und der Parteivorstand stünden hier in einer besonderen Verantwortung, der sie gerecht werden müssten. «Wenn hier keine Veränderungen eintreten, kann eine ähnliche Situation eintreten wie vor dem Göttinger Parteitag»¹⁸⁰, warnte der *Ältestenrat*.

In der Diskussion gab es Übereinstimmung, dass die Europawahlen zwar keine Niederlage, aber mit dem Verlust eines Mandates kein besonderer Erfolg für DIE LINKE waren. Als Problem sei deutlich gemacht worden, dass offensichtlich viele (potenzielle) Wählerinnen und Wähler durch die Debatten zum Wahlprogramm der Partei verunsichert waren und

ihre kritische Sicht auf die Europäische Union durch DIE LINKE nicht entsprechend aufgenommen worden sei. Das gelte besonders für die Schärfe des Sozialabbaus durch die Brüsseler Institutionen, der durch aktives Agieren der Bundesregierung erfolgt sei. Eindeutiger hätte nach Auffassung des *Ältestenrates* erklärt werden müssen, dass die EU zwar eine Wirtschaftsunion sei, aber keinesfalls eine Sozialunion. Der *Ältestenrat* unterstützte eine Initiative des Bundesausschusses der LINKEN, der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament zu empfehlen, einen Vertreter der griechischen linken Partei zum Vorsitzenden zu wählen.¹⁸¹

Der *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE beschäftigte sich am 4. September 2014 erneut mit den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament. Er konstatierte eine Konzeptionslosigkeit der Linken hinsichtlich einer politischen Strategie zur Lage in Europa. Auf jeden Fall sei es notwendig, so der Rat, das neue Verhältnis von nationalen und internatio-

180 Die politische Rolle der Partei in der Gesellschaft klären. Information über die Beratung des Ältestenrates am 12. Juni 2014. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-politische-rolle-der-partei-in-der-gesellschaft-klaren/> (abgerufen am 17.03.2018). **181** Vgl. ebenda.

nen Kampfbedingungen für eine linke Politik zur Veränderung der Verhältnisse in Europa in den Vordergrund zu rücken. Der *Ältestenrat* kam im Ergebnis seiner Debatte zu der Auffassung, dass die bisher erfolgte Auswertung der Wahlen zum Europaparlament noch nicht den neuen Herausforderungen in der Entwicklung der EU gerecht werde. Die Anforderungen für die Gestaltung linker europäischer Politik seien gewachsen. Die Regierung der BRD setze auf Führungsanspruch in der EU und kämpfe um ständig wachsenden Einfluss. DIE LINKE müsse sich dieser Tendenz noch entschiedener entgegenstellen.¹⁸²

Der *Ältestenrat* empfahl der gesamten Partei, natürlich in erster Linie dem Parteivorstand und den Landesvorständen, sich auf der Grundlage der Wahlergebnisse zum EU-Parlament und weiterer Wahlen gründlich mit der aktuellen internationalen Situation und speziell mit der Entwicklung in Europa und in der EU auseinanderzusetzen und konkrete Schlussfolgerungen für die politischen Aktivitäten der Partei und ihre Öffentlichkeitsarbeit zu beschließen. Für besonders dringend hielt es der *Ältestenrat*, dass der Parteivorstand gemeinsam mit sachkundigen und zuständigen Mitgliedern der Partei und Vertretern anderer linker Parteien eine umfassende, langfristige angelegte Konzeption für die politische Strategie der Linken zur Lage in Europa und in der EU erarbeitet. Auf dem

Parteitag der *Europäischen Linken* in Madrid im Dezember 2013 wurde die Forderung nach einem Linksdialog in Europa erhoben. Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE sollte diesen Gedanken aufgreifen und eine Initiative für einen solchen Dialog auslösen.¹⁸³

Am 4. Dezember 2014 diskutierte der *Ältestenrat* sein Selbstverständnis und seine Funktion in den Strukturen der Partei DIE LINKE. Die erstmalige Berufung eines *Ältestenrates* an der Jahreswende 1989/90 habe das Ziel verfolgt, in den Prozess der Erneuerung der Partei Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung und des nationalen und internationalen Widerstandes gegen den Faschismus, überhaupt Erfahrungen aus dem geschichtlichen Geworden-Sein der Partei einzubringen. Der *Ältestenrat* habe sich in der Verantwortung für das Miteinander der Generationen in der Partei gesehen. «Gegenseitige Achtung der Erfahrungen unterschiedlicher Generationen und sich gemeinsam der Verantwortung aus der Geschichte zu stellen, das sind wichtige Quellen für die Entwicklung einer konsequent linken Partei und für

182 Vgl. Das Europäische Parlament – Probleme, Erwartungen, Hoffnungen. Information über die Beratung des *Ältestenrates* am 4. September 2014. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/das-europaeische-parlament-probleme-erwartungen-hoffnungen/> (abgerufen am 17.03.2018). **183** Vgl. ebenda.

ihren Platz in der Gesellschaft»¹⁸⁴, unterstrich der Rat. All das gelte auch heute und habe Konsequenzen für die Stellung und das Wirken des *Ältestenrates* in der Partei DIE LINKE.

Entstanden sei der *Ältestenrat* mit der Gründung der PDS. Im Prozess der Verschmelzung von PDS und WASG sei die Neugründung der Partei DIE LINKE und mit ihr 2007 die Berufung eines neuen *Ältestenrates* erfolgt. Die Mitgliedschaft der Partei habe sich inzwischen weitgehend verändert und neue Führungsgenerationen hätten die Verantwortung übernommen. Mit einer gewissen Bitterkeit konstatierten die Mitglieder des Rates: «Da die in der Satzung festgelegten Grundsätze für das Wirken des *Ältestenrates* in den vergangenen Jahren im Führungsprozess durch den Parteivorstand kaum Beachtung fanden, sollte geprüft werden, ob bei den Veränderungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft und der neuen Führungselite ein *Ältestenrat* mit den Erfahrungen seiner Mitglieder für die Politik der Partei angesichts neuer Herausforderungen noch einen zu beachtenden Beitrag leisten kann. Die jüngste Praxis – auch nach dem Berliner Parteitag – setzt eher Zeichen, dass ein solcher Rat kaum gebraucht wird.»¹⁸⁵ Allerdings müsse die Partei die veränderten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland, in Europa und in der Welt gründlich analysieren, um strategische Schlussfol-

gerungen für ihr Wirken im parlamentarischen Kampf und als politische Kraft zu ziehen, die zum herrschenden kapitalistischen System in Deutschland in grundlegender Opposition steht – und das auch, wenn sie in dem einen oder anderen Bundesland an der Regierung beteiligt sei, erinnerte der *Ältestenrat* und brachte sich damit als unverzichtbarer Mahner und Ratgeber erneut ins Spiel.¹⁸⁶

Mit der Vorbereitung des Parteitages der LINKEN am 6./7. Juni 2015 in Bielefeld befasste sich der *Ältestenrat* in seiner Sitzung am 26. März 2015. Er unterstützte dabei die Empfehlung des Bundesausschusses der Partei, folgende Schwerpunkte für den Parteikonvent zu berücksichtigen: (1) Intensivere Hinwendung der LINKEN zur sozialen Frage in ihren konkreten Erscheinungsformen, verbunden mit dem Ringen um breitere soziale Gerechtigkeit. (2) Kampf gegen Rechtsentwicklung in all ihren Schattierungen, verbunden mit dem Ausbau der sozialen Demokratie. (3) Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und Tendenzen der Militarisierung, verbunden mit der Unterstüt-

184 Neue Herausforderungen für DIE LINKE und die Verantwortung des Ältestenrates (4. Dezember 2014). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/neue-herausforderungen-fuer-die-linke-und-die-verantwortung-des-aeltestenrates/> (abgerufen am 17.03.2018). **185** Ebenda. **186** Vgl. ebenda.

zung des Kampfes um den Frieden. Nach Auffassung des *Ältestenrates* sollte der Parteitag Grundfragen der weiteren Politik der LINKEN beraten. Dabei sei von einer neuen Etappe der imperialistischen Politik zur Neuaufteilung der Einflussphären, der Ressourcen und der Absatzmärkte in der Welt und in Europa auszugehen und davon, dass dabei militärische und kriegerische Optionen eine wachsende Rolle spielten. Es brenne an allen Ecken und Enden der Welt. Das gehe einher mit zunehmender sozialer Ungleichheit, mit dem Abbau und der Aushöhlung bürgerlich-demokratischer Standards in den USA und auf nationaler Ebene in Europa, forciert durch die Politik der EU. Auf der Grundlage dieser Realität müsse es Aufgabe des Parteitages sein, das heutige Klassen- und gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu analysieren und daraus linke Strategien abzuleiten.¹⁸⁷

Die Entwicklung und Politik der Europäischen Union sowie die Rolle der BRD in Europa sollten illusionslos eingeschätzt und aufgrund dieser Analyse das Verhalten der Linken einen Schwerpunkt der Tagesordnung des Parteitages bilden. Namentlich gehe es um das Verhalten der LINKEN zur deutschen Zwangspolitik gegenüber Griechenland ebenso wie um das Agieren der BRD im Vorfeld und im Bürgerkrieg in der Ukraine und um eine beabsichtigte Armee der EU. Die friedenspolitischen Positionen der LINKEN sollten auch auf diesem Par-

teitag bekräftigt und «Kompromisse» in dieser Frage für eine vermeintliche Regierungsfähigkeit ebenso ausgeschlossen werden wie in der Grundposition der Linkspartei gegen die Austeritätspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union. Es müsse, so der *Ältestenrat*, zudem das weitere Agieren der LINKEN (in Partei und Fraktionen) u. a. gegen TTIP, CETA und die Dienstleistungsrichtlinie beraten werden.¹⁸⁸

Verlauf und Ergebnisse des Bielefelder Parteitages selbst behandelte der *Ältestenrat* auf seiner Sitzung am 5. Juli 2015. Der Rat kritisierte, dass – aus welchen Gründen auch immer – wesentliche Probleme der Strategie, der aktuellen Politik und der weiteren Entwicklung der Partei offen geblieben bzw. gegensätzlich in den Raum gestellt worden seien. Auch wenn das Thema Krieg und Frieden auf dem Parteitag angesprochen worden sei, wären seine Aussagen hinter der Schärfe der Bedrohungen und der wachsenden Rolle der deutschen Militärmacht, ihrer Aufrüstung, des Rüstungsexports und dem Bestreben nach einer Europaarmee mit bestimmendem Einfluss der BRD zurück-

¹⁸⁷ Vgl. Von Erfurt nach Bielefeld. Erklärung des Ältestenrates der LINKEN (26. März 2015). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/von-erfurt-nach-bielefeld-1/> (abgerufen am 18.03.2018). ¹⁸⁸ Vgl. ebenda.

geblieben. Der Rat kritisierte, dass DIE LINKE eine wirkliche antikapitalistische Alternative nicht zur Entfaltung bringe. Die Beratung des Parteitagess hätte keine Nähe zum Parteileben und zur weiteren Parteientwicklung gehabt. Die Interessenvertretung der jüngeren Generation sollte stärker bestimmt und in der Durchsetzung stärker vertreten werden.¹⁸⁹

Der *Ältestenrat* beschäftigte sich am 9. Juli 2015 erneut mit der Auswertung des Bielefelder Parteitagess sowie mit der Beratung des Parteivorstandes vom 4. und 5. Juli 2015 und dem Prozess der neuen Berufung des Rates durch den Parteivorstand. Der Rat kritisierte, dass der Bielefelder Parteitag Ausdruck sei «für eine fehlende Wiedergabe des politischen Lebens in der Partei, für fehlenden Raum, um auch im Rahmen einer pluralistischen Partei strittige Probleme auszutragen und handlungsfähig zu sein, für Elemente eines Zurückbleibens im politischen Feld gegenüber den Herausforderungen, die sich im Kampf um Frieden und Sicherheit und dem sich radikal verschärfenden Sozialabbau in der Europäischen Union und auch in der Bundesrepublik Deutschland vollziehen»¹⁹⁰. Besondere Aufmerksamkeit hätten in der Debatte im *Ältestenrat* die neuen Herausforderungen der Solidarität für souveräne Entscheidungen und den notwendigen Klassenkampf in Griechenland und die immer schneller wachsende Verschärfung der Lage in Mittel- und Osteu-

ropa gefunden. Prof. Dr. Gretchen Binus habe ein Diskussionspapier zur Lage in Griechenland vorgelegt¹⁹¹ und Bruno Mahlow ein solches für die Probleme in Mittel- und Osteuropa¹⁹².

Der *Ältestenrat* kritisierte, dass es schon Mühen gekostet habe, das Thema Frieden und Sicherheit auf die Tagesordnung des Parteitagess in Bielefeld zu setzen. Jetzt sei es an der Zeit, sich der Größe der Gefahren zu stellen und «nicht angepassten Schwankungen im Sinne einer Äquidistanz zu folgen»¹⁹³. Nach Auffassung des

189 Vgl. Erste Einschätzung des Bielefelder Parteitagess. Information des Ältestenrates für den Parteivorstand (5. Juli 2015). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklaerungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/erste-einschaetzung-des-bielefelder-parteitages/> (abgerufen am 18.03.2018). **190** Bemerkungen zum Bielefelder Parteitag und zur jüngsten Beratung des Parteivorstandes. Diskussionspapier des Ältestenrates (9. Juli 2015). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklaerungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/bemerkungen-zum-bielefelder-parteitag-und-zur-juengsten-beratung-des-parteevorstandes/> (abgerufen am 18.03.2018). **191** Der Ältestenrat publizierte dieses Diskussionspapier im Internet. Vgl. Gretchen Binus: Zur Griechenland-Krise. Ein Diskussionspapier. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklaerungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-griechenland-krise/> (abgerufen am 18.03.2018). **192** Der Ältestenrat veröffentlichte auch die Ausarbeitung von Bruno Mahlow im Internet. Vgl. [Bruno Mahlow]: Der Frieden in Europa ist aufs äußerste gefährdet (9. Juli 2015). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklaerungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/der-frieden-in-europa-ist-aufs-aeusserste-gefaehrdet/> (abgerufen am 18.03.2018). **193** Bemerkungen zum Bielefelder Parteitag und zur jüngsten Beratung des Parteivorstandes, a.a.O.

Tendenzen einer Distanz zwischen Führungskräften und der Parteibasis müssen diskutiert und schnellstmöglich überwunden werden, so der Ältestenrat im Oktober 2015.

Rates habe die gesellschaftliche Entwicklung auch die Theorie einer «doppelten» Transformation auf den Prüfstand gestellt und zu einer weiteren offensiven Debatte herausgefordert. Wenn sich auf dem Parteitag schon keine Chance geboten habe, über Transformation und angestrebte Regierungspolitik zu diskutieren, dann sollte sich die Partei diese Chance nicht entgehen lassen. Dies umso mehr, weil Aussagen im Raum stünden, die sich für einen etwas besseren Kapitalismus aussprechen und die Transformationstheorie als «Schönwetteraussage» erscheinen lassen würden. Die Werbung für Rot-Rot-Grün werde mit leeren Worten gepriesen, aber von Lehren aus dem Mitregieren sei bisher keine Rede. Über Zukunft zu reden, ohne eine tiefe Klassenanalyse der Gegenwart als Grundlage zu nehmen, könne einen Politikwechsel, der zu Gesellschaftsveränderungen führe, weder auslösen noch tragen.¹⁹⁴

Am 15. Oktober 2015 tagte der *Ältestenrat* zur Vorbereitung der neuen Berufung des Rates durch den Parteivorstand. Der *Ältestenrat* legte auch auf dieser Tagung den Finger in die Wunde. Er konstatierte, dass der Wahl der De-

legierten des 4. Parteitages eine Mitgliedschaft von 64.000 Mitgliedern zugrunde gelegen habe, für den 5. Parteitag seien es nur noch 60.000 Mitglieder. Zur Stabilisierung der Partei bedürfe es größerer Anstrengungen zur Aktivierung der Basisorganisationen und des Parteilebens. Die etwa 10 Prozent der Mitglieder in den unterschiedlichen Strömungen und Arbeitsgemeinschaften seien ein wichtiges Element für den Pluralismus der Partei, könnten aber nicht an die Stelle der gewählten Führungskräfte treten. Tendenzen einer Trennung oder Distanz zwischen Führungskräften und der Mitgliedschaft an der Parteibasis müssten diskutiert und schnellstmöglich überwunden werden. Der Parteivorstand stehe in der Verantwortung, die drei wichtigen Ebenen des parlamentarischen Wirkens zu analysieren und notwendige Schlussfolgerungen zu ziehen. Es gehe dabei um die deutsche Gruppe in der linken Fraktion des Europaparlaments, um die Fraktion der LINKEN im Deutschen Bundestag und um das Zusammenwirken der Landtagsfraktionen über die Konferenz der Vorsitzenden mit Bund und Europa.¹⁹⁵

¹⁹⁴ Vgl. ebenda. ¹⁹⁵ Vgl. Stärker in die Öffentlichkeit treten. Information zum Ergebnis der Beratung des Ältestenrates am 15. Oktober 2015 (26. Oktober 2015). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/staerker-in-die-oeffentlichkeit-treten/> (abgerufen am 18.03.2018).

Nachdem der *Ältestenrat* am 24. Oktober 2015 neu berufen worden war, konstituierte er sich am 26. November 2015 unter Anwesenheit der Parteivorsitzenden Katja Kipping in Potsdam. Als Stellvertreter des erneut als Vorsitzender dieses Gremiums berufenen Hans Modrow wurden Gretchen Binus, Christina Emmrich, Ursula Schumm-Garling und Wolfgang Grabowski gewählt. Es schloss sich eine Diskussion über die zukünftige Arbeit des *Ältestenrates* an, in der das Mitglied Gregor Schirmer anregte, dass sich der Rat mit der Grundsatzfrage «Quo vadis EU» beschäftigen möge.¹⁹⁶

Am gleichen Tag fand im Gebäude des Brandenburger Landtages ein engagierter Gedankenaustausch des *Ältestenrates* mit dem Vorsitzenden der Brandenburger Parteiorganisation und Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Christian Görke, dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag, Ralf Christoffers, und Justizminister Helmuth Markov statt, bei dem Christian Görke das Wirken in Regierungsverantwortung analysierte. Hans Modrow lenkte den Blick insbesondere darauf, durch ein konsequentes Einstehen für ein soziales Brandenburg das Profil der Partei zu schärfen. Auch in Brandenburg müsse die Partei spürbarer im Alltag vorkommen und wieder Kümmererpartei werden. DIE LINKE sei herausgefordert, eine neue Strategie für die Wirtschaft im Osten zu entwickeln und mit ih-

ren Möglichkeiten wirksam zu machen.¹⁹⁷ Wie Thomas Falkner als Insider, der viele Jahre im Bereich Strategie und Grundsatzfragen des Parteivorstandes tätig war, berichtete, hatten sich der Rat und Hans Modrow persönlich immer wieder mit der Entwicklung der Partei im Land Brandenburg beschäftigt. In diesem Kontext unterhielt Hans Modrow regelmäßige Kontakte zu den Ministerpräsidenten Stolpe, Platzeck und Woidke. Die Palette der Themen, mit denen sich der Rat und Hans Modrow befassten, reichte dabei von einer kritisch-konstruktiven Begleitung der Regierungsbeteiligung der LINKEN über die Arbeit der Enquete-Kommission «Zur Aufarbeitung der Geschichte und zur Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur sowie des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg», über Verfassungsfragen und über Fragen der Achtung ostdeutscher Lebenswege bis zur Analyse der Ursachen für die empfindlichen Stimmenverluste der LINKEN bei der Landtagswahl im September 2014 in diesem Bundesland.¹⁹⁸

196 Vgl. Mitteilung über die Konstituierung des Ältestenrates (9. Dezember 2015). URL: <https://www.die-linke.de/partei/partei-struktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/mitteilung/> (abgerufen am 18.03.2018). **197** Vgl. ebenda. **198** Vgl. E-Mail von Thomas Falkner vom 27. März 2018 an den Autor.

Auf einer Diskussionsveranstaltung im Seniorenclub der LINKEN in Berlin am 8. Dezember 2015 bilanzierte der *Ältestenrat* seine Tätigkeit in den Jahren von 2007 bis 2015. Im Mittelpunkt der Arbeit des *Ältestenrates* hätten stets Probleme der Parteientwicklung gestanden. Es sei zunächst um das Zusammenwachsen der PDS und der WASG gegangen, um das Wirken der verschiedenen Strömungen und Arbeitsgemeinschaften. Der Rat habe sich schwerpunktmäßig mit den Problemen der Erarbeitung des Programms und der Programmdebatte beschäftigt. In der Vorbereitung der verschiedenen Parteitage habe in seiner Meinungsbildung immer die Betonung des Profils der Partei im Vordergrund gestanden, das heißt einer Partei mit einem antikapitalistischen, auf einen demokratischen Sozialismus gerichteten Kurs – dies auch in ihrer eigenständigen Position im Verhältnis zur SPD und zu den *Bündnis 90/Die Grünen*. Auch die Problematik der Regierungsbeteiligung war Gegenstand der Debatten im *Ältestenrat*. Der Rat habe die Ergebnisse der Parteitage und die Wahlergebnisse ausgewertet und zum Beispiel auf die ungenügende Medienwirksamkeit der Wahlprogramme der LINKEN, auf eine fehlende Debatte in der Partei darüber, auf das noch ausbaufähige Verhältnis von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf aufmerksam gemacht.¹⁹⁹

Der *Ältestenrat* kritisierte in seiner Bilanz, er sei in all den Jahren seiner bei der Berufung und in der Satzung formulierten Beratungsaufgabe der Parteiführung nachgekommen, aber die Resonanz und die «Bitten» des Parteivorstandes um Beratung hätten zu wünschen übrig gelassen. Die Funktion des *Ältestenrates* als ein Konsultationsgremium sei nach seiner Meinung vom Parteivorstand nur ungenügend in Anspruch genommen worden: «Es ist an uns keine Bitte um eine Meinung oder auch Kritik zu einem Problem herangetragen worden, obwohl die Positionspapiere zur Verfügung standen. In der Öffentlichkeit wurden wir stärker wahrgenommen.»²⁰⁰ Insgesamt sei die bisherige Arbeit des *Ältestenrates* durch einen grundsätzlich konstruktiv-kritischen und durch gegenseitige Achtung charakterisierten Gedankenaustausch und durch eine ganz besondere solidarische Atmosphäre geprägt gewesen. Dies gelte es in der kommenden Arbeitsperiode des Rates auch fortzusetzen.²⁰¹ Der *Ältestenrat* beriet am 18. Februar 2016 über grundsätzliche Fragen von Frieden und Sicher-

199 Vgl. Bilanz der Tätigkeit des Ältestenrates 2015. Kurzer Überblick – vorgestellt auf einer Diskussion im Seniorenclub am 8. Dezember 2015. URL: <https://www.die-linken.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/bilanz-der-taetigkeit-des-aeltestenrates-2015/> (abgerufen am 18.03.2018). **200** Ebenda. **201** Vgl. ebenda.

heit und dabei insbesondere über seinen Beitrag zur Friedenskonferenz der Partei DIE LINKE am 19. März 2016 in Berlin. Den Mitgliedern des Rates lag zur Beratung und Beschlussfassung der Entwurf eines Appells «Den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 vertrauensbildend und friedensstiftend gestalten» vor. Einleitend informierten die früheren DDR-Botschafter Wolfgang Grabowski und Peter Steglich über die Entwicklung und über Grenzen und Möglichkeiten der OSZE sowie darüber, dass sich

Zur Friedenskonferenz im März 2016 kritisierte der Ältestenrat das Fehlen einer klaren friedenspolitischen Handlungsorientierung und konkreter Vorschläge für die Praxis.

Deutschland um den OSZE-Vorsitz für 2016 beworben habe. In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, dass die Kriegsgefahr seit 1989/90 zu keinem Zeitpunkt größer gewesen sei als derzeit und dass Deutschland eine besonders große Verantwortung im Kampf um die Erhaltung des Friedens zukomme, der es mit seiner aktuellen Politik aber absolut nicht gerecht werde.²⁰²

Kritische Bemerkungen habe es in der Diskussion zu dem vom Parteivorstand am 12. Dezember 2015 beschlossenen «Konzeptvorschlag für die Friedenskonferenz der LINKEN»

am 19. März 2016 gegeben. Die Konferenz sei zwar breit angelegt und böte vielen Teilnehmern aus unterschiedlichen Bereichen die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorschläge einzubringen. Was aber fehle, sei eine klare Orientierung der Partei für ihr friedenspolitisches Handeln und entsprechende konkrete Vorschläge für ihr praktisches Engagement. Genau das aber würden die Parteibasis und viele Bündnispartner aus der Friedensbewegung erwarten. Der *Ältestenrat* beauftragte seinen Vorsitzenden Hans Modrow, den beratenen Appell zum deutschen OSZE-Vorsitz dem Parteivorstand für seine Beratung am 20. Februar 2016 zu übergeben und dabei über die Ergebnisse der Debatte im *Ältestenrat* zu informieren. Der Parteivorstand stimmte dann dem Vorschlag des *Ältestenrates* zu.²⁰³

Am 6. Oktober 2016 beschäftigte sich der *Ältestenrat* mit seinen Erwartungen an den Kongress der *Europäischen Linken*. Dieser Kongress finde in einer Zeit tiefer Krisen in der Europäischen Union und tiefer Gegensätze in Europa statt. Dabei bleibe die *Europäische*

²⁰² Vgl. In Vorbereitung der Friedenskonferenz der Partei am 19. März 2016. Information über die Beratung des Ältestenrates (18. Februar 2016). URL: <https://www.die-linke.de/partei/partei-struktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungen-des-aeltestenrates/news/in-vorbereitung-der-friedenskonferenz-der-partei-am-19-maerz-2016/> (abgerufen am 18.03.2018). ²⁰³ Vgl. ebenda.

Linke trotz mancher Anstrengungen «sehr beachtlich» hinter den vor ihr stehenden Herausforderungen zurück, Schwächen, die sich auch in der Partei DIE LINKE zeigen würden. Nach Auffassung des Rates sollte der Berliner Kongress Anlass für eine breite Information der gesamten Mitgliedschaft der LINKEN über die Entwicklung und die aktuelle Situation in der EU und über den Platz der EL im Kampf für eine friedliche, demokratische und soziale Union in Europa sein. Der *Ältestenrat* unterstützte den konstruktiv-kritischen Bericht der Linke-Delegation im EL-Vorstand, der dem Parteivorstand der LINKEN vorgelegt wurde. Nach Meinung des *Ältestenrates* sollte bei der Wahl leitender Organe und Personen der *Europäischen Linken* Bewährtes beachtet und keine überhöhte deutsche Repräsentanz angestrebt werden. Stärker als bisher sollte die Vielfalt *aller* EL-Parteien zur Geltung kommen.²⁰⁴

Der *Ältestenrat* veröffentlichte am 1. Dezember 2016 einen Bericht zu seiner Tätigkeit im Jahr 2016. Entsprechend der Verabredung mit der Ko-Parteivorsitzenden Katja Kipping auf der konstituierenden Sitzung des Rates am 26. November 2015 hätten folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt der Arbeit des *Ältestenrates* gestanden: (1) Vorbereitung und Auswertung des Magdeburger Parteitages; (2) Krisenstimmung und Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung; (3) Friedenskonferenz der

Partei DIE LINKE am 18. und 19. März 2016 und (4) Strategiedebatte. In Auswertung des Magdeburger Parteitages fand auf Bitte des Parteivorsitzenden Bernd Riexinger ein Gespräch mit dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des *Ältestenrates* statt. Im Mittelpunkt hätten Fragen der Strategie gestanden (u. a. Protestpartei und/oder Partei der Gestaltung, also von Regierungsverantwortung, Hinwendung zur und Aufgreifen der Meinung und der Wünsche der Parteibasis, Umsetzen der Parteitagsbeschlüsse mit der Basis).²⁰⁵

Der *Ältestenrat* forderte die zügige Umsetzung des Parteitagsbeschlusses «Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg», der eine beeindruckende Mehrheit gefunden hatte. Dazu wurde dem Parteivorstand ein Arbeitspapier übergeben. So wichtig die Aktivitäten der Bundestags-

204 Vgl. Erwartungen an den Kongress der Europäischen Linken. Mitteilung über eine Beratung des *Ältestenrates* (6. Oktober 2016). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/erwartungen-an-den-kongress-der-europaeischen-linken/> (abgerufen am 18.03.2018). **205** Vgl. Bericht zur Tätigkeit des *Ältestenrates* 2016. Abschließend beraten am 1. Dezember 2016. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/bericht-zur-taetigkeit-des-aeltestenrates-2016/> (abgerufen am 18.03.2018).

fraktion seien (u. a. für die Durchsetzung einer Veranstaltung im Bundestag anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion), die Verhinderung von militärischen Konflikten in Europa setze Vertrauensbildung voraus, in die auch Russland einzubeziehen sei. Das sollte nach Auffassung des *Ältestenrates* ein besonderes Markenzeichen der Linkspartei sein. Kritisiert wurde im *Ältestenrat*, dass die Friedenskonferenz diesem wichtigen Anliegen nicht genügt habe. Die Konferenz habe viele wichtige und interessante Beiträge gebracht, der Parteivorstand habe die Konferenz jedoch nicht genutzt, um einen eindeutigen Standpunkt zur internationalen Lage, den Konflikten und den Kriegstreibern zu formulieren und in der Partei zur Diskussion und Aktion zu bringen.²⁰⁶

Der *Ältestenrat* und sein Vorstand beschäftigten sich – wie in seinem Tätigkeitsbericht vom 1. Dezember 2016 dargelegt – ausführlich mit dem bevorstehenden Kongress der *Europäischen Linken* in Berlin. Der Rat erarbeitete ein Standpunktpapier, das auch zur Information für die Basis genutzt werden und helfen könne, Wissen und Verständnis für die EL zu fördern. Der Rat formulierte Herausforderungen, denen sich die EL mit ihrem Berliner Kongress stellen müsste. Die EL dürfe nicht Name ohne Profil sein. Das Nebeneinander der Parteien müsse überwunden und ein Miteinander der

Parteien in den sozialen und politischen Kämpfen gestaltet werden. Angesichts der Rechtsentwicklung in Europa stehe die europäische Linke vor historischen Herausforderungen, denen sie nur «in großer revolutionärer Gemeinsamkeit» gerecht werden könne.²⁰⁷

Der *Ältestenrat* stellte fest, dass in den letzten Jahren die Krise der Europäischen Union und besonders der Eurozone deutlich zugenommen habe. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger würden sich als Verlierer*innen in der EU begreifen. Dies gelte sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch zwischen den Staaten (Nord-Süd- bzw. West-Ost-Gefälle). Die Aufnahme von Migrant*innen in der EU und die in den letzten Jahren verstärkt einsetzenden Fluchtbewegungen hätten diese Tendenzen verstärkt. Die Deutung hätten in vielen Fällen rechtspopulistische und nationalistische Kräfte übernommen. In der EU wie in der Bundesrepublik Deutschland zeichne sich ein Aufstieg von rechtspopulistischen Bewegungen ab.²⁰⁸

Hier sollte nach Meinung des *Ältestenrates* eine klare und eindeutige Kritik durch DIE LINKE formuliert werden: Statt eines neoliberalen, undemokratischen und imperialen Leitbildes einer Wettbewerbsunion müsse das

206 Vgl. ebenda. **207** Vgl. ebenda. **208** Vgl. ebenda.

Leitbild eines demokratischen und sozialen Europas formuliert werden. Angesichts der realen Verhältnisse in der EU und der Konkurrenz vor allem der großen und einflussreichen Nationalstaaten um Macht müssten die fortschrittlichen Kräfte in den Nationalstaaten gestärkt werden, sonst bestünde die Gefahr, dass die demokratischen und sozialen Rechte auf nationaler Ebene weiter geschwächt werden. Dazu gehöre es, realisierbare Maßnahmen für die Menschen in Europa zu entwickeln: vor allem Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Armutrisiken, Mindeststandards gegen prekäre und erniedrigende Arbeitsverhältnisse und eine ausreichende Grund- und Sozialversicherung sowie die radikale Ablehnung militärischer Auslandseinsätze.²⁰⁹

Am 9. März 2017 beriet der *Ältestenrat* gemeinsam mit Dietmar Bartsch, dem Spitzenkandidaten der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahl, über den begonnenen Wahlkampf. Nach Auffassung des Rates sollte für DIE LINKE die Friedensfrage im Wahlkampf an erster Stelle stehen. Die politische Lage werde sich im Wahljahr 2017 weiter zuspitzen, sowohl im Inneren des Landes, in der EU als auch weltweit. Im Wahlkampf werde die Haltung zur *Alternative für Deutschland* (AfD) einen zentralen Platz einnehmen. Diese Rechtsaußen-Partei habe es verstanden, die Schwächen der traditionellen neoliberalen Machthaber zu

instrumentalisieren und große Teile des im Land wachsenden Protestpotentials an sich zu binden und zu mobilisieren. Leider habe es die Linkspartei nicht verstanden, rechtzeitig und wirkungsvoll dagegenzuhalten. Viele ehemalige Wähler hätten nicht mehr erkennen können, dass DIE LINKE weiter Vertreterin ihrer Interessen für Frieden und soziale Gerechtigkeit sein will und fühlten sich nicht mehr durch sie vertreten. Nach Meinung des *Ältestenrates* wäre der Parteivorstand gut beraten, wenn er im Wahlkampf die Frage einer Regierungseteiligung sehr bedacht unter Einbeziehung der Basis beraten und entscheiden würde.²¹⁰

DIE LINKE habe sich im Zusammenhang mit dem Kongress der *Europäischen Linken* in Berlin intensiv mit der EU beschäftigt. Auch der *Ältestenrat* habe dazu beigetragen: «Wir waren uns einig, dass Ungemach für die Völker droht. Es geht auf eine wachsende soziale Katastrophe hin. Schwelende, tiefgreifende Widersprüche malen das Gespenst der Auflösung der EU an die Wand.»²¹¹ Es werde deutlich, dass man in den Führungsetagen der EU-Staaten nicht

209 Vgl. ebenda. **210** Vgl. Der Wahlkampf hat begonnen. Bericht von der Sitzung des Ältestenrates am 9. März 2017 (veröffentlicht am 21. März 2017). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/der-wahlkampf-hat-begonnen/> (abgerufen am 19.03.2018).

mehr an den Defiziten der Europäischen Union vorbeigehen könne. DIE LINKE habe seit Jahren kritisiert, dass der Vertrag von Maastricht die Interessen des Kapitals vertrete und nicht die der Bürger. Es sei eine gefährliche Schieflage eingetreten. Offensichtlich hätten sich die sogenannten führenden Eliten der EU übernommen, eine Überdehnung sei eingetreten, die systemischen Fehlleistungen von Maastricht könnten nicht mehr übertüncht werden. Die meisten Mitgliedsländer der EU könnten die «heilige Kuh» von Maastricht, die Forderung nach strenger Einhaltung der Schuldengrenze, nicht bedienen. Das drastische Vorgehen vor allem Deutschlands gegen eines der schwächsten EU-Mitglieder, Griechenland, habe viel Unmut ausgelöst, auch in anderen Ländern. Und die griechische Krise schwele weiter. Natürlich sei nicht entgangen, dass Deutschland vor allem darauf bedacht sei, auf Kosten anderer seine Exportwirtschaft weiter zu stärken. Auch das finde, natürlich, keinen Beifall.²¹²

Mit der Flüchtlingswelle nach Europa habe sich die Lage beträchtlich verschärft. Die vielen Treffen des Spitzenpersonals der EU und der Mitgliedstaaten hätten den Eindruck von Ratlosigkeit und Aktionismus vermittelt. Vor diesem Hintergrund würden Nationalisten und EU-Gegner Morgenluft wittern, sie würden zu einer realen Gefahr, auch für das Esta-

blishment der EU. EU-Kommissionspräsident Juncker habe fünf mögliche Varianten für die EU-Entwicklung ins Spiel gebracht. Der *Ältestenrat* stellte dazu fest: «Keine davon könnte eine der Linken Europas sein, aber eine Aussage hat er gerade für uns gemacht. DIE LINKE ist herausgefordert, sich selber Klarheit zu verschaffen und Orientierung für ihren Kampf gegen den Kurs der Militarisierung der EU, der Verschärfung der Ausbeutung, der sozialen Zerstörung und des Abbaus der Demokratie zu geben.»²¹³ Der Berliner Kongress der *Europäischen Linken* könne dafür nur als ein Anfang gesehen werden.²¹⁴

Zu den Ostermärschen 2017 veröffentlichte der *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE am 30. März 2017 den Aufruf «Schluss mit Rüstung und Militarisierung – für soziale Aufrüstung». Der Rat machte auf Bestrebungen aufmerksam, die Bevölkerung gezielt an ein Klima der Militarisierung zu gewöhnen, um damit eine allgemeine Zustimmung der Bevölkerung zur Aufrüstung und zu Militäreinsätzen zu schaffen. Er unterstützte die Forderungen der Friedensbewegung nach dem Ende der Kriege und der deutschen Beteiligung daran, verlangte den Stopp aller Rüstungsexporte aus Deutschland und eine Konversion der Rüstungsindustrie und er-

211 Ebenda. 212 Vgl. ebenda. 213 Ebenda. 214 Vgl. ebenda.

Der Rat konstatierte, dass die Bundestagswahlen 2017 insgesamt gesehen eine unübersehbare Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts sichtbar gemacht hätten.

klärte: «Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, und der Friede ist kein Geschenk!»²¹⁵

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 erzielte die Partei DIE LINKE mit 9,2 Prozent der Zweitstimmen das zweitbeste Ergebnis in ihrer Geschichte. Sie erreichte absolut mehr Zweitstimmen als 2013, wurde allerdings nicht zweistellig und verlor ihre Position als stärkste Oppositionspartei an die AfD. In ihrer Wählerschaft gab es bemerkenswerte Veränderungen: Während der Rückhalt der Partei DIE LINKE im Osten deutlich auf 17,1 Prozent zurückging, wuchs sie im Westen auf 7,2 Prozent der gültigen Stimmen. Damit verschoben sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei weiter in Richtung westliche Landesverbände. DIE LINKE erhielt überdurchschnittlichen Zuspruch unter jüngeren Wähler*innen und erreichte wieder wie die frühere PDS einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil unter Akademikern.²¹⁶ Die Partei befinde sich im Umbruch, blieb aber bei der Wahl unter den vor allem durch den Aufstieg der AfD veränderten Rahmenbedingungen stabil, konstatierte der Sozialwissenschaftler Horst Kahrs

von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Doch könne – so Kahrs – «ein stabiles Ergebnis für eine Partei, die auf fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen setzt, nicht befriedigen, zumal auch die einzig mögliche

Mehrheitsoption in weitere Ferne gerückt ist. Unter den veränderten politischen Bedingungen wird es darauf ankommen, die vorhandenen strategischen und gesellschaftspolitischen Blockaden zu überwinden, um größere politische Handlungsoptionen zu erlangen.»²¹⁷ Am 13. Oktober 2017 veröffentlichte der *Ältestenrat* ein Positionspapier zum Ausgang der Bundestagswahl 2017 und zu den neuen Herausforderungen im politisch-gesellschaftlichen System der BRD. Der Rat konstatierte, dass ähnlich wie in den europäischen Nachbarländern die Bundestagswahlen insgesamt gesehen eine unübersehbare Verschiebung

215 Schluss mit Rüstung und Militarisierung – für soziale Aufrüstung. Aufruf des Ältestenrats der Partei DIE LINKE zu den Ostermärschen 2017 (30. März 2017). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/schluss-mit-ruestung-und-militarisierung-fuer-soziale-aufruestung/> (abgerufen am 19.03.2018). **216** Vgl. Horst Kahrs: Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Wahlbericht und erste Analyse, Berlin, 25.09.2017, S. 1 und 4. URL: <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-25-Ka-WNB-BTW17.pdf> (abgerufen am 20.03.2018). **217** Ebenda, S. 4.

der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts (insbesondere am Aufstieg der AfD) sichtbar gemacht hätten. Die zeitweilig überraschend hohe Zustimmung für den SPD-Kandidaten Martin Schulz könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht nur die deutsche sondern auch die europäische Sozialdemokratie in einer tiefen Krise stecke. Mit dem dramatischen und äußerst innovativen Strukturwandel der Wirtschaft, der in den meisten europäischen Ländern den Industrieanteil auf nur noch 10 bis 20 Prozent der Wirtschaftsleistung gedrückt habe, sei der Sozialdemokratie ihr soziales Milieu – also der Kern ihrer Anhängerschaft – zum großen Teil verloren gegangen. Es sei der europäischen Sozialdemokratie nicht gelungen, ihre wegbrechenden Existenzgrundlagen durch neue Ideen und Projekte mit ähnlicher Anziehungskraft zu ersetzen.²¹⁸

Die Linkspartei habe ihr Ziel deutlich verfehlt, erneut drittstärkste Kraft zu werden. Sie habe in allen ostdeutschen Flächenländern gegenüber 2013 spürbar an Zuspruch verloren, und zwar so gleichmäßig, dass es kaum mit Erfahrungen der Wähler in den einzelnen Ländern zusammenhängen könne. Im Westen dagegen habe die Linkspartei durchweg über fünf Prozent gelegen, zum Teil sehr deutlich über ihren bisherigen Ergebnissen bei Bundestagswahlen. Bei den absoluten Zahlen habe es, obzwar ihr die AfD 400.000 Wähler*innen

abgenommen habe, ein deutliches Plus gegeben. Obwohl die LINKE bei der Wahl Erfolge erzielen konnte, plädierte der *Ältestenrat* für eine selbstkritische Bestandsaufnahme und solidarische Diskussion in der Partei mit dem Ziel einer Stärkung der strategischen Zielsetzungen. Je mehr das politische Klima von den Themenfeldern der erstarkten Rechten geprägt werde, umso notwendiger würden sich für DIE LINKE die Fragen nach Gegenargumenten und grundsätzlichen Strategien zur Veränderung der Kräfteverhältnisse stellen.²¹⁹ Am 23. November 2017 beriet der *Ältestenrat* in Berlin mit Vertretern des Berliner Landesvorstandes und der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus über die Situation in der Hauptstadt. Es scheine wichtig, so der Rat, die mit Mühe wieder wachsende Glaubwürdigkeit der Partei bei wichtigen Partnern und Wegbegleitern zu vertiefen. Mehr Transparenz und Öffentlichkeit seien hier gefordert. Das hauptsächliche Problemfeld bleibe aus Sicht des *Ältestenrates* die Wohnungsfrage. Trotz aller

218 Vgl. Zur Bundestagswahl und die neuen Herausforderungen im politisch-gesellschaftlichen System der BRD. Positionspapier des Ältestenrates (13. Oktober 2017). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-bundestagswahl-und-die-neuen-herausforderungen-im-politisch-gesellschaftlichen-system-der-brd/> (abgerufen am 19.03.2018). **219** Vgl. ebenda.

Anstrengungen könne der Mietanstieg nicht gebremst werden, setze sich die Verdrängung aus dem Zentrum fort, würden die Bodenpreise erhöht, seien Wohnungsnot und Investorenwillkür nicht gestoppt, entspreche der Neubau bei weitem nicht den Erfordernissen. DIE LINKE müsse im Bunde mit den Bürgerinitiativen für eine nachhaltige Bürgerbewegung zur grundsätzlichen Veränderung der Lage kämpfen und die Gegner sozialer Lösungen unter starken öffentlichen Druck setzen. Der *Ältestenrat* thematisierte den Stimmenverlust in östlichen Hochburgen der Partei. DIE LINKE habe aufgehört, sich um die «Abgehängten» und ihre Sorgen real zu kümmern. Es gebe Erscheinungen, dieses Feld faktisch der AfD zu überlassen. Es schränke den gesamtdeutschen Charakter der Partei DIE LINKE nicht ein, wenn sie mit einer eigenen Initiative für die Interessen der Ostdeutschen auftrete, um verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Sie müsse wieder «Kümmererpartei» werden.²²⁰

Der *Ältestenrat* beschäftigte sich in seiner Beratung am 23. November 2017 auch mit aktuellen politischen Problemen nach der Bundestagswahl. Erneut bestätige sich die Einschätzung, «dass wir eine historische Zäsur durchlaufen»²²¹. Die EU und die Eurozone hätten die schwere Wirtschaftskrise auch nach zehn Jahren noch nicht überwunden. Zudem habe sich die EU mit dem Brexit und

dem Ausgang der Bundestagswahlen selbst geschwächt und sei kein Stabilitätsfaktor in der neuen Weltunordnung. In Deutschland habe mit dem Niedergang der SPD ein rot-rot-grünes Bündnis mit Ausnahme einiger ostdeutscher Bundesländer derzeit keine gesellschaftliche Mehrheit und sei keine realistische politische Option mehr. Die gesellschaftliche Linke könne in diesem Land nur mehrheitsfähig werden, wenn sie durch ihre Projekte die in den unterschiedlichen sozialen Milieus präsente Kapitalismuskritik und Gerechtigkeitserwartungen aufgreife und in einem Mitte-Unten-Bündnis eine politische Zielrichtung verleihen könne. Der *Ältestenrat* kam zu dem Schluss, «dass sich die Parteiführung mit ihren inneren Debatten, den schwachen Analysen der politischen Situation und fehlender gründlicher, konstruktiv-kritischer Haltung den wachsenden politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen noch nicht auf der notwendigen Höhe der Debatten und der notwendigen Schlussfolgerungen befindet»²²². Der *Ältestenrat* werde bemüht sein, sich weiter im

220 Vgl. Politik für die Bürgerinnen und Bürger mit Erfolg gestalten. Mitteilung über die Beratung des Ältestenrates (23. November 2017). URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/politik-fuer-die-buergerinnen-und-buerger-mit-erfolg-gestalten/> (abgerufen am 19.03.2018). **221** Ebenda. **222** Ebenda.

innerparteilichen Leben zu engagieren und an den entstehenden öffentlichen Debatten teilzunehmen.²²³

In der Erklärung «Für die Erneuerung einer Europa-Diskussion in der Partei DIE LINKE» vom 6. März 2018 konstatierte der *Ältestenrat*, dass sich eine Zäsur des Überlebens der kapitalistischen Gesellschaft vollziehe, die die Lebenschancen der Menschen auf dieser Erde

Eine Rückkehr zu nationalen Währungen – die radikalste Variante einer Renationalisierung – ist keine wünschenswerte politische Option. Die Alternative zu weniger Europa ist mehr Europa, aber anders.

zerstören könnte. Die Linkskräfte in der Europäischen Union, allen voran die Europäische Linke, müssten sich nach Auffassung des Rates den Herausforderungen stellen, ihre Kräfte formieren und gemeinsam Wege aus der gegenwärtigen Krise der EU suchen. Unter Beachtung nationaler Besonderheiten gelte es, auf der Ebene der Europäischen Union einen solidarischen Klassenkampf in vielfältigen Formen zu entfalten. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 sollten auf nationalen Parteitag Wahlen erstellt und gemeinsame Positionen auf dem Kongress der EL für den Wahlkampf erarbeitet werden.²²⁴

Der *Ältestenrat* betonte, dass angesichts der

wachsenden Zukunftsängste und des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern auch in den Ländern Kerneuropas, deren Sprengkraft für das europäische Projekt nicht zu bestreiten sei. Aber die Befürworter einer Renationalisierung würden die Spielräume nationalstaatlicher Politik überschätzen. Vor dem Hintergrund freier Kapital- und Warenströme sowie einer gemeinsamen Währung könnten nationale Regierungen in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik keine progressive Politik im nationalen Alleingang durchhalten. Im Umkehrschluss bedeute das

allerdings nicht, dass eine enge Zusammenarbeit der zwei, drei größten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien) nicht neue Handlungsspielräume schaffen könnte. Zudem hänge die Stabilität nationaler Austeritätsregime immer noch sehr eng mit der Stabilität nationaler Regierungen zusammen. Insofern habe der Nationalstaat keinesfalls ausgedient.

²²³ Vgl. ebenda. ²²⁴ Vgl. Für die Erneuerung einer Europa-Diskussion in der Partei DIE LINKE. Erklärung des Ältestenrates. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/fuer-die-erneuerung-einer-europa-diskussion-in-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 17.04.2018).

«Eine Rückkehr zu nationalen Währungen – die radikalste Variante einer Renationalisierung – ist keine wünschenswerte politische Option. Dieser Weg würde mit dramatischen ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen. Die Alternative zu weniger Europa ist mehr Europa, aber anders», unterstrich der Rat. «Ziel ist ein demokratisches und soziales Europa, das mit der neoliberalen Logik des Maastrichter Vertrags bricht.»²²⁵

Am 26. April 2018 berieten die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger mit den Mitgliedern des *Ältestenrates* über die Vorbereitung des Leipziger Parteitag der LINKEN im Juni 2018.²²⁶ Die Vorsitzenden umrissen knapp die Lage der Partei und die inhaltliche Vorbereitung des Parteitages. In der anschließenden Diskussion forderten mehrere Mitglieder des Rates, sowohl der Friedensfrage als auch der Europa-Politik auf dem Parteikonvent einen größeren Stellenwert einzuräumen. Bruno Mahlow und Gregor Schirmer wandten sich gegen eine Äquidistanz der LINKEN zu den Großmächten USA, Russland und China. Die Hauptgefahr für den Frieden in der Welt gehe, so Schirmer, auch heute vom Imperialismus der USA aus. Wolfgang Gehrcke erklärte in diesem Kontext: «Für mich ist Russland Partner im Kampf für den Frieden.» Wolfgang Grabowski forderte, der Parteivorstand der LINKEN müsse sich stärker für bessere Bezie-

hungen zu Russland einsetzen. Es müsse gelten: Dialog statt Konfrontation.

Andere Mitglieder wie Gretchen Binus mahn-ten auf dieser Sitzung des *Ältestenrates* eine exakte Analyse der ökonomischen Machtstrukturen wie eine Einschätzung der internationalen Lage als Basis für die Entwicklung linker Politik an. Ursula Schumm-Garling verlangte, der bevorstehende Parteitag müsse Position beziehen zur Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung. Dieter Hooge warnte davor, die Verwüstung der Gesellschaft durch das neoliberale Projekt zu unterschätzen, und forderte, der Kampf gegen dieses Projekt müsse in der LINKEN Priorität haben. Sehr kritisch äußerten sich Mitglieder des *Ältestenrates* zur Geschichtspolitik Bodo Ramelows und seiner rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen, die auf eine Delegitimierung der DDR hinauslaufe. Edeltraut Felfe warf Katja Kipping, die diese Regierung mit den Worten, das Land brauche «mehr Ramelow», verteidigt hatte, vor, die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik zu befördern. Kipping konterte zu recht, die Alternative zur Ramelow-Regierung sei eine unter Führung der CDU, womöglich gemeinsam mit der AfD.

²²⁵ Ebenda. ²²⁶ Der Autor nahm als Gast an der Sitzung des *Ältestenrates* am 26. April 2018 teil.

Für die Funktion und Arbeitsweise des *Rates der Alten* bzw. des *Ältestenrates* der Partei galten und gelten auch heute noch jene Grundsätze, die Edwin Schwertner 2003 als Selbstverständnis des Rates formulierte: *Erstens*. Die Arbeit des Rates basiert auf dem Grundkonsens des Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS vom Dezember 1989 und beinhaltet damit das Ziel eines demokratischen Sozialismus und die Absage an alle Inhalte und Strukturen stalinistischer Politik. *Zweitens*. Die Partei agiert im politischen System der BRD und vertritt sozialistische Positionen, die auf den Werten soziale Sicherheit, Solidarität und Demokratie beruhen und den Frieden zum höchsten Gut der Menschheit erklären. *Drittens*. Eine kritische, aber sachliche Haltung zur DDR. *Viertens*. Respektierung der Biografien der Ostdeutschen und Vertretung ihrer Interessen. *Fünftens*. «Konsens im «Ältestenrat» ist es, dass auf der Basis des Grundgesetzes der BRD noch erfolgreiche und zielstrebige Politik gemacht werden kann, wenn die Kräfte zielgerichtet eingesetzt werden. Das gilt für die Friedens- und Arbeitsmarktpolitik ebenso wie für Bildungs- und Seniorenpolitik.»²²⁷

Die Arbeit des *Ältestenrates* war «dadurch gekennzeichnet, dass trotz aller Unterschiedlichkeiten in konstruktiver und gegenseitig verständnisvoller Diskussion gemeinsame Standpunkte / Positionen erarbeitet und dem

Parteivorstand bzw. der gesamten Partei zur Verfügung gestellt werden konnten»²²⁸. Dabei sei der *Ältestenrat* immer bemüht gewesen, erklärte der Rat in seinem Bericht an die 2. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE im Mai 2014, anstehende Probleme in der Entwicklung und der Arbeit der Partei aufzugreifen und zu deren Bewältigung konstruktiv beizutragen, auch dann, wenn sie vom Parteivorstand nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit aufgegriffen wurden und eindeutige Beschlüsse bzw. Orientierungen ausgeblieben seien. Wiederholt habe der *Ältestenrat* auf Widersprüche zwischen der Politik und dem Handeln des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion und zum Teil führender Funktionsträger in Bundesländern einerseits und den Meinungen, dem Denken und praktischen Handeln nicht weniger Genoss*innen in den Kreisen und an der Basis andererseits, hingewiesen. Zu deren Überwindung beizutragen, habe der *Ältestenrat* als seine Aufgabe angesehen.²²⁹

Hermann Klenner, Mitglied des aktuellen *Ältestenrates*, berichtete, dass es – anders als in der Partei – im *Ältestenrat*, in dem aus den neuen Bundesländern vor allem renommierte

²²⁷ Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 35. ²²⁸ Bericht des Ältestenrates an die 2. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE, a.a.O. ²²⁹ Vgl. ebenda.

Wissenschaftler und aus den alten Bundesländern vorwiegend gestandene Gewerkschafter vertreten sind, keine Ost-West-Dissonanzen gibt. Er stellte vielmehr einen großen Drang nach Gemeinsamkeit fest. Die Mitglieder nehmen sich in der Regel zurück, um tragfähige Kompromisse zu ermöglichen, die in die gemeinsamen Erklärungen und Stellungnahmen des Rates einfließen.²³⁰

Ursprünglich gedacht als Beratungsorgan des Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes der PDS, mutierte der *Rat der Alten* immer mehr zum Mahner der Partei und ihrer Führung. Eine ähnliche Funktion übernahm auch der *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE, indem er den Parteiformierungsprozess kritisch begleitete und mit Erklärungen und Stellungnahmen in die innerparteilichen Kontroversen eingriff. Wie Hermann Klenner hervorhob, verortete sich der Rat immer links von der offiziellen Parteilinie, was besonders prägnant in seiner sehr kritischen Haltung zur Beteiligung der Partei an Landesregierungen und in seiner Ablehnung einer Beteiligung derselben auf Bundesebene zum Ausdruck kam und kommt.²³¹

Da heute nahezu alle Politikfelder auf nationaler Ebene mit jenen auf der europäischen Ebene untrennbar verwoben sind, dies aber in der praktischen Tagespolitik von der Parteiführung ignoriert oder unterschätzt wird, rückte in den letzten Jahren die Europapolitik zuneh-

mend in das Zentrum der Aufmerksamkeit des *Ältestenrates* der Partei DIE LINKE. Dabei liegt nach Aussage von Hermann Klenner das Interesse des *Ältestenrates* auf der Förderung der Zusammenarbeit linker Parteien in Europa, auf der Unterstützung der Gemeinsamkeiten und darauf, bestehende Gräben nicht zu vertiefen, sondern zu überwinden.²³² Generell gilt wohl für das Verhältnis von *Rat der Alten* bzw. *Ältestenrat* und Parteispitze, was Thomas Falkner, der mehrfach im Auftrag von Lothar Bisky anlässlich von Programmdebatten und der Vorbereitung von Bundesparteitagen an den Treffen des Rates teilgenommen oder mit Hans Modrow konferiert hatte, in die Worte fasste: «Die Kooperation war nicht konfliktfrei, aber immer konsensorientiert und konsensfähig und vor allem im Ergebnis absolut verlässlich.»²³³

230 Vgl. Gespräch des Autors mit Hermann Klenner am 4. April 2018 in Berlin. **231** Vgl. ebenda. **232** Vgl. ebenda. **233** E-Mail von Thomas Falkner vom 27. März 2018 an den Autor.

ZEITTADEL ²³⁴

234 Die Zeittafel basiert bis 1997 auf: Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS. 1989–1994, a.a.O., S. 12, 16, 191, 197, 210, 233, 247 und 255; Chronik der PDS. 1989 bis 1997, a.a.O., S. 224/225 und 239; ADS, PDS-PV - 324, Bl. 75/76; ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Sign. 2003-XII-245; DIE LINKE.PDS: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/dokumente/index.htm> (abgerufen am 13.02.2018); DIE LINKE.: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE, a.a.O.

1989

16. DEZEMBER

Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS beschließt die Bildung eines *Rates der Alten* beim Parteivorstand.

1990

12. JANUAR

Konstituierung eines «Beirates der Alten beim Parteivorstand» der SED/PDS

23. JULI

Das Präsidium des Parteivorstandes der PDS beschließt Vorschläge für eine effektivere Gestaltung der Tätigkeit des *Rates der Alten*.

1991

ENDE NOVEMBER/ ANFANG DEZEMBER

Erklärung des *Rates der Alten*: Wir brauchen Meinungsvielfalt und gemeinsames Handeln

1992

27. MÄRZ

Die Mitglieder des *Rates der Alten* treffen sich mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe der PDS/Linke Liste im Bundestag, Andrea Lederer, zur Diskussion über die parlamentarische Arbeit der PDS.

14. SEPTEMBER

Der *Rat der Alten* debattiert mit Gregor Gysi insbesondere über ein neues Programm der Partei, über die Haltung zur SPD, über die Ergebnisse des Einigungsprozesses und über die Asyl- und Flüchtlingspolitik.



1993

14. JUNI

Der *Rat der Alten* trifft sich mit Wolfgang Gehrcke, dem stellvertretenden PDS-Bundesvorsitzenden, und Hans Modrow, dem Ehrenvorsitzenden der Partei, um die generelle Frage «Wie weiter mit dem Rat?» zu diskutieren.

1994

31. JANUAR

Auf seiner Tagung befasst sich der Parteivorstand der PDS u. a. mit der weiteren Tätigkeit des *Rates der Alten*.

25. FEBRUAR

Der *Rat der Alten* berät in Berlin über seine weitere Arbeit.

16. MAI

Der *Rat der Alten* diskutiert das Thema «Pluralismus und Toleranz» als Grundbedingung für die weitere Entwicklung der PDS.

23. SEPTEMBER

Mitglieder des *Rates der Alten* beschwerten sich beim Bundespräsidenten darüber, dass sie als «rotlackierte Faschisten» beleidigt wurden.

17. DEZEMBER

Der *Rat der Alten* berät über die «10 Thesen zum weiteren Weg der PDS», deren Veröffentlichung der Parteivorstand der PDS am 28. November 1994 entschieden hat, und empfiehlt dem Gremium, auf eine Beschlussfassung zu dem Dokument auf dem bevorstehenden Parteitag zu verzichten.



1995

27. JANUAR

In einer Meinungsäußerung zur Diskussion in der PDS charakterisierte das Mitglied des *Rates der Alten* Karl Schirdewan den Linksradikalismus als das entscheidende Problem auch in der Geschichte der SED.

3. MÄRZ

Der *Rat der Alten* nimmt zu den Ergebnissen der 1. Tagung des 4. Parteitag der PDS Stellung und bekundet dem neuen Vorstand seine Unterstützung.

21. MÄRZ

Mitglieder des *Rates der Alten*, des Parteivorstandes, der Bundestagsgruppe und Vertreter der *AG Seniorenpolitik* beraten über weitere Aktivitäten der PDS gegen das Rentenstrafrecht.

18. DEZEMBER

Der *Rat der Alten* erörtert die Notwendigkeit einer Strategiedebatte in der PDS, ihr Ziel und die Methoden, wobei die Politik gegenüber der SPD eine zentrale Rolle spielt.

1996

29. MÄRZ

Der *Rat der Alten* debattiert Probleme der Vereinigung von KPD und SPD zur SED 1946.

16. SEPTEMBER

Der *Rat der Alten* nimmt Stellung zu Versuchen politischer Gegner, die PDS als undemokratisch und nicht verfassungskonform zu diskriminieren, sie zu spalten und auszuschalten, sowie zu aktuellen Fragen der PDS-Politik, insbesondere zur Strategie-Debatte.

1997

11. APRIL Lothar Bisky, der Bundesvorsitzende der PDS, informiert den *Rat der Alten* über die Lage in der Partei und diskutiert die Situation mit den Ratsmitgliedern.

13. JUNI Dietmar Bartsch, der Bundesgeschäftsführer der PDS, informiert den *Rat der Alten* über die Arbeit des Bundesvorstandes seit dem Schweriner Parteitag.

12. SEPTEMBER Der Wahlkampfleiter der PDS, André Brie, referiert zum Thema «Die PDS in den Wahlen 1998/99» und stellt sich der Diskussion mit den Ratsmitgliedern.

5. DEZEMBER Der *Rat der Alten* befasst sich in Vorbereitung auf das Doppeljubiläum 50 Jahre Gründung der BRD und 50 Jahre Gründung der DDR im Jahr 1999 mit der Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden der Jahre 1947 bis 1949.

1998

MÄRZ

Der *Rat der Alten* positioniert sich zum Wahlprogramm der PDS für die Bundestagswahl im Herbst 1998.

SEPTEMBER

Der *Rat der Alten* ruft dazu auf, bei der Bundestagswahl für die Kandidatinnen und Kandidaten der PDS zu stimmen.

1999

21. MAI

Der *Rat der Alten* unterstreicht seine Unterstützung für die Ablehnung des Einsatzes deutscher Soldaten auf dem Balkan durch die PDS-Fraktion im Bundestag im März 1999 und stimmt dem Friedensplan der PDS vom 5. April 1999 zu.

2000

MÄRZ

Der *Rat der Alten* fordert in einer Stellungnahme, Schluss zu machen mit gegenseitigen Verunglimpfungen und sich auf die sozialistischen Inhalte der Politik der PDS zu besinnen.

2001

27. APRIL

Sitzung des *Rates der Alten* mit der neuen Parteivorsitzenden Gabriele Zimmer. Umbenennung des *Rates der Alten* in *Ältestenrat*. Die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer beruft die Mitglieder des *Ältestenrates* der PDS.

13. SEPTEMBER

Der *Ältestenrat* verurteilt ganz entschieden die Terroranschläge gegen die USA.

9. NOVEMBER

Der *Ältestenrat* würdigt den Dresdener Parteitag der PDS als wichtigen Schritt zur Konsolidierung der Partei.

2002

4. JULI

Der *Ältestenrat* befasst sich mit dem Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR.

12. SEPTEMBER

Zur Bundestagswahl im Herbst 2002 veröffentlichen die Sprecher*innen des *Ältestenrates* der PDS den Wahlauf Ruf «Eine starke PDS-Fraktion verhindert einen Kanzler Stoiber».

27. SEPTEMBER

Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2002 und vor dem Geraer Parteitag der PDS fordert der *Ältestenrat* in einem Brief an den Parteivorstand der PDS ein «unverwechselbares sozialistisches Profil» ein.

18. OKTOBER

Nach dem Geraer Parteitag der PDS veröffentlichen die Sprecher des *Ältestenrates* der PDS die Erklärung «Gera bietet Chance für eine reale Erneuerung der Partei».

2003

14. JANUAR

Der *Ältestenrat* berät mit der PDS-Vorsitzenden Gabriele Zimmer und bringt anschließend in einem Brief der Ratsprecher an den Parteivorstand seine Unterstützung für die Position der Parteivorsitzenden zum Ausdruck.

10. JUNI

Der *Ältestenrat* der PDS beschäftigt sich gemeinsam mit Gabriele Zimmer und Lothar Bisky mit der Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages und mit der seit der Bundestagswahl anhaltende Krisensituation der PDS.

4. SEPTEMBER

Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky beruft 24 Mitglieder in den neuen *Ältestenrat* der PDS und erörterte mit den Mitgliedern des Rates den neuen Entwurf des Parteiprogramms.

2005

2. NOVEMBER

In einem Positionspapier befürworten die Mitglieder des *Ältestenrats* grundsätzlich den geplanten Vereinigungsprozess von *Linkspartei.PDS* und WASG.

10./11. DEZEMBER

Der Dresdener Parteitag beschließt, dass das «Positionspapier des *Ältestenrates*» vom 2. November 2005 in die inhaltliche Weiterführung des Parteibildungsprozesses von *Linkspartei.PDS* und WASG mit einzubeziehen sei.

2006

24. FEBRUAR

Der *Ältestenrat* berät mit Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch über die Vorbereitung des 10. Parteitages der *Linkspartei.PDS* in Halle (Saale) und über den Verlauf des angestrebten Vereinigungsprozesses mit der WASG.

28. NOVEMBER

In einer Stellungnahme des *Ältestenrates* der *Linkspartei.PDS* fordert er für die neue Partei DIE LINKE ein klares politisches Profil als sozialistische Partei.

2007

6. MÄRZ In einer Botschaft des *Ältestenrates* der *Linkspartei.PDS* an die Delegierten des damals bevorstehenden Dortmunder Parteitages brachten die Mitglieder des Rates ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Bemühungen zur Herausbildung einer einflussreichen gesamtdeutschen Partei der Linken zum Ausdruck, die sich den historisch gewachsenen und bewährten Ideen des Sozialismus verpflichtet sieht.

12. DEZEMBER Konstituierung des *Ältestenrates* der Partei DIE LINKE

2008

5. FEBRUAR Der *Ältestenrat* unterbreitet ein Angebot zum Fortgang der Programmdebatte der Partei DIE LINKE. Der *Ältestenrat* verurteilt zudem die unter Stalin begangenen Verbrechen einmütig, hält aber die Inschrift «Den Opfern des Stalinismus» auf dem Gedenkstein auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde für beliebig auslegbar und irreführend.

16. JULI Der *Ältestenrat* meldet sich erneut in der Programmdebatte der Partei DIE LINKE mit einer Erklärung zum Umgang mit der Geschichte zu Wort.

25. SEPTEMBER Der *Ältestenrat* tritt mit dem Diskussionspapier «Das schwedische Modell und die programmatische Arbeit in der Linken» an die Öffentlichkeit.



2009

19. FEBRUAR

Der *Ältestenrat* äußert sich in einem Positionspapier zum künftigen Profil der Partei DIE LINKE und zu ihrem Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft.

2. APRIL

Der *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE berät mit der Landtagsfraktion der Partei in Niedersachsen und veröffentlicht die Erklärung «Die aktuelle Weltwirtschaftskrise weitet sich zu einer Systemkrise aus».

30. JUNI

Der *Ältestenrat* begrüßt die Ergebnisse des Bundestagswahl-Parteitages der LINKEN 2009 und hält es für zweckmäßig, einen auf die Hauptforderungen orientierenden Wahlkampf zu führen.

1. OKTOBER

Der *Ältestenrat* berät zu Fragen der Jugendpolitik der Partei DIE LINKE und kritisiert, dass Jugendpolitik in der Politik der Partei nur eine untergeordnete Rolle spiele.

2010

18. JANUAR Im Rahmen der Programmdebatte der Partei DIE LINKE befasst sich der *Ältestenrat* mit Fragen des Sozialismus im 21. Jahrhundert und mit realen gesellschaftlichen Prozessen zu linken Alternativen in der Gegenwart.

23. JANUAR Angesichts der öffentlich geführten Personaldebatte in der LINKEN äußert der *Ältestenrat* seine große Sorge über die Situation in der Partei.

2. SEPTEMBER Der *Ältestenrat* plädiert in einer Erklärung für eine konstruktive Programmdebatte und für «ein antikapitalistisches, ein sozialistisches Profil der Partei DIE LINKE».

30. NOVEMBER Der *Ältestenrat* diskutiert Positionen zu Staat und Rechtsordnung im Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN vom 23. März 2010.

2011

20. JANUAR

In der Erklärung «Der Sozialismus ist im 21. Jahrhundert Anspruch unserer Zeit» setzt sich der *Ältestenrat* mit «hysterischen Reaktionen» auf den Artikel der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch über «Wege zum Kommunismus» auseinander.

28. APRIL

Der *Ältestenrat* schätzt im Rahmen der Programmdiskussion die internationale Lage ein und formuliert Herausforderungen für die Partei DIE LINKE als internationalistische Partei.

5. MAI

Der *Ältestenrat* richtet einen Offenen Brief an die Mitglieder der LINKEN und bringt seine Sorgen um die Partei zum Ausdruck.

11. OKTOBER

Der *Ältestenrat* fordert in einem Brief an die Delegierten der 2. Tagung des 2. Parteitages der LINKEN in Erfurt von allen Mitgliedern und Gruppen innerhalb der Partei, die mit der Verabschiedung des Programms gegebene strategische Orientierung als Grundlage für die praktische politische Arbeit anzuerkennen und zu praktizieren.

21. BIS 23. OKTOBER

Verankerung des *Ältestenrates* in der Satzung der Partei DIE LINKE im Artikel 20, Absatz 7, durch den Erfurter Parteitag.

15. DEZEMBER

Der *Ältestenrat* beschließt eine Satzung des Rates, die in der Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 21. Januar 2012 bestätigt wird. Der Rat würdigt die Verabschiedung des Parteiprogramms als eine wichtige Etappe in der Entwicklung der Partei und verlangt ein durchdachtes Konzept zur politischen Bildung.



2012

10. MAI In einem Brief appelliert der *Ältestenrat* an die Delegierten der 1. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE in Göttingen, die Chance, mit dem neuen Erfurter Programm einen Wechsel der Politik zu erkämpfen, nicht zu verspielen.

28. JUNI Der *Ältestenrat* berät mit Katja Kipping über die Ergebnisse des Parteitages in Göttingen und will weiterhin dazu beitragen, dass die politischen Auseinandersetzungen in solidarischer Atmosphäre ausgetragen werden.

6. SEPTEMBER Der *Ältestenrat* beschäftigt sich gemeinsam mit Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn mit der Arbeit der Partei seit dem Göttinger Parteitag und berät über die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013.

13. DEZEMBER Der *Ältestenrat* berät über die Entwicklung der Partei DIE LINKE seit dem Göttinger Parteitag und über die Wahlen 2013.

2013

7. MÄRZ

Der *Ältestenrat* befasst sich mit der Niederlage der Partei DIE LINKE bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013.

7. MAI

Der *Ältestenrat* beschäftigt sich mit dem Thema «Mitregieren – ein Lernprozess für die Linke?» und verständigt sich mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen über die aktuelle Situation in der Partei vor dem Dresdner Parteitag.

8. AUGUST

Der *Ältestenrat* beschäftigt sich erneut mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl und mit der Frage, wie DIE LINKE dafür gewappnet sei.

10. OKTOBER

Der *Ältestenrat* wertet die Bundestagswahl vom September 2013 aus und lenkt den Blick auf die Hauptaufgaben des Wirkens der LINKEN in den nächsten Jahren.

19. DEZEMBER

Der *Ältestenrat* befasst sich mit dem Madrider Kongress der *Europäischen Linken* (EL) und empfiehlt, den für den Hamburger Parteitag vorgelegten Entwurf des Europa-Wahlprogramms hinsichtlich der Kompatibilität mit den Positionen der EL grundsätzlich zu überprüfen.

2014

6. MÄRZ

Der *Ältestenrat* berät mit dem Ko-Parteivorsitzenden Bernd Riexinger über das Arbeits- und Diskussionspapier «Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung».

9. BIS 11. MAI

Auf dem Berliner Parteitag gibt der *Ältestenrat*, der bei der Gründung der Partei DIE LINKE 2007 berufen wurde, sein Mandat zurück, setzt seine Tätigkeit aber fort.

12. JUNI

Der *Ältestenrat* wertet die Europawahlen aus, berät über die Ergebnisse des Berliner Parteitages und verlangt, die politische Rolle der LINKEN in der Gesellschaft zu klären.

4. SEPTEMBER

Der *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE befasst sich erneut mit den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament.

4. DEZEMBER

Der *Ältestenrat* diskutiert sein Selbstverständnis und seine Funktion in den Strukturen der Partei DIE LINKE.

2015

26. MÄRZ

Der *Ältestenrat* debattiert die Vorbereitung des Parteitages der LINKEN am 6./7. Juni 2015 in Bielefeld.

5. JULI

Der *Ältestenrat* kritisiert Verlauf und Ergebnisse des Bielefelder Parteitages der LINKEN.

9. JULI

Der *Ältestenrat* beschäftigt sich erneut mit der Auswertung des Bielefelder Parteitages sowie mit der Beratung des Parteivorstandes vom 4. und 5. Juli 2015.

15. OKTOBER

Der *Ältestenrat* tagt zur Vorbereitung der neuen Berufung des Rates durch den Parteivorstand.

24. OKTOBER

Der Parteivorstand beruft den *Ältestenrat* neu.

26. NOVEMBER

Neukonstituierung des *Ältestenrates*.

8. DEZEMBER

Der *Ältestenrat* bilanziert seine Tätigkeit in den Jahren 2007 bis 2015 im Seniorenclub der LINKEN in Berlin.



2016

18. FEBRUAR

Der *Ältestenrat* berät über grundsätzliche Fragen von Frieden und Sicherheit und über seinen Beitrag zur Friedenskonferenz der LINKEN am 19. März 2016 in Berlin.

6. OKTOBER

Der *Ältestenrat* beschäftigt sich mit seinen Erwartungen an den Kongress der *Europäischen Linken*.

1. DEZEMBER

Veröffentlichung des Berichts des *Ältestenrates* zu seiner Tätigkeit im Jahr 2016.

2017

9. MÄRZ

Der *Ältestenrat* berät gemeinsam mit Dietmar Bartsch, dem Spitzenkandidaten der LINKEN für die Bundestagswahl, über den begonnenen Wahlkampf.

30. MÄRZ

Zu den Ostermärschen 2017 veröffentlicht der *Ältestenrat* den Aufruf «Schluss mit Rüstung und Militarisierung – für soziale Aufrüstung».

13. OKTOBER

Der *Ältestenrat* publiziert ein Positionspapier zum Ausgang der Bundestagswahl am 24. September 2017 und zu den neuen Herausforderungen im politisch-gesellschaftlichen System der BRD.

23. NOVEMBER

Der *Ältestenrat* berät in Berlin mit Vertretern des Berliner Landesvorstandes und der Fraktion DIE LINKE. im Berliner Abgeordnetenhaus über die Situation in der Hauptstadt.

2018

6. MÄRZ

Der *Ältestenrat* plädiert in einer Erklärung für eine Erneuerung der Europadiskussion in der Partei DIE LINKE.

26. APRIL

Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger beraten mit den Mitgliedern des *Ältestenrates* über die Vorbereitung des Leipziger Parteitages der LINKEN im Juni 2018.



PERSONELLE ZUSAMMEN- SETZUNG



VORSCHLAG FÜR DEN RAT DER ALTEN AUF DEM AUSSERORDENTLICHEN PARTEITAG DER SED/PDS AM 16. DEZEMBER 1989²³⁵

Engelberg, Ernst
Fechner, Herbert
Geschonneck, Erwin
Hauser, Harald
Hermlin, Stephan
Heumann, Benny
Janka, Walter
Knorr, Erich

Kuczynski, Jürgen
Leo, Gerhard
Kohlme y, Gunther
Maetzig, Kurt
Mebel, Moritz
Mohr, Arno
Quandt, Bernhard
Rebling, Eberhard

Ruge, Wolfgang
Schirdewan, Karl
Spira, Steffi
Trappen, Friedel
Werner, Ruth
Wolf, Markus

**Später kamen weitere
Mitglieder hinzu.**

Als Sekretär des Rates
der Alten fungierte Horst
Siebeck.²³⁶

RAT DER ALTEN DER PDS ANFANG 1991²³⁷

Modrow, Hans (Leiter)
Berg, Lene
Doernberg, Stefan
Engelberg, Ernst
Fischer, Oskar
Geschonneck, Erwin
Hauser, Harald
Hermlin, Stephan
Heumann, Benny

Janka, Walter
Jendretzky, Hans
Knorr, Erich
Kuczynski, Jürgen
Kohlme y, Gunther
Maetzig, Kurt
Mebel, Moritz
Quandt, Bernhard
Rebling, Eberhard

Rosenkranz, Rudolph
Schirdewan, Karl
Schmidt-Kolmer, Eva
Schwertner, Edwin
Spira, Steffi
Trappen, Friedel
Werner, Ruth

Hinzugezogen wurden:
Höppner, Luise
Schmidt, Max
Streiber, Kurt

235 Vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, a.a.O., S. 173. **236** Vgl. Ehrevorsitzender der PDS [Hans Modrow]: Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Betr.: Vorschläge für eine effektivere Gestaltung der Tätigkeit des Rates der Alten, Berlin, 17.7.1990, a.a.O., Bl. 45. **237** Vgl. Beirat der Alten beim Vorsitzenden des Parteivorstandes der PDS. In: ADS, PDS-PV - 341, Bl. 316/317.

RAT DER ALTEN DER PDS 1994²³⁸

Die Sprecher des Rates der Alten:
Fischer, Oskar
Mebel, Moritz
Schwertner, Edwin

Weitere Mitglieder des Rates der Alten:
Berg, Lene
Doernberg, Stefan
Engelberg, Ernst
Geschonneck, Erwin
Göbel, Helmut
Graw, Edith
Hauser, Harald
Heider, Günther

Hermlin, Stephan
Heumann, Benny
Junghähnel, Gerhard
Knorr, Erich
Kuczynski, Jürgen
Lauter, Hans
Maetzig, Kurt
Quandt, Bernhard
Rebling, Eberhard
Schirdewan, Karl

Schneider, Horst
Schröder, Eberhard
Schwidtmann, Heinz
Sieber, Günter
Streiber, Kurt
Taut, Heinrich
Trappen, Friedel
Werner, Ruth

RAT DER ALTEN DER PDS IM APRIL 1997²³⁹

Die Sprecher des Rates der Alten:
Fischer, Oskar
Mebel, Moritz
Schwertner, Edwin

Weitere Mitglieder des Rates der Alten:
Berg, Lene
Dellheim, Fred
Doernberg, Stefan
Eberlein, Werner
Engelberg, Ernst
Graw, Edith
Heider, Günther

Juch, Elfriede (Friedel)
Junghähnel, Gerhard
Kuczynski, Jürgen
Lauter, Hans
Quandt, Bernhard
Rebling, Eberhard
Schirdewan, Karl
Schneider, Horst
Schröder, Eberhard

Schwidtmann, Heinz
Sieber, Günter
Streiber, Kurt
Trappen, Friedel
Wolff, Friedrich

Als Sekretär des Rates der Alten fungierte Horst Siebeck.

238 Vgl. Edwin Schwertner: Dem Grundkonsens der PDS verpflichtet, a.a.O., S. 34. **239** Vgl. Mitwirkung in Grundsatzdiskussion bleibt wichtige Aufgabe, a.a.O., S. 7; ADS, Bestand Parteivorstand der PDS (1993 bis 2007), Alt-Signatur 2003-XII-245.

ÄLTESTENRAT DER PDS, BERUFEN DURCH GABRIELE ZIMMER AM 27. APRIL 2001²⁴⁰

Die Sprecher des Ältestenrates:²⁴¹

Doernberg, Stefan
Fischer, Oskar
Schwertner, Edwin
Wolff, Friedrich

Weitere Mitglieder des Ältestenrates:

Chaker, Ahmed
Dellheim, Fred
Eberlein, Werner
Engelberg, Ernst
Fritschler, Hans-Dieter
Graw, Edith
Hahn, Erich
Heider, Günther
Herrmann, Klaus

Jacobus, Hans
Juch, Elfriede (Friedel)
Junghähnel, Gerhard
Langbein, Ingrid
Lauter, Hans
Libera, Kurt
Marohn, Heinz
Moneta, Jacob
Pötschke, Günter
Putz, Jolanda
Rebling, Eberhard

Scheringer, Johann
Schirdewan, Gisela
Schwidtmann, Heinz
Siebeck, Horst
Sieber, Günter
Sitte, Willi
Theben, Margot
Tischer, Heinz
Trappen, Friedel
Wekwerth, Manfred

ÄLTESTENRAT DER PDS, BERUFEN DURCH LOTHAR BISKY AM 4. SEPTEMBER 2003²⁴²

Die Sprecher des Ältestenrates:

Doernberg, Stefan
Graw, Edith
Siebeck, Horst
Wolff, Friedrich

Weitere Mitglieder des Ältestenrates:

Chaker, Ahmed
Czepuk, Harry
Dellheim, Fred
Fischer, Oskar
Hahn, Erich
Halberstadt, Heiner

Heider, Günther
Juch, Elfriede (Friedel)
Lauter, Hans
Libera, Kurt
Marohn, Heinz
Neubert, Harald
Pötschke, Günter
Putz, Jolanda

Scheringer, Johann
Schirdewan, Gisela
Schwertner, Edwin
Sieber, Günter
Theben, Margot
Wekwerth, Manfred

240 Vgl. Mitglieder des Ältestenrates der PDS. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2001, Nr. 18 (vom 04.05.2001), S. 8. **241** Die Sprecher des Ältestenrates der PDS wurden am 1. Juni 2001 gewählt. Vgl. Ältestenrat wählt Sprecherrat. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2001, Nr. 26 (vom 29.06.2001), S. 4. **242** Vgl. Der Ältestenrat der PDS. In: PDS-Pressedienst, Berlin, 2003, Nr. 37 (vom 12.09.2003), S. 3.

ÄLTESTENRAT DER LINKSPARTEI.PDS 2007

Die Sprecher des Ältestenrates:²⁴³

Doernberg, Stefan
Fischer, Oskar
Graw, Edith
Neubert, Harald
Wolff, Friedrich

Weitere Mitglieder des Ältestenrates:²⁴⁴

Chaker, Ahmed
Czepuk, Harry
Hahn, Erich
Halberstadt, Heiner
Juch, Elfriede (Friedel)

Lauter, Hans
Libera, Kurt
Marohn, Heinz
Putz, Jolanda
Schäfer, Heinz
Scheringer, Johann
Schirdewan, Gisela

Schwertner, Edwin
Theben, Margot
Wekwerth, Manfred

ÄLTESTENRAT DER PARTEI DIE LINKE, BERUFEN AM 24. OKTOBER 2015:²⁴⁵

Vorsitzender: Modrow, Hans

Stellvertretende

Vorsitzende:

Emmrich, Christina
Grabowski, Wolfgang
Schumm-Garling, Ursula

Mitglieder:

Binus, Gretchen
Bischoff, Joachim
Felfe, Edeltraut
Fessen, Friederun
Halberstadt, Heiner
Haug, Frigga
Hensche, Detlef

Hooge, Dieter
Jochimsen, Lukrezia
Juch, Elfriede
Klages, Johanna
Klenner, Hermann
Knake-Werner, Heidi
Mahlow, Bruno
Nowitzki, Evelin

Schindler-Saefkow, Bärbel
Schirmer, Gregor
Seidl, Anni
Stamm, Sybille
Watzek, Hans
Wilms, Günter

²⁴³ Vgl. DIE LINKE.PDS: Der Ältestenrat. URL: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/index.htm> (abgerufen am 13.02.2018). ²⁴⁴ Vgl. DIE LINKE.PDS: Die Mitglieder des Ältestenrates der PDS. URL: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/mitglieder.htm> (abgerufen am 13.02.2018). ²⁴⁵ Vgl. DIE LINKE.: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE., a.a.O.



BIOGRAFISCHE SKIZZEN



DOERNBERG, STEFAN²⁴⁶

Stefan Doernberg wurde am 21. Juni 1924 in Berlin in einem jüdischen bürgerlichen Elternhaus geboren. Sein Vater – ein Ingenieur – war politisch zunächst in der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD) und dann in der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) aktiv. 1935 emigrierte Stefan Doernberg mit seinen Eltern in die Sowjetunion. Dort trat er 1939 dem *Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD)* bei, 1941 dem *Komsomol* und 1943 der *KPD*. 1941 legte Stefan Doernberg in Moskau das Abitur ab. Am Tag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf die UdSSR, am 22. Juni 1941, meldete er sich freiwillig zur Roten Armee und kam im Juli 1941 zu Pionierarbeiten in den Raum Smolensk. 1942 wurde er in einem sowjetischen Arbeitslager in Nishni Tagil im Ural interniert. 1942/43 besuchte er einen Lehrgang an der Schule der *Kommunistischen Internationale* in Kuschnarenkowo. Ab 1943 war Doernberg als Leutnant der Roten Armee wieder an der Front und als Politoffizier mit Propaganda-Tätigkeit gegenüber der deutschen Wehrmacht beauftragt. Er nahm mit der 8. Garde-Armee an der Befreiung der Ukraine, Belorusslands und Polens und an der Schlacht um Berlin teil. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war Stefan Doernberg 1945/46 bei der Sowjeti-

schen Militär-Administration in Mecklenburg als Referent und Dolmetscher von General Michail Alexandrowitsch Skossyrew tätig. 1946 bis 1950 wirkte er als außenpolitischer Redakteur der Zeitung «Tägliche Rundschau». Von 1950 bis 1955 arbeitete er als Redakteur der deutschsprachigen Ausgabe der Moskauer Zeitschrift «Sowjetliteratur» und als Redakteur beim Moskauer Rundfunk. 1947 bis 1951 absolvierte er ein Fernstudium der Geschichte an der Lomonossow-Universität in Moskau.

Von 1955 bis 1961 lehrte Stefan Doernberg als Dozent und stellvertretender Lehrstuhlleiter für Allgemeine Geschichte und internatio-

246 Angaben nach: Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): *Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien*, Bd. 1, A – L, Berlin 2010, S. 242/243; http://de.wikipedia.org/wiki/Stefan_Doernberg (Stand: 11.07.2011); Gottfried Hamacher unter Mitarbeit von André Lohmar, Herbert Mayer, Günter Wehner und Harald Wittstock: *Gegen Hitler. Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland«*. Kurzbiografien, Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Reihe: Manuskripte, Bd. 53), Berlin 2005, S. 46; Harald Neubert: *Laudatio für Stefan Doernberg*. In: Helsinki 1975. Genutzte Möglichkeiten und verpasste Chancen. Beiträge einer Wissenschaftlichen Konferenz zu Ehren von Prof. Dr. Stefan Doernberg anlässlich seines 75. Geburtstages, Berlin 2000, S. 5–9; Hans Modrow (Hrsg.): *Zeiten und Zäsuren. Stefan Doernberg zum 85. Geburtstag*, Berlin 2009.

nale Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (IfG). 1959 wurde er mit der Arbeit «Der Kampf um die ökonomische Entmachtung des deutschen Imperialismus auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und seine Bedeutung im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1948)» zum Dr. phil. promoviert, einer Arbeit, die im gleichen Jahr unter dem Titel «Die Geburt eines neuen Deutschland. 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR» in Berlin publiziert wurde. 1961/62 wirkte Doernberg als stellvertretender Leiter des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte (DIZ) und von 1962 bis 1971 als Direktor des DIZ. Nach dem Zusammenschluss des DIZ mit dem Deutschen Wirtschaftsinstitut und dem Staatssekretariat für westdeutsche Fragen zum Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) arbeitete er von 1971 bis 1977 als stellvertretender Direktor des neuen Instituts. Von 1977 bis 1982 übte er die Funktion des Direktors des Instituts für internationale Beziehungen an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam aus. 1983 wurde Stefan Doernberg als Botschafter der DDR nach Finnland entsandt, wo er bis 1987 tätig war.

Von 1957 bis 1962 fungierte Doernberg als wissenschaftlicher Sekretär der deutschen

Sektion der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR und ab 1964 als Vorsitzender der DDR-Sektion der Forschungseinrichtungen der DDR, der ČSSR, Polens, Ungarns und der UdSSR zu Fragen der europäischen Sicherheit. 1963 wurde er zum Professor für Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung am IfG berufen, eine Aufgabe, die er nebenamtlich wahrnahm. 1966 wurde dem international anerkannten Forscher auf dem Gebiet der Zeitgeschichte der akademische Grad eines Doktors der Geschichtswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Dr. sc.) verliehen.

Von 1971 bis 1978 wirkte Doernberg als Generalsekretär des DDR-Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und von 1978 bis 1982 als Vizepräsident dieses Komitees. Von 1987 bis 1990 war er Präsident des DDR-Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. 1979 wurde Stefan Doernberg zum Vorsitzenden des Rates für Forschungen zur Internationalen Politik ernannt. Doernberg war auch Mitglied des Friedensrates der DDR.

Stefan Doernberg war Mitglied der SED und ab 1990 Mitglied der PDS. Ab 1991 war er Mitglied und dann einer der Sprecher des Rates der Alten bzw. des *Ältestenrates* der PDS und nach der Vereinigung von PDS und WASG zur

Partei DIE LINKE stellvertretender Vorsitzender des *Ältestenrates* der neuen Partei. Doernberg kandidierte für die PDS zur Volkskammerwahl im März 1990 und zur Bundestagswahl im Dezember 1990.

Von 1990 an wirkte Stefan Doernberg im Deutschen Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit bis zur Auflösung dieses Komitees im Jahr 2000. 1992 gehörte Prof. Dr. Doernberg zu den Gründungsmitgliedern des *Verbandes Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Be-*

wegung «Freies Deutschland» e.V. (DRAFD). Er war seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre Mitglied des Vorstandes und ab 2008 Vorsitzender des DRAFD. Darüber hinaus arbeitete er von 1992 an in der Alternativen Enquete-Kommission «Deutsche Zeitgeschichte» mit.

Stefan Doernberg starb am 3. Mai 2010 in Berlin – kurz vor seiner geplanten Abreise nach Moskau, wo er auf Einladung der russischen Regierung an den Feiern zum 65. Jahrestag des Sieges über das faschistische Deutschland teilnehmen wollte.

HOOGЕ, DIETER²⁴⁷

Dieter Hooge wurde am 26. November 1943 in Ostbevern im Münsterland geboren. 1957 begann er eine Lehre als Maschinenschlosser bei der Firma Windmüller & Hölscher in Lengerich in Westfalen. Dieter Hooge trat 1959 in die IG Metall ein. 1966/67 besuchte er die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Danach war er von 1967 bis 1969 als Mitarbeiter der DGB-Bundesschule Bad Kreuznach tätig. Anschließend arbeitete er als Jugendbildungsreferent beim DGB Hessen. Von 1972 bis 1978 war Dieter Hooge Landesjugendsekretär beim DGB Hessen. Danach wirkte er als Referent für Erwachsenenbildung beim DGB-Bildungs-

werk Hessen. Von 1981 bis 1983 arbeitete er als Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Von 1983 bis 1991 wirkte Hooge als Sekretär der

²⁴⁷ Die biographische Skizze wurde am 26. April 2018 mit Dieter Hooge abgestimmt, und seine Ergänzungen wurden eingearbeitet. – Vgl. zu den biographischen Angaben auch Andreas M. Vollmer: *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)*, a.a.O., S. 315/316; Michael Flörsheimer: (K)eine neue Partei. Zur Entwicklung der Partei Die Linke. URL: http://www.links-netz.de/K_texte/K_floersheimer_dielinke.html (abgerufen am 20.04.2018); Die Linken. Der Haudegen Dieter Hooge. In: *Frankfurter Rundschau*.de, Frankfurt am Main, 08.01.2009. URL: <http://www.fr.de/rhein-main/die-linken-der-haudegen-dieter-hooge-a-1126146> (abgerufen am 20.04.2018).

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Frankfurt am Main und von 1991 bis 1995 als DGB-Vorsitzender in dieser Metropole. Höhepunkt seiner beruflichen Laufbahn war von 1995 bis 2002 seine Tätigkeit als Landesvorsitzender des DGB in Hessen.

2004 trat Dieter Hooge wegen der Agenda 2010 der rot-grünen Schröder/Fischer-Regierung nach 40 Jahren Mitgliedschaft aus der SPD aus und gehörte zu den Mitbegründern der WASG in Hessen. Zunächst im Frühjahr 2004 an der Gründung der «Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit» in Hessen beteiligt, war er im Juli 2004 Gründungsmitglied des Vereins WASG auf Bundesebene. Bis zum Zusammenschluss der WASG mit der Linkspartei.PDS im Juni 2007 wirkte Dieter Hooge als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der WASG Hessen. Danach war er noch einige Jahre als Landesvorstandsmitglied der LINKEN in Hessen tätig. Seit 2013 ist er Mitglied im *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE. Im August 2007 unterlag Dieter Hooge überraschend bei der Wahl zum Spitzenkandidaten

der neuen Partei DIE LINKE für die Landtagswahl in Hessen 2008, obwohl er vom kommissarischen Landesvorstand für Platz eins nominiert worden war. Er verzichtete daraufhin auf weitere Kandidaturen zur Landesliste der Partei. Ungeachtet dessen trat Hooge jedoch im Wahlkreis Frankfurt/Main-Süd als Kandidat der LINKEN zur Landtagswahl 2008 an. Ein Jahr später scheiterte Andrea Ypsilanti (SPD) als Ministerpräsidentin in Hessen, und es kam Anfang 2009 zu Neuwahlen. Hooge kandidierte erneut im Wahlkreis Frankfurt/Main-Süd und wurde dadurch zu einem beachteten politischen Gewicht der Partei in der Stadt. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 engagierte sich Hooge für DIE LINKE und setzte dabei vor allem auf die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit sowie auf den Kampf gegen die Privatisierung von Wohnungsgesellschaften. Dieter Hooge wurde in seinem politischen Leben zweimal in Bundesversammlungen zur Wahl des Bundespräsidenten delegiert – 1999 von der hessischen SPD in die 11. und 2010 von der Partei DIE LINKE in Hessen in die 14. Bundesversammlung.

KNAKE-WERNER, HEIDI²⁴⁸

Heidi Knake-Werner wurde am 5. März 1943 in Tomaschow (Łódź/Polen) geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Wilhelmshaven, das sie 1964 mit dem Abitur abschloss, studierte sie an der Universität Göttingen und erwarb 1969 einen Abschluss als Diplomsozialwirtin. Es folgte eine wissenschaftliche Tätigkeit an den Universitäten Oldenburg und Bremen. Heidi Knake-Werner wurde dann an der Universität Oldenburg promoviert. Anschließend arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Familien-, Bildungs- und Industriesoziologie an der Universität Oldenburg. Ab 1984 war sie als Mitarbeiterin des Bezirksvorstandes Bremen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) tätig. 1991 wurde die Sozialwissenschaftlerin Mitarbeiterin der PDS-Gruppe im Deutschen Bundestag.

Heidi Knake-Werner engagierte sich seit 1968 politisch – zunächst von 1970 bis 1981 als Mitglied der SPD. Sie übte zahlreiche Funktionen in dieser Partei aus, unter anderem wirkte sie von 1972 bis 1976 im Stadtrat von Oldenburg. Nach ihrem Austritt aus der SPD war sie von 1981 bis 1989 Mitglied in der DKP. Seit 1990 engagierte sie sich in der PDS, war Mitbegründerin der Linke Liste/PDS in Bremen, wurde im Januar 1991 in den Parteivorstand der PDS gewählt, war verantwortlich für den Bereich Sozi-

alpolitik und wurde Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der PDS. Seit 2007 ist Heidi Knake-Werner Mitglied der Partei DIE LINKE. Von 1994 bis zum 17. Februar 2002 war Heidi Knake-Werner Mitglied des Deutschen Bundestages, in den sie über die Landesliste der PDS Sachsen-Anhalt einzog. In der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages wirkte sie als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit. Von 1994 bis 1998 arbeitete sie als stellvertretende Gruppenvor-

248 Angaben nach: ADS, Bestand PDS im Deutschen Bundestag (13. Wahlperiode) (BT/13. WP) - 001, Bl. 1, 5, 13/14, 31, 39, 265 und 299; ADS, Bestand PDS im Deutschen Bundestag (14. Wahlperiode) (BT/14. WP) - 0002, Bl. 45, 62, 130 und 137; Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode (Stand: 01. März 2002), hrsg. vom Deutschen Bundestag, bearbeitet von der Bundestagsverwaltung, Referat Parlamentsarchiv, Rheinbreitbach 2002, Teil V. Biographische Angaben der Abgeordneten, S. 282; Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode (Stand: 16. November 2001), Rheinbreitbach 2001, S. 146; Linke (wieder) im Bundestag. Mit der Rede von Stefan Heym, Hrsg.: Bundestagsgruppe PDS, Bonn [1994], S. 13 und 30; Abgeordnetenhaus Berlin, 15. Wahlperiode 2001–2006 (Stand: 1. Juni 2003), Rheinbreitbach 2003, S. 114; Abgeordnetenhaus Berlin, 16. Wahlperiode 2006–2011 (Stand: 29. März 2007), Rheinbreitbach 2007, S. 38; Heidi Knake-Werner geht, Carola Bluhm kommt. In: Welt, Berlin, 12.07.2009. URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article4105931/Heidi-Knake-Werner-geht-Carola-Bluhm-kommt.html> (abgerufen am 10.03.2018); Heidi Knake-Werner. In: Wikipedia. Die freie Enzyklopädie. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Heidi_Knake-Werner (abgerufen am 10.03.2018).

sitzende der PDS-Bundestagsgruppe, als Leiterin des Arbeitsbereiches III «Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik» und als arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag. In der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages war Heidi Knake-Werner stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung und Vorsitzende der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe. Von 1998 bis Oktober 2000 wirkte sie als stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion, von Oktober 2000 bis Januar 2002 als Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Fraktion. Heidi Knake-Werner wirkte als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion und war Mitglied in der Arbeitsgruppe «Arbeit / Soziales / Gesundheit» sowie

im Arbeitskreis «Gewerkschafts- und Bündnispolitik» der PDS-Fraktion.

Vom 17. Januar 2002 bis November 2006 arbeitete Heidi Knake-Werner als Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin. Vom 23. November 2006 bis 15. Oktober 2009 wirkte sie als Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin. Von Oktober 2006 bis 15. April 2007 war sie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Im Oktober 2010 wählte der Landesverband Berlin der Volkssolidarität, ein Wohlfahrtsverband, der 2014 regional 18.500 Mitglieder hatte, Heidi Knake-Werner zu seiner Vorsitzenden. Im Oktober 2014 wurde sie in diesem Amt bestätigt. Seit Oktober 2015 gehört Heidi Knake-Werner dem *Ältestenrat* der Partei DIE LINKE an.

KUCZYNSKI, JÜRGEN²⁴⁹

Jürgen Kuczynski wurde am 17. September 1904 in Elberfeld geboren. Nach dem Gymnasium studierte er von 1922 bis 1924 Philosophie, Finanzwirtschaft und Statistik in Berlin, Erlangen und Heidelberg und promovierte 1925 in Erlangen zum Thema «Der ökonomische Wert». Von 1926 bis 1929 weilte er in den USA, betrieb Postgraduate Studies an der Brooking-School Washington und leitete

1927 bis 1928 die Forschungsabteilung der American Federation of Labor. 1929 bis 1934

²⁴⁹ Angaben nach: Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoß, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? A.a.O., Bd. 1, A – L, S. 739/740; Meyers Neues Lexikon. Zweite, völlig neu erarbeitete Auflage in achtzehn Bänden, Bd. 8, Leipzig 1974, S. 219; Chronik der PDS. 1989 bis 1997, a.a.O., S. 503.

wirkte Kuczynski als Mitherausgeber der «Finanzpolitischen Korrespondenz». 1930 trat er in die KPD ein, arbeitete von 1930 bis 1933 als Wirtschaftsredakteur der KPD-Zeitung «Rote Fahne», lehrte an der MASCH und leitete die Abteilung Information in der Reichsleitung der RGO. Von 1933 bis 1936 war er an der illegalen Arbeit in der KPD-Reichsleitung beteiligt. 1936 emigrierte Jürgen Kuczynski nach Großbritannien und wirkte bis 1944 als Mitglied der KPD-Leitung in England. In dieser Zeit war er Mitarbeiter in der Redaktion von «Labour Monthly» und des Deutschen Freiheits senders 29,8. Im Jahr 1939 gehörte er zu den Mitbegründern des Freien Deutschen Kulturbundes. Von 1944 bis 1945 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des United States Strategic Bombing Survey und Oberst der US-Armee.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Jürgen Kuczynski 1945 Präsident der Zentralverwaltung für Finanzen. 1946 trat er in die SED ein. Von 1946 bis 1956 arbeitete er als ordentlicher Professor an der Universität Berlin und gründete und leitete das dortige Institut für Wirtschaftsgeschichte. Zeitweise war er Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Von 1949 bis 1952 wirkte er nebenamtlich als Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts. Von 1947 bis 1950 war er Präsident der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, von 1949 bis 1958 Abgeordne-

ter der Volkskammer der DDR. 1955 wurde Kuczynski Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW). 1956 bis 1968 fungierte er als Leiter der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte bzw. als Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der DAW. Von 1957 bis 1959 sah er sich Revisionismus-Vorwürfen ausgesetzt. Von 1965 bis 1979 war Jürgen Kuczynski Vorsitzender des Nationalkomitees der Wirtschaftshistoriker. 1968 wurde er emeritiert. Der auch international hoch angesehene Wissenschaftler wurde mit der Ehrendoktorwürde der Universitäten Berlin (Humboldt-Universität), Dresden (Technische Universität) und Halle (Martin-Luther-Universität) bedacht. Er war seit 1976 auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Fellow der Royal Statistical Society London und zeitweilig Mitglied des Exekutivkomitees der International Economic History Association. Jürgen Kuczynski gilt als Nestor der DDR-Geschichtswissenschaft. Er hat auf nahezu allen Gebieten der Geistes- und Sozialwissenschaften publiziert. Seine Bibliographie weist nahezu 4.000 Publikationen auf. Kuczynski wurde besonders durch zahlreiche wissenschaftliche Schriften über die Situation der Arbeiter im Kapitalismus bekannt. Sein Opus Magnum ist «Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus» in 40 Bänden.

Weitere Arbeiten erschienen zur Entwicklung des Imperialismus. Erwähnenswert sind insbesondere seine «Studien zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften» (zehn Bände) und zur «Geschichte des Alltags des deutschen Volkes» (fünf Bände). Zudem war der Wirtschaftshistoriker journalistisch tätig. Seinem Einfluss insbesondere auf Erich Hone-

cker und seinem Engagement verdankten die Mitarbeiter des von ihm gegründeten Instituts für Wirtschaftsgeschichte bis 1989, dass sie im Gegensatz zu Kollegen an anderen wissenschaftlichen Einrichtungen relativ frei forschen konnten. Jürgen Kuczynski starb am 6. August 1997. Er war bis zuletzt im *Rat der Alten* der PDS aktiv.

MEBEL, MORITZ²⁵⁰

Moritz Mebel wurde am 23. Februar 1923 in Erfurt geboren. 1932 emigrierte er mit seinen Eltern in die UdSSR. In Moskau besuchte er die Karl-Liebknecht-Schule, ab 1937 die 118. Mittelschule. 1938 wurde er Mitglied des Komso-mol. Nachdem Moritz Mebel 1940 das Abitur abgelegt hatte, studierte er am 1. Medizinischen Institut in Moskau Medizin. Von Oktober 1941 bis 1947 leistete er Militärdienst in der Roten Armee, u. a. als Offizier der Polit-Abteilung der 53. Armee. 1943 erhielt er den sowjetischen Orden Roter Stern und 1944 den Orden des Vaterländischen Krieges. Von 1943 bis 1958 war Mebel Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).

Von 1945 bis 1947 war Moritz Mebel als Offizier (zuletzt als Oberleutnant) in der Abteilung Propaganda der Sowjetischen Militäradminis-

tration in Deutschland (SMAD) tätig. Ab 1947 setzte er sein Medizinstudium in Moskau fort und schloss es 1951 mit dem Examen am Moskauer Medizinischen Institut ab. Von 1951 bis 1954 arbeitete er als Oberarzt und Chirurg im Kreiskrankenhaus Keila (Estland). Von 1954 bis 1958 war Mebel Aspirant am Lehrstuhl für Urologie des Zentralinstituts für Ärztliche Fortbildung in Moskau, wo er 1958 promovierte. Im gleichen Jahr übersiedelte Moritz Mebel in die DDR und trat in die SED ein. Ab 1958 war er als Urologe in verschiedenen Kliniken in Berlin tätig. Von 1958 bis 1960 fungierte er als As-

²⁵⁰ Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? A.a.O., Bd. 2, M – Z, S. 859.

sistent an der Chirurgischen Klinik der Charité der Humboldt-Universität Berlin. In dieser Zeit erhielt er 1959 die Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus. Von 1960 bis 1962 arbeitete Mebel im Städtischen Hufeland-Krankenhaus. Nachdem er sich 1963 habilitiert hatte, wirkte er bis 1981 als Chefarzt der Urologischen Klinik und Poliklinik des Städtischen Krankenhauses Berlin-Friedrichshain. Seit Juni 1962 war Moritz Mebel am Aufbau des ersten Nierentransplantationszentrums in der DDR beteiligt. 1967 führte er in Zusammenarbeit mit den Professoren Harald Dutz und Otto Prokop die erste erfolgreiche Nierentransplantation in der DDR durch. Seit 1970 lehrte er als ordentlicher Professor für Urologie an der Humboldt-Universität zu Berlin (Charité). Von 1982 bis 1988 war er Chef der Urologischen Klinik der Charité. Von 1967 bis 1971 war Moritz Mebel Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin. 1970 erhielt er den Vaterländischen Verdienst-

orden. Mebel war ab 1971 Kandidat und von 1986 bis 1989 Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED. 1972 erhielt er den Nationalpreis der DDR. 1973 wurde er Korrespondierendes und 1975 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1983 erhielt er die Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden und 1988 den Karl-Marx-Orden. Von 1983 bis 1990 wirkte er als Vorsitzender des Komitees «Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges», der DDR-Sektion von International Physicians for the Prevention of Nuclear War. Mebel war Ordentliches Auswärtiges Mitglied der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR und ist seit 1992 Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften. Er ist seit 1990 Mitglied der PDS und war in den 1990er Jahren einer der drei Sprecher des Rates der Alten dieser Partei.

MODROW, HANS²⁵¹

Hans Modrow wurde am 27. Januar 1928 in Jasenitz (Kreis Ueckermünde) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er von 1942 bis 1945 den Beruf eines Maschinenschlossers. Noch 1945 wurde er zum Volkssturm eingezogen und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Dort besuchte Hans Modrow eine Antifa-Schule. 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, arbeitete er als Maschinenschlosser. Von 1949 bis 1961 arbeitete Hans Modrow in Brandenburg, Mecklenburg und Berlin in verschiedenen Funktionen in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und studierte von 1952 bis 1953 an der Hochschule des Komsomol in Moskau. Von 1953 bis 1961 übte er die Funktionen des 1. Sekretärs der FDJ-Bezirksleitung Berlin und des Sekretärs des Zentralrats der FDJ aus. Von 1954 bis 1971 war er Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin. Von 1954 bis 1957 absolvierte Hans Modrow im Fernstudium die Partheihochschule «Karl Marx» der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Berlin und schloss das Studium als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler ab. Von 1959 bis 1961 folgte ein externes Studium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, das er erfolgreich mit dem Abschluss als Diplom-Wirtschaftler beendete. An der Humboldt-Univer-

sität zu Berlin promovierte er 1966 zum Dr. rer. oec. mit einer Arbeit zu soziologischen Problemen der Wirtschaftsleitung.

Von 1961 bis 1967 arbeitete Hans Modrow als 1. Sekretär der Kreisleitung der SED in Berlin-Köpenick und von 1967 bis 1971 als Sekretär für Agitation und Propaganda in der SED-Bezirksleitung Berlin. Danach war er bis 1973 als Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED tätig, dem er von 1958 bis 1967 als

251 Vgl. ADS, Bestand PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode) (Kurzform: VK/10. WP), Signatur 062, Blatt 210; ADS, Bestand PDS im Deutschen Bundestag (12. Wahlperiode) (Kurzform: BT/12.WP), Signatur 003, Blatt 184/85, 188, 190–192, 198, 202, 273, 277/78, 281/82, 286/87, 291/92 und 296/97; Christopher Hausmann: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990), Köln, Weimar, Wien 2000, S. 151; Klaus-J. Holzapfel (Hrsg.): Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode 1990, 71. Aufl., Stand: 1. November 1993, Rheinbreitbach 1993, S. 173 und 295; Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? A.a.O., Bd. 2, M – Z, Berlin 2010, S. 895; Das Fischer Lexikon Personen der Gegenwart. Biographien aus Politik, Wirtschaft und Kultur von 1945 bis heute, Frankfurt am Main 2000, Sp. 519/520; Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS. 1989–1994, a.a.O., S. 139; Peter Schindler: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Baden-Baden 1999, Bd. I, S. 1005, Bd. II, S. 1598, Bd. III, S. 3759, 3802 und 3881; Europäisches Parlament. Abgeordnete. Hans Modrow. URL: http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4301/HANS_MODROW_home.html (abgerufen am 12.03.2018).

Kandidat und von 1967 bis 1989 als Mitglied angehörte. 1973 wurde Hans Modrow zum 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED gewählt.

In den 1980er Jahren kam es zunehmend zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Parteichef Erich Honecker über Führungsstil und Sinn sozialistischer Politik und über die von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow verfolgte Perestroika-Politik. Während das Politbüro des ZK der SED in ihm daher einen ungeliebten Abweichler erblickte, ließ ihn dies für viele in der SED, aber auch in der BRD, zum Reformier und Hoffnungsträger werden. Anfang Oktober 1989 gehörte Hans Modrow zu den Initiatoren des Dresdener Dialogs mit der oppositionellen «Gruppe der 20». Vom 8. November bis zum 3. Dezember 1989 gehörte er dem Politbüro des ZK der SED an.

Am 13. November 1989 wählte ihn die Volkskammer der DDR, deren Mitglied er von 1958 bis 1990 war, zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Hans Modrow bildete eine Regierung aus Vertretern der SED, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) – «... eine Regierung der Koalition, eines neu verstandenen, kreativen politischen Bündnisses»²⁵². Am

1. Februar 1990 unterbreitete er das Konzept «Für Deutschland, einig Vaterland» und bildete am 5. Februar 1990 mit Vertretern vom Runden Tisch die «Regierung der nationalen Verantwortung», die die Amtsgeschäfte bis zum 12. April 1990 führte. Dank Hans Modrow als Ministerpräsidenten vollzog sich der Übergang von der Honecker-Ära in demokratische Verhältnisse innenpolitisch geordnet und außenpolitisch berechenbar.

In der 10. Wahlperiode der Volkskammer der DDR vom März bis zum Oktober 1990 gehörte Hans Modrow dem Ausschuss für Deutsche Einheit der Volkskammer als offizielles Mitglied an. Er war Mitglied der PDS-Fraktion und arbeitete im Arbeitskreis Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Fraktion der PDS mit. Mit dem Beschluss der Volkskammer der DDR vom 28. September 1990 wurde er ab Oktober 1990 in den Deutschen Bundestag entsandt. Er gehörte dann dem Deutschen Bundestag bis zum Ende der 12. Wahlperiode 1994 an und wirkte im Auswärtigen Ausschuss und im EG-Ausschuss des Parlamentes mit. Außerdem gehörte Modrow der deutsch-japanischen und der deutsch-sowjetischen Parlamentariergruppe an. In der Ab-

²⁵² Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrates an die Volkskammer der DDR (Entwurf). In: ADS, Bestand Modrow - 003, Bl. 2.

geordnetengruppe der Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL) nahm er die Funktion eines außenpolitischen Sprechers wahr und hatte den Vorsitz im Arbeitskreis I «Friedens-, Außen- und Entmilitarisierungspolitik» inne.

Von 1999 bis 2004 war Hans Modrow Mitglied des Europäischen Parlaments und gehörte der Konföderalen Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) an. Dort arbeitete er als Mitglied im Ausschuss für Entwicklungshilfe, als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle und in gleicher Funktion im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik. Er war zudem von 1999 bis 2004 Stellvertretender Vorsitzender der Delegation im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU – Tschechische Republik.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 wurde Hans Modrow zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei gewählt. Vom 25. Februar 1990 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE im Juni 2007 war er Ehrenvorsitzender der PDS. Von der Konstituierung des *Ältestenrates* der Partei DIE LINKE im Dezember 2007 an arbeitet er als dessen Vorsitzender.

DOKUMENTE



SATZUNG DES ÄLTESTENRATES DER PARTEI DIE LINKE²⁵³

Beschlossen in der Sitzung des Ältestenrates am 15. Dezember 2011, bestätigt in der Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 21. Januar 2012

1. Die Tätigkeit des Ältestenrates (im Folgenden «Rat») vollzieht sich auf der Grundlage und in Durchführung von § 20 Abs. 7 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE: «Der Parteivorstand beruft als Konsultationsgremium einen Ältestenrat. Der Ältestenrat berät aus eigener Initiative oder auf Bitte des Parteivorstandes zu grundlegenden und aktuellen Problemen der Politik der Partei. Er unterbreitet Vorschläge oder Empfehlungen und beteiligt sich mit Wortmeldungen an der parteiöffentlichen Debatte.» Leitlinie für seine Tätigkeit ist das Programm der Partei DIE LINKE.

2. Der Vorsitzende/die Vorsitzende (im Folgenden «der Vorsitzende») des Rats wird vom Parteivorstand berufen. Für die Berufung der anderen Mitglieder des Rats durch den Parteivorstand unterbreitet der Vorsitzende namentliche Vorschläge. Erforderlich werdende Neuberufungen von Mitgliedern des Rats werden nach demselben Modus vorgenommen. Die Mitgliedschaft im Rat soll die Zahl 20 nicht

überschreiten. Der Rat wählt bis zu drei Stellvertreter/Stellvertreterinnen des Vorsitzenden, die den Vorsitzenden bei dessen Verhinderung vertreten.

3. Der Vorsitzende leitet die Tätigkeit des Rates. Ihm obliegt die Verbindung mit dem Parteivorstand und dem Geschäftsführenden Parteivorstand sowie die Vertretung des Rates nach außen. Der Vorsitzende nimmt als ständiger Gast an Sitzungen des Parteivorstandes teil oder beauftragt einen Vertreter mit der Teilnahme.

4. Der Rat tagt in der Regel vier Mal im Jahr. Die Tagungen werden vom Vorsitzenden mit dem Vorschlag einer Tagesordnung einberufen. Die Tagungen sind öffentlich. Ausnahmen beschließt der Rat. Mitglieder des Parteivorstandes können an den nichtöffentlichen Tagungen teilnehmen. Der Vorsitzende kann Gäste zu den Tagungen einladen. Es wird ein Protokoll geführt. Die Mitglieder der Partei und die Öffentlichkeit werden in geeigneter Weise (Presseerklärungen, Internet, Disput und andere parteiinterne und parteiöffentliche Wege) vom Verlauf und Ergebnis der Tagungen unterrichtet.

²⁵³ Quelle: DIE LINKE.: Satzung des Ältestenrates. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/satzung-des-aeltestenrates/> (abgerufen am 28.02.2018).

5. Jedes Mitglied des Rates hat das Recht, Vorschläge zur Tagesordnung und Entwürfe von Dokumenten zur Beratung einzubringen. Die Verabschiedung von Dokumenten des Rates erfolgt in offener Abstimmung nach dem Konsensprinzip oder, auf Verlangen eines Mitglieds, mit Zweidrittel-Mehrheit. Jedes Mitglied hat das Recht, abweichende Meinungen zu Dokumenten des Rates zu erklären.

6. Die vom Rat verabschiedeten Dokumente werden dem Parteivorstand übergeben. Der Vorsitzende unterrichtet den Rat über die Resonanz auf Vorschläge und Empfehlungen.

7. Der Rat unterbreitet dem Parteivorstand und dem Bundesausschuss Vorschläge für die Teilnahme von Vertretern des Rates an Parteitag als Delegierte mit beratender Stimme.

8. Die Finanzierung der Tätigkeit des Rates erfolgt im Rahmen der im Finanzplan der Partei für den Parteivorstand vorgesehenen Mittel. Die für die Tätigkeit des Rates erforderliche Infrastruktur und Logistik wird durch das Büro des Parteivorstands gewährleistet.

9. Die Satzung des Rates bedarf der Bestätigung durch den Parteivorstand.

ERKLÄRUNGEN UND STELLUNGNAHMEN

Erklärung des Rates der Alten: Wir brauchen Meinungsvielfalt und gemeinsames Handeln (1991)²⁵⁴

Wir Mitstreiter im Rat der Alten waren Mitglieder der SED, viele von uns gehörten vorher anderen linken Parteien und Organisationen an. Seit unserer Jugend nahmen wir – die meisten unter Einsatz von Freiheit und Leben – am Kampf gegen den Faschismus, für Frieden und eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen System teil. Wir sind in unserem Leben durch Höhen und Tiefen gegangen, haben unsere Partei stark und schwach erlebt, als legale Organisation und in der Illegalität.

Die SED in ihrem Parteiverständnis vermochte es nicht, die sozialistischen Ideale in der DDR zu verwirklichen. Wir bekennen uns zu unserer Mitverantwortung dafür. Unsere Vergangenheit und was jetzt die Politik der führenden kapitalistischen Industriestaaten bestimmt, bestärken uns in der Überzeugung, daß demokratischer Sozialismus heute für die Menschheit notwendiger ist denn je. Die globalen Widersprüche, für die der Kapitalismus die Hauptverantwortung trägt, treiben die Menschheit letztlich in den Untergang.

²⁵⁴ Undatiertes Dokument, ca. Ende November/Anfang Dezember 1991. Quelle: ADS, PDS-PV - 039, Bl. 18.

All unsere Erfahrungen sagen uns, daß die Partei des Demokratischen Sozialismus die Prüfungen auch dieser heutigen Zeit bestehen und zu neuer Kraft finden wird. Unser Streben nach einer Alternative zu jenem System, das die Völker in zwei verheerende Weltkriege stürzte, das die Kraft des Atoms zur Menschenvernichtung mißbrauchte, das unzählige Menschen zu Dauerarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und sozialer Not verdammt, das ganze Völker in den Entwicklungsländern verelenden und verhungern läßt, das die begrenzten Ressourcen der Welt sinnlos vergeudet, war und ist berechtigt.

Mit großer Sorge sehen wir das Anwachsen von Rechtsradikalismus, Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Wir sehen Demokratie, Humanismus und Menschenwürde bedroht. Mit allen Mitteln versuchen die herrschenden Kreise, linke, besonders sozialistische Opposition mundtot zu machen. In einer solchen Situation muß die PDS ihre Kräfte zusammenfassen im Kampf für Abrüstung und Entmilitarisierung, für die Verteidigung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit, gegen die Zerstörung von Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur, gegen politische und soziale Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, vor allem in Ostdeutschland.

Unsere Erfahrungen besagen, daß Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wachsende Lebensqualität nur im Zusammenwirken vielfältiger

politischer Kräfte erreicht werden können. Im Parlament wie in Bürgerbewegungen, auf internationalem wie kommunalem Gebiet, in einer pluralistischen Gesellschaft. Dies schließt sachlichen Meinungsstreit auch in der PDS selbst ein. Dabei darf die geschichtliche Erfahrung nicht ignoriert werden, daß nicht nur erzwungene «Einheit und Geschlossenheit», sondern auch das Fehlen von Übereinstimmung die Partei zerstören kann.

Unser offener, schonungsloser Meinungsstreit muß zu gemeinsamer Politik, zu gemeinsamen Aktionen führen. Dann werden wir ebenso denen ein guter Partner sein, die der unheilvollen Entwicklung in Deutschland Widerstand entgegensetzen. Von der kommenden 3. Tagung des 2. Parteitags der PDS erhoffen und erwarten wir einen entschiedenen Schritt in diese Richtung.

Unverwechselbares sozialistisches Profil. Brief des Ältestenrates an den Parteivorstand der PDS (27. September 2002)²⁵⁵

Liebe Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes der PDS! Dieses Papier entstand nach einer gründlichen Aussprache in einer Beratung des Ältestenrats am 25. Septem-

²⁵⁵ Quelle: DIE LINKE.PDS: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/dokumente/view_html?zid=339&bs=1&n=6 (abgerufen am 05.03.2018).

ber 2002. Auf der Grundlage der Bewertung der Situation für die Partei nach den Bundestagswahlen durch die Genossin Gabi Zimmer, deren Ausführungen von allen Anwesenden ausdrücklich unterstützt wurden, richten wir folgenden Brief an den Parteivorstand:

Die Bundestagswahlen endeten mit einer eklatanten Niederlage der PDS. Diese war einschneidender und verhängnisvoller als erwartet. Die Ursachen müssen weiterhin in einer konstruktiven und kritischen Atmosphäre gründlich analysiert werden. Eine Entscheidung über einen echten Politikwechsel stand bei den beiden Hauptkonkurrenten nicht zur Wahl. Es bleibt bei der von uns formulierten Position: Zwingender denn je ist eine starke, auch außerparlamentarische Opposition gegen das herrschende unsoziale System in der BRD, das insbesondere für die Massenarbeitslosigkeit, die klaffenden Lücken im Bildungs- und Gesundheitswesen, für wachsende Rüstungsausgaben, verbunden mit einer nicht durchschaubaren internationalen Politik verantwortlich ist. Mehr als bisher braucht unser Land die PDS als Partei mit einem unverwechselbaren sozialistischen Profil, als konsequente Friedenskraft, als Partei, die sich der ungezügelter Dominanz des Großkapitals in diesem Lande mit ihren schlimmen Folgen für die elementaren Lebensrechte der Menschen entgegenstellt. Deshalb sollten die kritische Diskussion über Inhalt und Profil

unserer Politik, besonders in der letzten Wahlperiode sowie die Grundlinien und Grundwerte unserer Programmatik im Mittelpunkt des bevorstehenden Geraer Parteitages stehen. Personelle Entscheidungen sollten nach Abwägung aller statutarischen und gesetzlichen Möglichkeiten sachlich durchdacht werden. Wir gehen nicht davon aus, dass der Parteivorstand innerhalb von drei Wochen alle herangereiften Probleme hinreichend analysieren und maximale Lösungsvarianten vorschlagen kann. Alles muss gut erwogen sein, nichts darf dem Zufall oder gar augenblicklichen Stimmungen überlassen werden.

Der Ältestenrat der PDS unterbreitet deshalb folgende Anregung: Die Neuwahl des Parteitages für die Periode des 8. Parteitages sollte differenziert erfolgen. Auf dem Geraer Parteitag sollte die statutarisch festgelegte Wahl des Parteivorstandes erfolgen, aber gleichzeitig durch Beschluss festgelegt werden, in einem überschaubaren kurzen Zeitraum möglicherweise einen Sonderparteitag durchzuführen, der die Chance bietet, die Zusammensetzung des Parteivorstandes neu zu bestätigen. Damit wird Zeit für eine weitere gründliche Analyse der Lage gewonnen und zugleich auch der Basis der Partei mit ihren Standpunkten und Vorschlägen noch mehr Mitsprache ermöglicht, um sie in die notwendigen Veränderungen der Parteientwicklung einzubeziehen. Das würde

die Möglichkeit bieten, weitere erforderliche Veränderungen zur Erneuerung der Partei vorzunehmen. Mit sozialistischen Grüßen
Sprecher des Ältestenrates der PDS,
27. September

Verändert Europa! Für eine alternative Europapolitik! Stellungnahme des Ältestenrates zum Madrider Kongress der Europäischen Linken (EL) (19. Dezember 2013)²⁵⁶

Das Motto des Madrider Kongresses der Europäischen Linken (EL) stand auch im Mittelpunkt der Debatte des Ältestenrats am 19. Dezember 2013 zur Auswertung des Kongresses. Grundlage waren Berichte der Kongressteilnehmer Claudia Haydt, wiedergewählt in den Vorstand der EL, Heinz Bierbaum, Mitglied des GfPV, und Oliver Schröder, Leiter des Bereiches Internationale Politik. Sie informierten über die Beratung und die Wahlen in Madrid. Auf dem Kongress wurde ein nach intensiver Debatte in Mitgliederparteien der EL entstandenes zentrales «Politisches Dokument» diskutiert und als Arbeitspapier von über 93 % der Delegierten verabschiedet. Außerdem beschloss der Kongress sechs thematische Schwerpunkte für den Europawahlkampf und entschied in diesem Zusammenhang, den Vizepräsidenten der EL Alexis Tsipras (SYRIZA – Griechenland) als gemeinsamen Kandidaten

für die Wahl zum Kommissionspräsidenten der EU aufzustellen. Damit bekommen der Europawahlkampf der LINKEN und das Konzept eines anderen Europa ein «Gesicht»!

Der Ältestenrat bittet den Parteivorstand, die wichtigsten Aussagen des Kongresses schriftlich und in Mitgliederversammlungen in der Partei bekannt zu machen.

Um einen ständigen linken Diskussionsprozess zu gestalten beschloss der Kongress weiter, ein jährlich tagendes «Forum der Alternativen» zu gründen, zu dem auch Teilnehmer über die EL hinaus eingeladen werden sollen. Schließlich wurde eine neue kollegiale Präsidenschaft mit Pierre Laurent (Kommunistische Partei Frankreichs) als (wiedergewähltem) Präsident und vier weiteren Vizepräsidenten aus Griechenland, Spanien, Portugal, Bulgarien sowie Dieter Dehm (DIE LINKE – Deutschland) als Schatzmeister gewählt.

In der intensiven Diskussion des Ältestenrates wurden jene Ergebnisse des Kongresses hervorgehoben, die aus unserer Sicht besonders bedeutsam für die Entwicklung der Partei DIE LINKE und ihr politisches Wirken vor allem

²⁵⁶ Quelle.: DIE LINKE.: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/veraendert-europa-fuer-eine-alternative-europapolitik/> (abgerufen am 14.03.2018).

in der Vorbereitung der Europawahlen sind. Die Tatsache, dass alle Entscheidungen des Kongresses mit in der Regel 80 Prozent und zum Teil mehr Zustimmung getroffen wurden, verdeutlicht den Willen der Mitgliedsparteien zu gemeinsamem Handeln. Obwohl es zu verschiedenen Problemen unterschiedliche Auffassungen und Standpunkte gab und sicher auch weiter gibt, gemeinsam war der Wille: Verändert Europa! Und dazu braucht es eine starke Linke, eine Linke, die Politik für die Menschen macht! Dieses Ergebnis ist ein Zeichen für die Entwicklung der EL und für die Linke in jedem einzelnen europäischen Land!

Das «Politische Dokument» skizziert, vor welchen Aufgaben die Europäische Linke steht und welche Rolle sie in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spielen will. Es versteht sich als programmatische Grundlage für die kommenden zwei Jahre. In ihm wird begründet, dass die Europäische Union (EU) in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit mit den entsprechenden Institutionen keine geeignete Grundlage für eine solidarische Entwicklung der EU und für eine Partnerschaft mit ihren europäischen Nachbarn darstellt. Der Lissabon-Vertrag ist dafür das grundlegende Hindernis, er verhindert ein demokratisches und soziales Europa, wie wir Linke es wollen, denn sein Ziel ist, nicht den Menschen, sondern den Märkten zu dienen.

Ein Neustart ist erforderlich! Ohne eine fundamentale Neugründung der Europäischen Union und ihrer Strukturen wird es keine Zukunft für ein solidarisches, friedliches, demokratisches Europa geben! So lautet die Forderung des Kongresses. Die entscheidende Konsequenz für die linken Kräfte und Parteien in Europa ist: Wer die EU in diesem Sinne verändern will, muss in den beteiligten Staaten für entsprechende Veränderungen kämpfen. Zentrales Moment dieser Kämpfe muss sein: Herstellung demokratischer Souveränität, denn Demokratie verliert ihren Wert, wenn Troika, Finanzmärkte und Banken mehr Macht haben als gewählte Regierungen.

Vor allem die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel hat einen solchen antidemokratischen Prozess in der EU besonders intensiv vorangetrieben. Ihre Vorreiterrolle dabei ist nicht zu übersehen und wird von Regierungen anderer Länder mit Argwohn verfolgt. Diese Rolle erfordert eine prinzipielle Kritik und Bekämpfung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durch die deutsche Linke, allen voran durch unsere Partei DIE LINKE. Das gilt auch für eine kritische Sicht auf die neue Regierung der Großen Koalition.

Aus der grundlegenden Ablehnung der jetzigen Vertragsgrundlagen und der politischen Praxis der EU sowie der Forderung nach einem «Neustart» der EU durch die Europäische

Linke leitet der Ältestenrat die Empfehlung ab, den für den Hamburger Parteitag vorgelegten Entwurf des Europawahlprogramms, in dem Ansätze einer solchen Position durchaus enthalten sind, grundsätzlich zu überprüfen und in Solidarität und Übereinstimmung mit den Positionen der EL unsere Position deutlicher und akzentuierter zu formulieren und damit den Aktivitäten der Partei in den kommenden Monaten zugrunde zu legen.

In der Debatte des Ältestenrates wurde auch mehrfach darauf hingewiesen, dass unserer Partei eine große Verantwortung für die Entwicklung der «Europäischen Linken» obliegt und daraus folgend auch ein größeres Engagement in den Gremien der EL und als Mitglied der EL in der europäischen Öffentlichkeit erforderlich ist. Das sollte sich nicht zuletzt sowohl in der Arbeit des Parteivorstandes als auch in anderen Gremien der Partei, wie z. B. in den bundesweit wirkenden Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen, widerspiegeln. In Publikationen der Partei wird zwar manches über die EU und das Wirken unserer Abgeordneten dort kommuniziert, aber über die EL-Partei ist kaum etwas zu lesen.

Entscheidungen der EU-Institutionen greifen über die Bundesebene bis in die Länder, Städte und Gemeinden ein. Im Europawahlkampf wie bei den Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2014 sollte mehr als bisher den Bürge-

rinnen und Bürgern durch Abgeordnete und Kandidaten unserer Partei bewusst gemacht werden, wie tief die EU-Politik sich auf unser alltägliches Leben auswirkt.

Nur mit einer alternativen Europapolitik wird es der Europäischen Linken gelingen, Europa zu verändern.

Das Europäische Parlament – Probleme, Erwartungen, Hoffnungen. Information über die Beratung des Ältestenrates am 4. September 2014²⁵⁷

Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE beschäftigte sich am 4. September 2014 mit den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament. Cornelia Hildebrandt und Andreas Wehr gaben mit ihren Analysen zum Wahlergebnis und den Problemen in der Europäischen Union sowie Hans Modrow mit Ausführungen zu Problemen der internationalen Lage und zur Situation innerhalb der Partei eine Grundlage für die Debatte. Der Ältestenrat sprach Cornelia Hildebrandt und Andreas Wehr seinen Dank aus.

²⁵⁷ Quelle: DIE LINKE.: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/das-europaeische-parlament-probleme-erwartungen-hoffnungen/> (abgerufen am 17.03.2018).

Ausgangspunkt der Beschäftigung mit diesem Thema war die Tatsache, daß sich

- _ zum einen die Europäische Union seit fünf Jahren in der schwersten Krise ihrer Existenz, mit gravierend gewachsenen Unterschieden in der Entwicklung der einzelnen Mitgliedsstaaten einschließlich schwerwiegender sozialer Folgen und politischer Auswirkungen und neuen weltgeschichtlichen Herausforderungen befindet,
- _ und zum anderen, dass es im Vorfeld dieser Wahlen innerhalb der Partei der LINKEN Diskussionen um das Wahlprogramm hinsichtlich des Charakters dieses kapitalistischen Integrationsgebildes und seiner imperialistischen Strategie gab.

Die LINKE stellte sich mit ihrem Wahlprogramm die Aufgabe, «ein Signal zu setzen» (Gabi Zimmer), um die Verhältnisse in der EU umzuwerfen.

Was wurde mit den Wahlergebnissen erreicht? Wie sehen wir die Entwicklung der EU? Welche politischen Aufgaben stehen vor uns?

1. Die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament zeigen,

- _ dass mit einer niedrigen Wahlbeteiligung von 43 Prozent das Ansehen und die Rechtmäßigkeit der EU in der Bevölkerung ungenügend ausgeprägt ist, was u. a. auf einen von den Medien verbreiteten Konsens mit den

herrschenden Verhältnissen und auch auf politisches Desinteresse zurückzuführen ist.

- _ dass auch die Hochstilisierung des Europäischen Parlaments mit der Personalisierung von Spitzenkandidaten für das Parlament und zugleich auch als Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission kaum Wirkung auf die Wahlbeteiligung hatte, obgleich sich der Bekanntheitsgrad der Kandidaten erhöht hat.
- _ dass mit der Wahl der Abgeordneten der konservativen Europäischen Volkspartei als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament und in Koalition mit den Sozialdemokraten/Demokraten als zweitstärkste Kraft kein Abgehen von der bisherigen neoliberalen Politik und keine Schritte in Richtung auf eine sozialere EU zu erwarten sind, auch wenn die linken Kräfte mit 52 von 751 Abgeordneten an Gewicht gewonnen haben,
- _ und dass angesichts der ökonomischen und politischen Machtposition Deutschlands in der EU sich außerhalb des führenden Kerns politische Bestrebungen verstärken, die auf Ablehnung einer unter der Führung Deutschlands stehenden EU zielen und dies mit sehr unterschiedlichen Richtungen: Zuwachs rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien auf der einen Seite (Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Österreich) und linkssozialistischer Bewegungen (Griechen-

land, Spanien, Portugal, Irland, Dänemark) auf der anderen Seite.

2. Die Entwicklung der EU nach den Wahlen ist von einer weiter anschwellenden ökonomischen Krise und zunehmenden politischen Auseinandersetzungen angesichts der Lage im mittleren Osten und in der Mitte Europas gekennzeichnet.

_ Die USA forcieren ihr Streben nach Erhalt und Ausbau ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Dominanz in der Welt und setzen die EU mit der Orientierung auf eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses als Phalanx gegen Russland unter Druck – mit dem Ziel ihrer Einbindung als abhängiger, starker Partner (nicht als zweite westliche Weltmacht) im Rahmen ihrer neuen Weltmachtstrategie gegenüber China und den Schwellenländern und für die finanzielle und militärische Entlastung ihrer Ambitionen im Nahen Osten. Entscheidende Instrumente sind: die Aushandlung und Durchsetzung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als «Wirtschafts-NATO» sowie der Antrieb zu einer forcierten expansiven, militaristischen Außenpolitik der Europäischen Union im Komplott mit der NATO, in deren Rahmen die herrschende EU-Elite auch ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen durchzusetzen gedenkt.

_ Mit der seit 2007 schwelenden ökonomischen Krise – verbunden mit dem rigorosen Spardiktat für die besonders betroffenen Länder der Peripherie der EU sowie der Krise in der Euro-Zone – und entsprechend der sich neu anbahnenden Situation durch den Ukraine-Konflikt mit den von den USA aufoktrozierten Sanktionen gegenüber Russland passt die EU auch ihre institutionellen Mechanismen an. Die von der Europäischen Kommission ausgearbeitete Agenda der europäischen Politik wird sicher vom neuen Europäischen Parlament unterstützt werden. «Ziel ist dabei die Etablierung einer Wirtschaftsregierung, die die nationalen Souveränitätsrechte in Finanz- und Wirtschaftsfragen drastisch einschränken soll. Auf diese Weise soll vor allem die Eurozone politisch stabilisiert werden.»

3. Für die linken Kräfte und besonders für DIE LINKE ergeben sich aus der neuen Welt-situation und besonders aus der Lage in der EU neue Herausforderungen. Die bisherigen Verlautbarungen dazu sind jedoch unterschiedlich. Es ist bisher noch keine strategische Linie zu erkennen.

_ Andreas Wehr sieht für die linken und progressiven Kräfte auf europäischer Ebene keine Möglichkeit, die Agenda in ihrem Sinne zu beeinflussen. Er plädiert *gegen* das

Wunschdenken vom Umbau der Union zu einer «demokratischen, sozialen und ökologischen EU», *für* entscheidende Kämpfe zur Verteidigung errungener sozialer und demokratischer Standards auf nationaler Ebene und *gegen* das illusionäre Wunschdenken von der Möglichkeit der Durchsetzung eines «sozialen, demokratischen Europa».

- Heinz Bierbaum sieht in seiner Analyse «Die neue politische Landschaft Europas» die Aufgaben der Linken in zweierlei Richtungen: einmal darin, dass die Linke in Europa mit einer erstarkten Rechten konfrontiert ist und deutlich machen muss, dass ihre Kritik an der EU-Politik und an der europäischen Entwicklung in eine ganz andere politische Alternative mündet als die der Rechtsextremen – in eine antikapitalistische, demokratische und internationalistisch angelegte. Gleichzeitig muss sie sich mit der Sozialdemokratie auseinandersetzen, die sich auf europäischer Ebene in einem sehr widersprüchlichen Prozess befindet, und dadurch ihre Positionen stärken, zum anderen darin, dass es im Europäischen Parlament darum geht, «die Einheit in der Vielfalt zu finden» und die unterschiedlichsten Kräfte zu integrieren und dafür auch die Fraktionsführung stärker kollektiv ausrichten – und dies über das von der EL geplante Forum der Alternativen als breite Plattform für alle linken Parteien und Bewegungen.

- Cornelia Hildebrandt setzt in ihrer Analyse der Ergebnisse zu den Europawahlen 2014 den Schwerpunkt auf die Formierung einer Neuen Rechten, die sich auf verbreiternde nationalistische und wertekonservative gesellschaftliche Grundströmungen stützt, sich gegen die Europäischen Institutionen wendet, diese aber nicht beseitigen, sondern national neu legitimieren will. Zugleich sieht sie die «große Koalition» der EU politisch unter Druck von rechts, aber auch durch die wirtschaftlichen Krisen in den einzelnen Ländern mit einer politischen Systemkrise der EU konfrontiert. Die linke Bewegung charakterisiert C. Hildebrandt als zwiespältig – de facto in eine Nord-Süd-gespaltene entsprechend der wirtschaftlichen Position des Landes und der Auswirkungen der Krise in den einzelnen Ländern. Sie plädiert für «mehr als nur symbolische Solidarität» der Linken in Europa untereinander. «Die europäische Linke steht vor der Doppelaufgabe, die Institutionen der Demokratie in Europa zu verteidigen und zugleich einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen sozialen und ökologischen Umgestaltung der Fundamente der EU zu leisten. Dies ist eine Strategie harter Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten, des offenen Konflikts mit den herrschenden Eliten und der sehr offenen Suche nach Bündnispartnern.»

- _ Mitte vergangenen Jahres wurde zudem ein «Aufruf für ein egalitäres Europa» von linken Exponenten wie Karl Heinz Roth und Lothar Peter von «Alternativen» diskutiert, die Konzepte für die Peripherieländer zur Krisenüberwindung einschließen, aber auch erhebliche Schwierigkeiten aufzeigen. Eine glaubwürdige Perspektive für Europa sieht dieses Papier nur unter bestimmten Kriterien realisierbar und formuliert ein Aktionsprogramm in neun Punkten, das als verbindende Klammer eine neue politische Verfassung notwendig macht, einen post-nationalstaatlichen Ansatz hat und nicht aus den Strukturen der Europäischen Union entwickelt werden kann, orientiert an den Prinzipien der direkten Demokratie und auf ein «Projekt einer Föderativen Republik Europa» zielt.
- _ Letztlich ist das Positionspapier der Partei DIE LINKE vom 25. August 2014 zu nennen. Im 6. Punkt dieses Papiers ist unter Wohlstand und Solidarität in Europa zu lesen: «Wir wollen ein System der europäischen Integration, das jenseits von Monetarismus, Austerität und Dumpingwettbewerb liegt und eine Politik für sozialen Fortschritt und globale Entwicklung verfolgt. Wohlstand darf sich nicht auf Ausbeutung anderer Kontinente gründen. Die Kosten der Krise dürfen nicht weiter als Kürzungsprogramme

der Mehrheit der Bevölkerung übergeholfen werden, sie sollen durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardenäre finanziert werden. Wir brauchen einen Einstieg in eine erneuerte Wirtschaftsstruktur und eine demokratische und regional ausgeglichene Investitionspolitik. Ohne eine Regulierung des Finanzmarktes und eine höhere Besteuerung von Finanztransaktionen und Finanzvermögen lässt sich die Belebung langfristig-realwirtschaftlicher Aktivitäten nicht bewerkstelligen.»

Insgesamt zeigt sich eine Konzeptionslosigkeit der Linken hinsichtlich einer politischen Strategie zur Lage in Europa. Auf jeden Fall ist es notwendig, das neue Verhältnis von nationalen und internationalen Kampfbedingungen für eine linke Politik zur Veränderung der Verhältnisse in Europa in den Vordergrund zu rücken.

In diesem Zusammenhang brachten die Mitglieder des Ältestenrates aus aktuellem Anlass ihre Empörung über das Auftreten des Bundespräsidenten Gauck am 1. September 2014 in Danzig zum Ausdruck. Ausgerechnet am Tag des Beginns des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges Russland imperiale Motive und aggressive Absichten zu unterstellen, zeugt nicht nur von historischer Ignoranz, sondern vor allem vom Bestreben nach Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa.

Der Ältestenrat hält es für erforderlich, dass sich zu solchen Vorkommnissen nicht nur führende Funktionäre des Parteivorstandes positionieren, sondern auch die führenden Kräfte der Partei in den Bundesländern im Rahmen von Wahlkämpfen und aus Anlass anderer landesspezifischer Aktivitäten.

Der Ältestenrat kam im Ergebnis seiner Debatte zu der Auffassung, dass die bisher erfolgte Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament noch nicht den neuen Herausforderungen in der Entwicklung der EU gerecht wird. Die Anforderungen für die Gestaltung linker europäischer Politik sind gewachsen. Die Regierung der BRD setzt auf Führungsanspruch in der EU und kämpft für ständig wachsenden Einfluß. DIE LINKE muss sich dieser Tendenz noch entschiedener entgegenstellen.

Der Ältestenrat empfiehlt der gesamten Partei, natürlich in erster Linie dem Parteivorstand und den Landesvorständen, sich auf der Grundlage der Wahlergebnisse zum EU-Parlament und weiterer Wahlen gründlich mit der aktuellen internationalen Situation und speziell mit der Entwicklung in Europa und in der EU auseinanderzusetzen und konkrete Schlussfolgerungen für die politischen Aktivitäten der Partei und ihre Öffentlichkeitsarbeit zu beschließen.

Für besonders dringend hält es der Ältestenrat im Ergebnis der heutigen Debatte, dass der Par-

teivorstand sich gemeinsam mit sachkundigen und zuständigen Mitgliedern der Partei und Vertretern anderer linker Parteien an die Erarbeitung einer umfassenden, langfristig angelegten Konzeption für die politische Strategie der Linken zur Lage in Europa und in der EU macht.

Auf dem Parteitag der Europäischen Linken in Madrid im Dezember 2013 wurde die Forderung nach einem Linksdialog in Europa erhoben, ähnlich dem des Forums Sao Paulo in Lateinamerika. Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE sollte diesen Gedanken aufgreifen und eine Initiative für einen solchen Dialog auslösen.

Erwartungen an den Kongress der Europäischen Linken. Mitteilung über eine Beratung des Ältestenrates (6. Oktober 2016)²⁵⁸

Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE hat sich am 6. Oktober 2016 mit seinen Erwartungen an den Kongress der Europäischen Linken, dessen Vollmitglied sie ist, beschäftigt.

Dieser Kongress findet in einer Zeit tiefer Krisen in der EU und tiefer Gegensätze in Europa statt. Dabei bleibt die Europäische Linke trotz mancher Anstrengungen sehr beachtlich hin-

²⁵⁸ Quelle: DIE LINKE.: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/erwartungen-an-den-kongress-der-europaeischen-linken/> (abgerufen am 18.03.2018).

ter den vor ihr stehenden Herausforderungen zurück. Schwächen, die sich auch in unserer Partei DIE LINKE zeigen.

Der Berliner Kongress sollte Anlass für eine breite Information der gesamten Mitgliedschaft über die Entwicklung und die aktuelle Situation in der EU und den Platz der ELP im Kampf für eine friedliche, demokratische und soziale Union in Europa sein.

Der Ältestenrat will sich mit seinem Arbeitspapier und der Teilnahme seiner Mitglieder am Prozess der Vorbereitung des Berliner Kongresses der ELP beteiligen. Er unterstützt den konstruktiv-kritischen Bericht der Linke-Delegation im EPL-Vorstand, der dem Parteivorstand vorgelegt wurde.

Bei der Wahl leitender Organe und Personen sollte Bewährtes beachtet und überhöhte deutsche Repräsentanz nicht angestrebt werden. Gerade diese Hinweise im Bericht sollten gebührende Beachtung bei den bevorstehenden Bewerbungen finden. Die Vielfalt aller EL-Parteien sollte stärker als bisher zur Geltung kommen.

Entsprechend den Regeln seiner Beratungen beschäftigt sich der Ältestenrat mit Problemen der aktuellen politischen Lage und der Situation in der Partei. Im Mittelpunkt standen die Landtags- und Kommunalwahlen 2016 und das Wahljahr 2017 mit den Schwerpunkten NRW und der Bundestagswahl. Bei aller Ei-

genständigkeit der Landesverbände ist DIE LINKE eine Partei und nicht eine Ansammlung von 16 Landesverbänden. Wahlniederlagen wie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sollten mit größerem Ernst analysiert und das achtungsvolle Ergebnis in Berlin gründlich hinterfragt werden. Noch steht, ob Niederlage oder Achtungserfolg, ein «Weiter so» mehr im Raum, als eine gründliche Neuorientierung für unseren politischen Kampf auf allen Ebenen und Bereichen.

Es ist gut, wenn sich die beiden Vorsitzenden der Partei in bestimmten Situationen mit einem «Offenen Brief» an die Mitglieder der Partei wenden und zur Mitarbeit am Wahlprogramm auffordern. Die vielen Zwischentöne, die es nun jedoch gibt, sind für einen Erfolg im Wahlkampf mehr als nur schädlich. Nicht die Inhalte einer so notwendigen linken Politik wurden diskutiert, sondern vom geschäftsführenden Parteivorstand wird ein sogenannter Prozess über Modelle für die Spitzenkandidaten ausgelöst. Wahlen lassen natürlich viele Möglichkeiten für Wahlkandidaturen zu, aber wenn die Debatte über die Wahlstrategie auf Nebengleisen beginnt, sollten sich die Verantwortlichen selbst befragen. Aus der Summe vieler Lehren und Erfahrungen bleibt unser Standpunkt: zwei Spitzenkandidaten und eine bisher noch nicht erreichte Stärke im Kampf um Direktmandate, die eine starke Liste bringt. So könn-

ten wir die gesamte Partei erreichen und alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen. Alle Zeichen besagen doch, es hat nach 1990 noch keinen Wahlkampf gegeben, der so hochgradig politisiert sein wird, wie der im Jahr 2017. Die bundesdeutsche Gesellschaft befindet sich in einem Prozess großer Veränderungen. Die deutsche LINKE ist in einer bisher noch nicht gekannten Weise herausgefordert. Setzen wir also alle Kräfte ein, um zu bestehen!

Bericht zur Tätigkeit des Ältestenrates 2016. Abschließend beraten am 1. Dezember 2016²⁵⁹

1. Entsprechend der Verabredung mit der Parteivorsitzenden Katja Kipping auf der konstituierenden Sitzung am 26. November 2015 standen folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt der Arbeit des Ältestenrates:

- _ Vorbereitung und Auswertung des Magdeburger Parteitages
- _ Krisenstimmung und Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung
- _ Friedenskonferenz der Partei am 18. und 19. März 2016
- _ Strategiedebatte.

Des Weiteren wurden in der Sitzung als wichtige Themen benannt: Gesellschaftstransformation, Entwicklung der Partei und ihre Attraktivität für junge Leute, Auseinandersetzung mit der AfD, «Quo vadis EU?»

Als stellvertretende Vorsitzende des Ältestenrates wurden Gretchen Binus, Christina Emmrich, Ursula Schumm-Garling und Wolfgang Grabowski gewählt.

2. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit war der Parteitag in Magdeburg. Der Ältestenrat und sein Vorstand erörterten in mehreren Beratungen seinen Bericht an den Parteitag, der von Hans Modrow vorgetragen wurde, und der eine positive Resonanz der Delegierten fand. Der Ältestenrat gratulierte der Parteiführung und allen Vorstandsmitgliedern zur Wahl und wiederholte den schon bei der Konstituierung am 26. November 2015 zum Ausdruck gebrachten Willen zu kameradschaftlicher Zusammenarbeit. Hervorgehoben wurde, dass der Parteitag sich engagiert den gewaltigen Herausforderungen als einzige alternative Kraft zum neoliberalen Parteienkartell gestellt hat. Das war die Botschaft aller vier Hauptredner, die die Probleme und linke Lösungsansätze kämpferisch benannt haben. Damit ist die Erwartung verbunden, dass bei der Umsetzung der Beschlüsse solidarischer Geist, kritische Offenheit und kein Spiel über «die Bande» mit den Medien praktiziert wird.

²⁵⁹ Quelle: DIE LINKE.: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/bericht-zur-taetigkeit-des-aeltestenrates-2016/> (abgerufen am 19.03.2018).

Der Appell von Hans Modrow für Solidarität mit Kuba («Wer Revolution und Sozialismus sagt, ist zur Solidarität mit Kuba herausgefordert...») traf den Nerv der Delegierten. Ihre Reaktion verdeutlicht das Verlangen in der Partei nach mehr und klarer systemkritischer Position, zur widerständigeren Auseinandersetzung mit den neoliberalen Kräften. Der Parteitag erteilte Gedankenspielen über eine Regierungskonstellation SPD-LINKE-Grüne im Bund eine klare Absage, ebenso der Debatte, dass DIE LINKE nicht länger eine Protest- und Kümmererpartei sein kann.

3. In Auswertung des Parteitages fand auf Bitte des Parteivorsitzenden Bernd Riexinger ein Gespräch mit dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Ältestenrates statt. Im Mittelpunkt standen Fragen der Strategie (u. a. Protestpartei und/oder Partei der Gestaltung, also von Regierungsverantwortung, Hinwendung zur und Aufgreifen der Meinung und Wünsche der Parteibasis, Umsetzen der Parteitagsbeschlüsse mit der Basis). Zur sozialen Frage wurde dem Parteivorstand ein Arbeitspapier übergeben. Gefordert wurde die zügige Umsetzung des Parteitagsbeschlusses «Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg», der eine beeindruckende Mehrheit und viel Applaus gefunden hatte. Dazu wurde dem Parteivorstand ein Arbeitspapier übergeben. So wichtig die

Aktivitäten der Bundestagsfraktion, u. a. für die Durchsetzung einer Veranstaltung im Bundestag anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, auch sind, die Verhinderung von militärischen Konflikten in Europa setzt Vertrauensbildung voraus, in die auch Russland einzubeziehen ist. Das sollte ein besonderes Markenzeichen der Linkspartei sein und auf allen Ebenen der Partei im Fokus stehen. Das darf nicht anderen überlassen werden. Kritisiert wurde im Ältestenrat, dass die Friedenskonferenz diesem wichtigen Anliegen nicht genügte. Betont wurde, dass diese viele wichtige und interessante Beiträge brachte, der Parteivorstand die Konferenz jedoch nicht nutzte, um einen eindeutigen Standpunkt zur internationalen Lage, den Konflikten und den Kriegstreibern zu formulieren und in der Partei zur Diskussion und Aktion zu bringen.

4. Der Ältestenrat und sein Vorstand haben sich ausführlich mit dem Kongress der Europäischen Linken beschäftigt, der im Dezember in Berlin stattfindet. Er hat ein Standpunktpapier erarbeitet, das auch zur Information für die Basis genutzt werden und helfen kann, Wissen und Verständnis für die EL zu fördern. Es wurden Herausforderungen formuliert, denen sich die ELP mit ihrem Berliner Kongress stellen müsste.

Der Ältestenrat unterstützt den konstruktiv-kritischen Bericht der Linke-Delegation im

ELP-Vorstand. Die ELP darf nicht Name ohne Profil sein. Das Nebeneinander der Parteien muss überwunden und ein Miteinander der Parteien in den sozialen und politischen Kämpfen gestaltet werden.

Bei der Wahl leitender Organe und Personen sollte Bewährtes beachtet und überhöhte deutsche Repräsentanz nicht angestrebt werden. Gerade diese Hinweise im Bericht sollten gebührende Beachtung bei den bevorstehenden Bewerbungen finden. Die Vielfalt aller EL-Parteien sollte stärker als bisher zur Geltung kommen.

Nicht zuletzt setzen die Wahlen in den USA Zeichen für die Gefahren, die mit den Rechtsentwicklungen in Frankreich, Ungarn, auch mit der AfD und den Positionen der CSU in Deutschland mit dem Titel «Linksrutsch verhindern – damit Deutschland Deutschland bleibt» verbunden sind. Die europäische Linke steht in dieser Situation vor historischen Herausforderungen, denen sie nur in großer revolutionärer Gemeinsamkeit gerecht werden kann. DIE LINKE in Deutschland muss dafür einen größeren Beitrag in den so notwendigen politischen Kämpfen gegen rechts in Europa leisten.

5. Der Ältestenrat legte dem Parteivorstand ein Papier für den deutschen OSZE-Vorsitz vor. Der PV fasste dazu einen Beschluss, die Bundestagsfraktion stellte eine ausführliche Anfrage, auf die die Bundesregierung am 26.10.[2016]

Antwort gab. Zu konkreten Sachfragen fiel diese recht ausführlich aus, zu strategischen, die Bedrohung von Frieden und Sicherheit betreffenden nicht so sehr, eher ausweichend.

6. Auf Initiative des Ältestenrates und des Vereins Cuba Si wurde eine Konferenz zur Entwicklung in Kuba erfolgreich durchgeführt, auf der der Parteivorsitzende Bernd Riexinger gesprochen hat. Die Konferenz forderte dazu auf, den sozialistischen Weg Kubas mit wachsender Solidarität zu begleiten.

7. Der Ältestenrat hält für das Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen einen gesonderten Abschnitt über die ostdeutschen Länder und die diskriminierende Behandlung großer Teile ihrer Bevölkerung für erforderlich. Ein entsprechendes Arbeitspapier für das Wahlprogramm wurde dem Parteivorstand vorgelegt.

8. Entsprechend den Regeln für seine Beratungen beschäftigte sich der Ältestenrat regelmäßig mit Problemen der aktuellen Lage und der Situation in der Partei. Im Mittelpunkt standen die Landtags- und Kommunalwahlen 2016 sowie das Wahljahr 2017. Es wurde betont, dass bei aller Eigenständigkeit der Landesverbände DIE LINKE *eine* Partei und nicht eine Ansammlung von 16 Landesverbänden ist. Wahlniederlagen wie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sollten mit größerem Ernst analysiert und das achtungsvolle Ergebnis in Berlin gründlich hinterfragt werden.

Der Ältestenrat sieht leider weiter wachsende Schwäche in der Partei. Die Aktion des «Zuhörens» der leitenden Organe ist gut, die Schritte zur Beachtung und Umsetzung der vielfältigen Anregungen und kritischen Hinweise der Mitglieder und vieler Verbündeter bleiben aber oft hinter den Erwartungen zurück.

Der Ältestenrat hat sich wiederholt mit Problemen der veränderten Weltlage befasst. Dies bleibt seiner Meinung nach eine wichtige Voraussetzung für politische Entscheidungen der LINKEN.

Die Welt steht heute vor Problemen, die eine Lösung erfordern, da sie die Existenz der Menschheit bedrohen. Das betrifft den Klimawandel und die Umweltprobleme. Die industrielle Revolution vernichtet mit ihren enormen technologischen Fortschritten zugleich hunderte Millionen von Arbeitsplätzen. Digitalisierung, Roboterisierung, Meinungsmanipulierung tragen das Potenzial der Selbstabschaffung der Menschen in sich. Migrationsprobleme werden in Größenordnungen produziert. Die Geißel des Krieges erhebt in völlig neuen Dimensionen.

Die Gegenwart ist durch einen dramatischen Wandel der politischen Kultur gekennzeichnet. Die große Verdrossenheit breiter Kreise der Bevölkerung gegenüber der «institutionellen Politik» und dem Schwinden von Vertrauen in die Institutionen [der] Demokratie findet seinen Ausdruck beispielsweise im Brexit oder

der Wahl von Trump zum nächsten Präsidenten der USA.

Auch wenn man noch nicht genau weiß, wie sich der Austritt von Großbritannien vollziehen und auswirken wird und welche Wirtschaftspolitik der neue amerikanische Präsident Donald Trump letztlich genau umsetzen wird, zeichnen sich gleichwohl tektonische Verschiebungen in der Globalökonomie und den politischen Allianzen ab. Trumps Politik ist eine Mischung aus Reaganomics und Protektionismus. Das wird kurzfristig positive, aber mittelfristig schwerwiegende negative Folgen für die Globalökonomie haben. Die Politik «Make America great again» wird die Weltpolitik in heftigere Konfrontationen, Konflikte und militärische Auseinandersetzungen führen.

Die Globalisierung war für viele Länder ein Erfolg. Sie hat 500 Millionen Menschen in den Schwellenländern aus der Armut geholt. Doch auf der anderen Seite hat es auch Verlierer gegeben – namentlich Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe der entwickelten Länder. Trotz des starken Wachstums sind die Haushaltseinkommen dieser Gruppe in den vergangenen dreißig Jahren nicht wesentlich gestiegen. Die Instabilität des kapitalistischen Weltsystems wächst weiter. Das ist der Hintergrund für das Brexit-Votum und den Wahlerfolg von Trump. Die nächsten Jahre werden durch protektionistische Ansätze bestimmt werden.

Auch in der EU wie in der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich ein Aufstieg von rechtspopulistischen Bewegungen ab. Die lange Zeit vorherrschende Wahrnehmung einer relativen sozialen Ruhe wird abgelöst durch eine neue Politik der Wut. Ergebnis ist die Zunahme des rechten Populismus, oder sogar weitergehend eine Revolte von rechts.

Ein politischer Paradigmenwechsel zeichnet sich ab: Argumentativ wird die Gegenüberstellung von Neoliberalismus versus Sozialismus oder rechts gegen links nicht mehr als angemessen betrachtet. Diskutiert werden die Öffnung der Grenzen gegen die Schließung von Grenzen, Zuwanderungsquoten (Obergrenzen) gegen Personenfreizügigkeit, Freihandel gegen Protektionismus usw. Im Kern müssen diese Alternativen diskutiert und nach ihrer Entwicklungsrichtung eingeschätzt werden.

Die Revolte von rechts macht deutlich, dass die herrschenden Eliten mit ihren neoliberalen Versprechungen «wenn es den Reichen gut geht, geht es allen gut» (trickle-down-Effekt) an ihr Ende gekommen sind. Folge ist die wachsende Polarisierung in arm und reich und damit der Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhanges.

Das Krisenpotenzial der Globalökonomie ist gewachsen. Es rächt sich jetzt, den Systemabsturz 2007/2008 durch staatliche Interventionen in konzertierter Aktion zwar aufgefangen, aber

die «gekaufte Zeit» nicht zur grundlegenden sozialen und ökologischen Krisenbereinigung genutzt zu haben. Um die Welt vor einer Wiederholung eines Desasters zu bewahren, wurden internationale Konferenzen abgehalten und eine Vielzahl von Vorschlägen diskutiert, die der Regulierung der Finanzindustrie dienen sollten. Nur kurze Zeit später sprudelten die Gewinne, Gehälter, Dividenden und Boni wieder und eine Re-Regulierung der Finanzindustrie versandete im Gestrüpp internationaler Verhandlungen und nationaler Lobbytätigkeit. Die Finanzmärkte werden seitdem großzügig mit billigem Geld geflutet. DIE LINKE sollte auch im internationalen Miteinander strategische Schlussfolgerungen für das Verhältnis von Politik und Ökonomie und für eine tatsächliche Einschränkung der Macht des Finanz- und Großkapitals ziehen und wieder in das Bewusstsein, in Diskurse und praktische Ansätze zurückholen, wofür es vor allem infolge des Bankencrashes 2008 ff. schon Ansätze gab. In den letzten Jahren hat die Krise der Europäischen Union und besonders der Eurozone deutlich zugenommen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger begreifen sich als Verlierer/innen in der EU, dies gilt sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch zwischen den Staaten (Nord-Süd- bzw. Ost-West- Gefälle). Die Aufnahme von Migranten und Migrantinnen in die EU und die in den letzten Jahren verstärkt einsetzenden Fluchtbewegungen haben diese

Tendenzen verstärkt. Die Deutung haben in vielen Fällen rechtspopulistische und nationalistische Kräfte übernommen.

Hier sollte eine klare und eindeutige Kritik durch DIE LINKE formuliert werden: Statt eines neoliberalen, undemokratischen und imperialen Leitbildes einer Wettbewerbsunion muss das Leitbild eines demokratischen und sozialen Europas formuliert werden. Angesichts der realen Verhältnisse in der EU und der Konkurrenz vor allem der großen und einflussreichen Nationalstaaten um Macht müssen die fortschrittlichen Kräfte in den Nationalstaaten gestärkt werden, sonst besteht die Gefahr, dass die demokratischen und sozialen Rechte auf nationaler Ebene weiter geschwächt werden. Dazu gehört es, realisierbare Maßnahmen für die Menschen in Europa zu entwickeln: vor allem Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Armutsrisiken, Mindeststandards gegen prekäre und erniedrigende Arbeitsverhältnisse und eine ausreichende Grund- und Sozialversicherung sowie die radikale Ablehnung militärischer Auslandseinsätze.

In den letzten Jahren hat die soziale Spaltung in Deutschland und in der EU gravierend zugenommen. Ein Argument dafür, dass die populistischen Bewegungen in Deutschland und Europa dabei sind, den linken Bewegungen ihre Themen abzunehmen, sie dann allerdings nationalistisch bzw. protektionistisch zu wenden.

Wie kann der Herausforderung durch die rechtspopulistischen und nationalistischen Bewegungen begegnet werden?

Es ist unverzichtbar, eine eindeutige Abgrenzung von rechtspopulistischen und nationalistischen Positionen vorzunehmen. Die Verwahrlosung der vorherrschenden politischen Debatten zugunsten von Meinungen an Stelle von Fakten, z. T. gespickt mit Unwahrheiten, macht es kompliziert, gegen tief sitzende weit verbreitete Ressentiments mit Aufklärung und politischer Vernunft zu argumentieren. Diesen Positionsbestimmungen unterliegt eine aggressive Verschiebung auf Sündenböcke wie den Islam, die Flüchtlinge aber auch Eurokraten, Politiker, die das Volk betrügen, Emanzen, die Familien zerrütten oder die «Lügenpresse» und viele mehr.

Die zugrunde liegenden Ursachen und Verletzungen müssen aufgegriffen und politisch bearbeitet werden. Dazu gehört es, alle Angriffe auf Sündenböcke zurückzuweisen und die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Deprivation in den Vordergrund zu stellen und die ökonomischen und politischen Zusammenhänge offen zu legen. Und es geht – last not least – darum, Politik zu reformulieren. Unverzichtbar in diesem Zusammenhang ist es, soziale Ungleichheit nicht nur als ökonomisches sondern auch als historisches bzw. kulturelles Phänomen zu behandeln.

Eine Verstärkung erfahren die populistischen und antidemokratischen Tendenzen auch durch den Wandel der politischen Kommunikation. Es ist notwendig, eine lebendige Verständigung in der Partei zwischen oben und unten zu vertiefen. Für die Wiederaneignung von Politik reicht es nicht zuzuhören, obwohl es eine wichtige Voraussetzung ist; vielmehr müssen Deutungsangebote und Orientierungshilfen zum Verständnis komplizierter Zusammenhänge entwickelt werden ohne dabei abgehoben zu argumentieren, sondern unmittelbar die Erfahrungen und Nöte von Menschen aufzugreifen, und sie zum Handeln für ihre Interessen zu befähigen und als Partei zu vertreten. Dies wäre der Prüfstand für eine andere Politik. Es ist wichtiger denn je, den Phänomenen der Entsolidarisierung entgegen zu treten. Die Rückbindung von Politik an Klassen und soziale Milieus und deren Interessen findet zu wenig statt. Die Erfahrung von politischer Exklusion und die Selbstausschließung durch Wahlenthaltung sind die Folge. Dies ist der «Saatboden» eines neuen Faschismus.

Es gibt eine Alternative: Nur wenn die Ursachen sozialer, ökonomischer und kultureller Deprivation benannt werden, können Erfolge erwartet werden. Eine offensive Haltung der LINKEN gegen Rassismus, Nationalismus und Protektionismus und für eine andere Demokratie, die dazu beitragen könnte, einen Poli-

tikwechsel auf den Weg zu bringen. Für einen starken Sozialstaat, für gute Arbeit und ein auskömmliches Einkommen im Alter, gegen Kinderarmut und vor allem für Frieden und Abrüstung finden sich in einzelnen Parteien aber vor allem in außerparlamentarischen Bewegungen viele Bündnispartner: in den Gewerkschaften in der Frauen- und Friedensbewegung, in der Ökologiebewegung und in den Sozialverbänden ebenso wie in sozialen Bewegungen wie Attac, die Bewegung gegen die neoliberalen Freihandelsabkommen TTIP, CETA oder den vielen Initiativen zur Unterstützung von Migranten.

Die Glaubwürdigkeit linker Politik wird verstärkt durch gemeinsame Ziele und gemeinsame Kämpfe und wechselseitige Unterstützung von Fraktion und Partei der LINKEN sowie durch die Einbeziehung von sozialen Bewegungen. Damit sich die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen nachhaltig verbessert, müssen Bündnisse geschlossen und eine neue Meinungsführerschaft für einen Politikwechsel im Sinne des sozialen Aufbruchs formuliert werden. Dabei geht es um breitest mögliche Bündnisse selbstverständlich auch mit Mitgliedern und Sympathisanten der SPD und der Grünen. Überlegungen von LINKEN für eine Regierungskoalition mit diesen Parteien im Bund sollten nach den Wahlen geprüft werden, wobei die sozialen und frie-

denpolitischen Konditionen als nicht verhandelbar gelten. Es geht um eine Politik, die für die Erhaltung der progressiven Elemente der bürgerlichen Demokratie eintritt und für eine Demokratie kämpft, die vom Volk ausgeht. Wie unser Bericht zeigt, hat der Ältestenrat 2016 eine umfangreiche Arbeit geleistet, den Parteivorstand beraten und Initiativen ausgelöst, die vom Parteivorstand aufgegriffen wurden und auch in der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag Beachtung gefunden haben. Das Jahr 2017 wird ganz offensichtlich tiefgreifende Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft bringen. Die politischen Machtverhältnisse werden sich weiter verändern, das deutsche und europäische Kapital wird seine Macht stärken und die Ausbeutung breiterer Schichten, von der Arbeiterklasse bis weit in den Mittelstand, vertiefen. Die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der etablierten Parteien löst auch in der Bundesrepublik Deutschland, so wie in den USA und anderen EU-Staaten, wachsende Gewaltbereitschaft aus. Die Ergebnisse der AfD bei den jüngsten Wahlen setzen Zeichen. Wie die Erfahrungen in jüngster Zeit lehren, zeigt DIE LINKE noch immer kein klar erkennbares Profil in den vielfältigen aktuellen politischen Herausforderungen. Teile der Wählerschaft werden verunsichert, weil die Aussagen von Funktionsträgern sehr unterschiedlich sind,

die Vorsitzenden der Partei immer häufiger Aussagen treffen, die nicht aus gemeinsamen Beschlüssen des Parteivorstandes erwachsen, aber in seine Zuständigkeit gehören. So verschwimmt das Bild einer linkssozialistischen Partei immer mehr und DIE LINKE wird gleichfalls als etablierte Partei bewertet. Wir wollen bei aller Zurückhaltung auf solche Erscheinungen die Aufmerksamkeit der Partei bis in die Basis der Mitgliedschaft richten und die Entscheidungsträger in den leitenden Organen bitten, hier mit der ihnen übertragenen Verantwortung zu handeln.

Das Jahr 2017 ist voller Wahltermine, von Landtagswahlen über die Bundespräsidentenwahl bis zur Bundestagswahl. Das Jahr 2016 sollte für alle Ereignisse eine Mahnung sein und nicht zum Vorfeld tiefer gehender Rechtsentwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland werden.

Der Ältestenrat will sich im Jahr 2017 mit folgenden Schwerpunkten beschäftigen:

1. Frieden und Sicherheit in Europa, die weitere Entwicklung der Europäischen Union.
2. Der Prozess der Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und die Herausforderungen für die Partei DIE LINKE.
3. Das Weißbuch 2016 – von der Verteidigungs- zur Aggressionspolitik und zur Armee, die sie realisieren soll.

4. Das Gedenken an Marx 200 mit seinem als Weltkulturerbe anerkannten Werk «Das Kapital» sollte einen Platz in linker Bildungsarbeit und in den aktuellen Klassenkämpfen finden. Wer von «Raubtierkapitalismus» spricht, muss sich den Herausforderungen von Marx stellen.

Der Wahlkampf hat begonnen.

Bericht von der Sitzung des Ältestenrates am 9. März 2017²⁶⁰

In seiner Beratung am 9. März 2017 konnte der Ältestenrat unseren Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl, Dietmar Bartsch, begrüßen, der uns auch die Grüße von Sahra Wagenknecht übermittelte. Er dankte dem Ältestenrat für sein aktives Mittun bei der Gestaltung der Politik der Partei.

Die politische Lage wird sich im Wahljahr 2017 weiter zuspitzen, sowohl im Inneren des Landes, in der EU als auch weltweit. Der Wahlkampf hat bereits von allen Seiten begonnen. Die CDU/CSU setzen weiter auf Merkel, deren Stern jedoch im Sinken ist. Die SPD wechselt ihre Spitze aus, und Martin Schulz setzt neue Zeichen. Wir in der Linken haderten erst mit uns selbst. Die Führung folgte dann unserem Rat und der wachsenden Zustimmung in den Landesverbänden, [Sahra] Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Spitzenkandidaten zu bestimmen. Jetzt gilt es, unser Vertrauen zu ihnen in die Wählerschaft hineinzutragen.

Der Wahlkampf zum Bundestag wird mit einer Schärfe geführt werden, wie es sie noch nicht gegeben hat. Die Funktionsebenen sehen sich mit vielfältigen, tiefen Krisen und ungewohnten Herausforderungen konfrontiert, die mit Aussitzen, Lavieren oder Vertuschen, wie so oft praktiziert, kaum noch zu händeln sind. Ein weiter so scheint nicht mehr möglich.

Die Enttäuschung vieler mit der sogenannten repräsentativen Demokratie hat Zulauf, weil die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet wird. Zukunftsängste aus realem Erleben greifen um sich trotz Wirtschaftswachstum. Weder Politiker, noch Mainstreammedien können diese noch wegschwatzen. Der Wahlsieg von Trump und seine rabiaten Attacken auf das gewohnte Establishment haben den Schleier der vielen Scheinheiligkeiten auch in der EU zerrissen. Ratlosigkeit und Verwirrung haben um sich gegriffen.

Die Friedensfrage ist und sollte für DIE LINKE im Wahlkampf an erster Stelle stehen. Wo Vertrauensbildung fehlt, wird Misstrauen verbreitet, und die Gefahren einer militärischen

²⁶⁰ Quelle: DIE LINKE.: Dokumente des Ältestenrates und seiner Mitglieder. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklaeurungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/der-wahlkampf-hat-begonnen/> (abgerufen am 19.03.2018).

Eskalation bestimmen das Klima. Die Bestrebungen der Bundesregierung, die EU zu militarisieren, erfahren seit dem Brexit und der Inauguration des Präsidenten Trump einen neuen Schub; so sollen die Militärausgaben drastisch erhöht, ein militärisches EU-Hauptquartier eingerichtet und die Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung intensiviert werden.

NATO und EU betreiben seit langem die Einkreisung Russlands. Sanktionen, Manöver und die Dauerstationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze sowie die Verstärkung um das Dreifache der Schnellen Eingreiftruppe (NRF) verletzen die sicherheitspolitischen Interessen Russlands. Der Frieden in Europa kann nur mit und nicht gegen Russland erhalten werden.

Hinzu kommt, dass man sich in Deutschland in Gestalt der AfD mit einer Rechtsaußen-Opposition konfrontiert sieht, die dem neoliberalen Lager entsprungen ist, extrem rechtsradikale Kräfte aufsaugt und nun eigenständige, ambitionierte Machtansprüche stellt. Sie hat es verstanden, die Schwächen der traditionellen neoliberalen Machthaber zu instrumentalisieren und große Teile des im Land wachsenden Protestpotentials an sich zu binden und zu mobilisieren, zumindest für Protestwahlkämpfe unter dem Motto «Gegen die da oben». Durch den Trump-Sieg fühlen sich Führung und Anhänger der AfD bestätigt.

Leider hat es die Linkspartei nicht verstanden, rechtzeitig und wirkungsvoll dagegen zu halten. Viele ehemalige Wähler haben nicht mehr erkennen können, dass DIE LINKE weiter Vertreterin ihrer Interessen für Frieden und soziale Gerechtigkeit sein will und fühlten sich nicht mehr durch sie vertreten. Die Positionierung einiger leitender Funktionäre auch noch vor dem Magdeburger Parteitag, dass DIE LINKE nun vor allem gestalterische Aufgaben zu lösen habe, führte zu Unverständnis und Verunsicherung. Oft war die Frage zu hören, ob es nun vor allem um die Regierungsbeteiligung gehen soll. Und man hat bemängelt, dass kulturelle und geschichtliche negative Erfahrungen, so aus Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt schlecht analysiert und kaum zur Positionsbestimmung herangezogen werden. Der Parteivorstand ist gut beraten, wenn er im Wahlkampf die Frage einer Regierungsbeteiligung sehr bedacht unter Einbeziehung der Basis berät und entscheidet. Selbstverständlich erwartet die große Mehrheit in der Partei und unserer Wählerschaft zugleich, dass sie weiter und entschieden Protest gegen Sozialabbau, Rüstung und Kriegseinsätze leistet und auch vertritt.

Die SPD mit Martin Schulz rückt mit einer Kritik der Agenda 2010 die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und versucht, das Thema Armut und

Reichtum zu besetzen. Für die Ursachen der wachsenden Spaltung in Arm und Reich ist jedoch die herrschende Politik verantwortlich. Solange das Wirtschaftswachstum zum dominanten Ziel der Politik erklärt wird und die Verteilungsfrage ausgeklammert bleibt, wird nichts über die Verteilung des Wohlstandes innerhalb und außerhalb Deutschlands ausgesagt. Wir als LINKE sollten mehr denn je Motor des Klassenkampfes für soziale Gerechtigkeit sein und ihn in aller Breite im Wahlkampf mit Forderungen führen, wie:

- _ Höhere Löhne und einen höheren gesetzlichen Mindestlohn einschließlich der Aufgabe aller Sonderregelungen.
- _ Rücknahme der Hartz IV-Regelungen und Ende der prekären Arbeit.
- _ Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und Aufgabe der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen.
- _ Eine lebensstandardsichernde Rente.
- _ Bezahlbares Wohnen.
- _ Die Besteuerung von Reichtum und Erbschaften.
- _ Regulierung der globalisierten Finanzmärkte.
- _ Stärkung von Arbeitnehmerrechten.

Wähler und Nichtwähler, die sich in der DDR für ein antifaschistisches, nicht von Profitgier und Kriegstreiberei dominiertes Deutschland eingesetzt haben, wünschen sich eine differenziertere Debatte zur Geschichte der DDR,

ihrer Ergebnisse, Probleme, Widersprüche. Es ist an der Zeit, gegen Klischees des Kalten Krieges, wie die Reduzierung auf das Wirken des MfS, offensiv aufzutreten. Die Diskussion um Andrej Holm zeigt, dass die Auseinandersetzung um die DDR durchaus ein großes Thema bleibt. Mehr denn je scheint aber auch erforderlich zu sein, endlich die Lücke einer einseitigen Betrachtung der deutschen Nachkriegsgeschichte zu schließen. Gerade in Berlin sollte DIE LINKE neue Ansätze für eine Kultur der Erinnerung an die geteilte Stadt auslösen. Die unsäglichen Formularausfragungen Jahrzehnte nach dem Mauerfall gehören längst abgeschafft. Die protestierenden Studenten haben das besser verstanden und sich für Sachverstand, Versöhnung und soziale Gerechtigkeit auf dem so wichtigen Feld des Wohnens stark gemacht. Für sie war klar, dass ein kompetenter und beliebter Streiter für soziales Wohnen unbedingt ausgeschaltet werden sollte, noch bevor er zum Zuge kommen konnte. Im Landesvorstand setzte man weniger auf eine mutige politische Auseinandersetzung und hoffte auf eine formale administrative Entscheidung, die die Direktorin der Uni dann auch als ihre Haltung getroffen hat. DIE LINKE sollte aufpassen, dass sie sich nicht schon frühzeitig ausbremsen lässt, noch bevor sie sich in Regierungsverantwortung mit ihrer Hauptkompetenz auf dem Gebiet sozialer und

gerechter Standards für Wohnen und Mieten entfaltet hat. Die Mieterhöhungen bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften deuten darauf hin, dass die Miethaie und Investorenlobby Morgenluft wittern.

Viele der linken Nichtwähler der LINKEN sind in Bürgerinitiativen und Massenvereinen aktiv, so im Verein der Nutzer von Grundstücken (VDGN) und der Volkssolidarität. In der Zeit der letzten Regierungsbeteiligung war, was den VDGN betrifft, viel Porzellan (u. a. Altanschlüsse) zerschlagen worden. Ohne Not ließ man sich vom Koalitionspartner auch bei Mietfragen auf antisoziale Positionen drängen, was zu einem immensen Vertrauensverlust führte. Wir mussten schmerzlich erfahren, wie schwierig es ist, verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen, wieder glaubwürdig zu werden. Von der LINKEN erwartet man, dass sie sich nicht zu den Etablierten drängt. Genau damit versucht die AfD, gegen DIE LINKE zu punkten. Und auch die Etablierten würden gern mit dem Motto denunzieren: «Die sind ja auch nicht anders.» Das dürfen wir nicht zulassen und müssen dies im Wahlkampf und in Regierungsverantwortung klar machen.

Im Wahlkampf wird die Haltung zur AfD einen zentralen Platz einnehmen. Über den Umgang mit ihr lässt sich vortrefflich streiten. Aber es sollte solidarisch und sachlich zugehen. DIE LINKE will eine vom Mainstream prinzipiell

andere politische Kultur pflegen. Die Basis hat einen Nerv dafür, wenn persönliche Animositäten in die Öffentlichkeit getragen werden und lehnt das ab. Natürlich kann man, z. B. unterschiedlicher Meinung dazu sein, ob ein Interview mit der AfD-Vorsitzenden angebracht ist. Aber genau hingeschaut, war natürlich nicht zu übersehen, dass [Sahra] Wagenknecht die Überzeugendere war. Ihre Argumente sind geeignet, sich in der Sache klar und erfolgreich in aller Öffentlichkeit mit den Rechtspopulisten auseinanderzusetzen, besonders dort, wo sie Positionen der Linken besetzen will (u. a. bei den «Abgehängten», zu Russland, bei Kritik an den Regierenden). Einen anderen Weg, als die besseren Argumente verständlich, mit klarem Profil vorzubringen, haben wir nicht.

Auch in der komplizierten Flüchtlingsfrage, die die Gemüter vieler bewegt, sollten Probleme und Differenzen im Rahmen der Partei und nicht über die Medien ausgetragen werden. Die Gesellschaft in der BRD befindet sich in einem Prozess tiefgehender Veränderungen. Was sich in anderen EU-Ländern, wie in Frankreich, den Niederlanden, in Polen oder Ungarn vollzieht, entwickelt sich spürbar auch in Deutschland. Zweistellige Wahlergebnisse für die AfD sprechen für sich. Und all dies erfolgt unter massivem Einsatz der Massenmedien. Diese sind keinesfalls Mittel der Meinungsfreiheit, sondern ein politisches Element

im psychologischen Krieg, eine gefährliche Streitmacht zur Manipulierung des Massenbewusstseins, des Vorschreibens von einseitiger Information und des Denkens.

Die EU in der Krise

DIE LINKE hat sich im Zusammenhang mit dem Kongress der Europäischen Linken in Berlin intensiv mit der EU beschäftigt. Auch der Ältestenrat hat dazu beigetragen. Wir waren uns einig, dass Ungemach für die Völker droht. Es geht auf eine wachsende soziale Katastrophe hin. Schwelende, tiefgreifende Widersprüche malen das Gespenst der Auflösung der EU an die Wand.

Wer einmal in Deutschland glaubte, dass die EU mit dem Maastrichter Vertrag auf der sicheren Seite angekommen war, muss sich heute, 25 Jahre danach eingestehen, dass die Realität anders aussieht. Wenn schon der Bundespräsident in seiner gesalbten Jubiläumsrede in Maastricht mahnt, dass bei der anfänglichen Euphorie der EU-Eliten die Bürger nicht ausreichend mitgenommen worden seien, wird deutlich, dass man in den Führungsetagen nicht mehr an den Defiziten vorbeigehen kann. DIE LINKE hat seit Jahren kritisiert, dass der Vertrag von Maastricht die Interessen des Kapitals vertritt und nicht die der Bürger. Es ist eine gefährliche Schiefelage eingetreten. Offensichtlich haben sich die sogenannten

führenden Eliten der EU übernommen, eine Überdehnung ist eingetreten, die systemischen Fehlleistungen von Maastricht können nicht mehr übertüncht werden. Die meisten Mitgliedsländer der EU können die «heilige Kuh» von Maastricht, die Forderung nach strenger Einhaltung der Schuldengrenze, nicht bedienen. Das drastische Vorgehen vor allem Deutschlands gegen eines der schwächsten EU-Mitglieder, Griechenland, hat viel Unmut ausgelöst, auch in anderen Ländern. Und die griechische Krise schwelt weiter. Natürlich ist uns nicht entgangen, dass Deutschland vor allem darauf bedacht ist, auf Kosten anderer seine Exportwirtschaft weiter zu stärken. Auch das findet, natürlich, keinen Beifall.

Mit der Flüchtlingswelle nach Europa verschärfte sich die Lage beträchtlich. Das eigenmächtige Agieren der Bundeskanzlerin und das unprofessionelle Vorgehen der deutschen und EU-Beamten brachten das Fass zum überlaufen. Die vielen Treffen des Spitzenpersonals der EU und der Mitgliedstaaten vermittelten eher den Eindruck von Ratlosigkeit und Aktionismus. Was geschieht ist soziale Zerstörung und wachsende Armut als politisches Ziel, und man hofft offensichtlich auf diese Weise die Krise in den Griff zu bekommen. EU-Kommissionspräsident Juncker hat fünf mögliche Varianten für die EU-Entwicklung ins Spiel gebracht. Keine davon könnte eine der Linken Eu-

ropas sein, aber eine Aussage hat er gerade für uns gemacht: DIE LINKE ist herausgefordert, sich selber Klarheit zu verschaffen und Orientierung für ihren Kampf gegen den Kurs der Militarisierung der EU, der Verschärfung der Ausbeutung, der sozialen Zerstörung und des Abbaus der Demokratie zu geben. Der Berliner Kongress der Europäischen Linkspartei kann dafür nur als ein Anfang gesehen werden.

Einzelnen oder mit den unmittelbaren Nachbarn versuchen die besonders betroffenen Länder Lösungen zu finden, gegen die Bestrebungen der deutschen Bundesregierung. Auch die südlichen EU-Länder rücken näher zusammen und überlegen Strategien gegen die reichen Nordländer der EU. Auf diesem Hintergrund wittern die Nationalisten und EU-Gegner Morgenluft, sie werden zu einer realen Gefahr, auch für das Establishment der EU.

Großbritannien hat sich faktisch schon aus der EU verabschiedet. Ungarn und andere EU-Länder halten sich nicht an die gegen Russland verhängten Sanktionen. Polen trägt seine innenpolitischen Fragen in die EU und verschärft die Gegensätze. Hilflosigkeit bereitet in Brüssel, Deutschland, Frankreich und anderen westeuropäischen EU-Ländern das Vorgehen des neuen US-amerikanischen Präsidenten gegenüber der EU. Seine Wahlaussagen und der Schulterchluss mit der britischen Regierungschefin verheißen nichts Gutes. Trump ist

der direkte Vertreter des Monopolkapitals und des militärisch-industriellen Komplexes an der Spitze der Macht in den USA.

Mit großer Sorge schauen wir nach Osteuropa. Die NATO und die EU haben sich bis an die Grenze Russlands erweitert, bis über die Frontlinie zu Beginn des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion hinaus. Versprechen, die beim Abschluss des 2+4-Vertrags gemacht wurden, sind nicht eingehalten worden. Dieser Grundlagenvertrag wird auf das Größte gebrochen. Über das Gebiet der ehemaligen DDR rollen Panzer der NATO und die Bundesrepublik ist führend beteiligt.

Wie oft tönten westdeutsche Politiker, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. DIE LINKE steht in der Verantwortung, dass Massen den Kriegstreibern in den Arm fallen.

In der Ukraine steht die BRD auf der Krieg führenden Seite. Auch im Vorsitz der OSZE im vergangenen Jahr wurde nach Minsk 2 faktisch nichts zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung getan, so um seine politischen Grundsatzpositionen über die Teilnahme der Vertreter vom Donbass und Lugansk an Verhandlungen sowie die verfassungsmäßige Absicherung des autonomen Status und die Durchführung von Wahlen in diesen Gebieten zu gewährleisten. Über weiterführende politische Dialogangebote war nichts zu hören.

Was tun?

1. Die Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, haben einen umfangreichen Programmwurf für die Bundestagswahlen vorgelegt. Er ist auf der Web-Seite der Partei zu lesen. In der Partei und mit Sympathisanten ist sein gründliches Studium zu sichern, um Rede und Antwort stehen zu können und Verbesserungen anzubringen. Dafür sollten auch die Regionalkonferenzen genutzt werden. Ein Massenmaterial zum Programm ist für das Gespräch mit den Bürgern, Freunden und Verwandten für Infostände und Steckaktionen anzufertigen.

2. Das Programm muss zum Programm der ganzen Partei und von der ganzen Partei getragen werden.

3. Die benannten Spitzenkandidaten sind als Kandidaten der ganzen Partei zu betrachten und ihre Bemühungen sind aktiv zu unterstützen.

4. Die Kandidaturen für den Bundestag erfolgen über Landeslisten. Die Landesverbände sind aufgefordert, Kandidaten zu wählen, die durch ihr selbstloses und qualifiziertes Agieren ein hohes Ansehen unter den Wählern haben und so den Erfolg der Wahlen gewährleisten helfen.

5. Das Anliegen der LINKEN sollte es sein, sich im Bunde mit den vielen Friedenskräften den gefährlichen Entwicklungen entgegenzustellen und sich für Vertrauensbildung zu engagieren. Die zentrale Frage bleibt die Friedensfrage,

der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, gegen Militarisierung, Hochrüstung und Atomwaffen, für Abrüstung und Vernunft.

6. Der Ältestenrat wendet sich für den Ostermarsch mit einem Appell «Nieder mit den Waffen» an die Öffentlichkeit.

Für die Erneuerung einer Europa-Diskussion in der Partei DIE LINKE. Erklärung des Ältestenrates (6. März 2018)²⁶¹

I. Ansatzpunkte für eine antikapitalistische EU-Politik

Ansatzpunkte für eine antikapitalistische EU-Politik sollen einen notwendigen Prozess gesellschaftlicher Entwicklung einleiten und tiefgreifende Veränderungen für einen Sozialismus 2.0 – einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz – für die Praxis formulieren.

Die Linkskräfte in der EU, allen voran die Europäische Linkspartei, müssen sich den Herausforderungen stellen, ihre Kräfte formieren und gemeinsam Wege aus der Krise suchen. Unter Beachtung nationaler Besonderheiten gilt es, auf der Ebene der Europäischen Union

²⁶¹ Quelle: DIE LINKE.: Erklärungen und Stellungnahmen des Ältestenrates. URL: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklaeungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/fuer-die-erneuerung-einer-europa-diskussion-in-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 17.04.2018).

einen solidarischen Klassenkampf in vielfältigen Formen zu entfalten. Auf nationalen Parteitagen sollten für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 Wahllisten erstellt und gemeinsame Positionen auf dem Kongress der Europäischen linken Partei für den Wahlkampf erarbeitet werden. Das kann für das politische Überleben der EU-Linken aber nur der Anfang sein. Es vollzieht sich eine Zäsur des Überlebens der kapitalistischen Gesellschaft, die die Lebenschancen der Menschen auf dieser Erde zerstören könnte.

Im Verlauf der Nachkriegsgeschichte ist mit der heutigen Europäischen Union (EU) ein komplexes Gebilde entstanden: Die EU ist keine Föderation wie die USA und auch keine Organisation für die Zusammenarbeit von Regierungen wie beispielsweise die UNO. In den Jahren haben die Mitgliedsstaaten ihre eigenen Organe eingerichtet: das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Kommission, den Europäischen Gerichtshof und den Europäischen Rechnungshof.

Die Mitgliedsländer treten einen Teil ihrer staatlichen Souveränität an diese Organe ab. Dieser Zusammenschluss von Hoheitsrechten heißt auch «Europäische Integration». Praktisch bedeutet das: Die Mitgliedsländer entscheiden demokratisch über wichtige und auf das gemeinsame, europäische Interesse abzielende Fragen.

Diese europäische Integration beruht auf vier Gründungsverträgen: dem Vertrag zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951), dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem der Europäischen Atomgemeinschaft (1957) sowie dem Vertrag über die Europäische Union, auch Vertrag von Maastricht genannt (1992). Die EU befindet sich am Beginn einer neuen Phase ihrer Entwicklung. Gegründet in der Zeit des Kalten Krieges standen sich NATO und der Warschauer Vertrag, die EG und der RGW als Gegner mit ihren gesellschaftlichen Systemen gegenüber. Auf der Grundlage gegenseitiger atomarer Bedrohung existierte ein Gleichgewicht des Schreckens mit ständiger Aufrüstung und Bedrohung, aber ohne direkte Kriegsführung. Die westliche Seite verhinderte durch ständige Sanktionen den Austausch von strategischen Informationen in wissenschaftlich-technischen Bereichen. Mit dem Ende des Realsozialismus in Europa und dem Zerfall der Sowjetunion – so wurde erklärt – sei der Kalte Krieg beendet. Wie der Verlauf der letzten bald drei Jahrzehnte zeigt, wachsen militärische Bedrohungen, und es werden heiße Kriege geführt. Die NATO und EU haben sich nach Osteuropa erweitert. Sanktionen gegen Russland werden als Mittel des Kalten Krieges eingesetzt. Die Gründung vor 60 Jahren erfolgte im Sinne des Neoliberalismus, d. h. eines Marktfun-

damentalismus. Die Staatsquoten werden zurückgeführt, staatliche Aufgaben werden privatisiert und der Kapitalverkehr wird dereguliert. Diese Entwicklungen sind im Vertrag von Lissabon festgeschrieben.

Die neue Phase der EU wird mit sog. Reformen den Sozialabbau beschleunigen, den Gegensatz zwischen Reichtum und Armut verschärfen, die Rechtsentwicklung beschleunigen und militärische Kräfte und die Gefahr ihrer Einsatzfähigkeit verstärken.

Entgegen der vorherrschenden verbreiteten Meinung zum Gründungsprozess des politischen Europas ist festzuhalten: 1941 verfassten die auf der italienischen Insel Ventotene festgehaltenen antifaschistischen Aktivisten Ernesto Rossi und Altiero Spinelli ein Manifest für ein freies und vereinigt Europa, das für die Linkskräfte auf dem alten Kontinent Richtschnur war. Die Kernthesen lauteten: Die Niederlage Deutschlands wird nicht automatisch die Neuordnung Europas mit sich bringen, die unserem Kulturideal entspricht. Die reaktionären Kräfte verfügen über geschickte Leute und Kader, die zum Befehlen erzogen worden sind und ihre Vorherrschaft hartnäckig verteidigen werden. Im kritischen Moment werden sie sich geschickt zu verstellen wissen und beteuern, wie sehr ihnen die Freiheit, der Friede, der allgemeine Wohlstand der benachteiligten Klassen am Herzen liege.

Vor allen Dingen werden sie die Wiederherstellung des Nationalstaates ins Feld führen. Sie gewinnen so jenes Volksempfinden für sich, das am weitesten verbreitet ist und am leichtesten zur Beute reaktionärer Manipulationen wird, das patriotische Gefühl.

Die erste Aufgabe, die angepackt werden muss und ohne deren Lösung jeglicher Fortschritt auf dem Papier bleibt, ist die endgültige Beseitigung der Grenzen, die Europa in souveräne Staaten aufteilen. Ein freies und geeintes Europa ist die unerlässliche Voraussetzung für die Verbreitung der modernen Kultur, deren Entwicklung die totalitäre Epoche aufgehalten hat. Die Europäische Union wurde mit dem Ziel gegründet, den Kriegen zwischen Nachbarn endgültig ein Ende zu bereiten, die ihren Höhepunkt im Zweiten Weltkrieg gefunden hatten. Und die Gewerkschaften und linken Parteien hatten einen nicht geringen [Anteil] an dieser politischen Zielsetzung.

Die Darstellung der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus wird holzschnittartig in zwei gegensätzlichen Positionen beschrieben.

In vielen Stellungnahmen wird die jetzige Situation insgesamt positiv bewertet. Seit mehreren Jahren gehe es mit der Wirtschaft in der Euro-Zone mehr oder weniger aufwärts. Ein baldiges Ende dieses Aufschwunges zeichne sich gegenwärtig nicht ab. Wesentlichen Anteil daran hat allerdings die Nullzins-Politik der EZB.

Diese Argumentation ist nur dann überzeugend, wenn sie sich auf statistische Durchschnittswerte bezieht und verliert dann ihren Erklärungswert, sobald gesellschaftliche Widersprüche gedeutet werden sollen. Dann erscheint die kapitalistische Entwicklung als ein Prozess des Niedergangs.

Wesentliche Probleme sind in der EU nach wie vor nicht gelöst:

- _ Es gibt Massenarbeitslosigkeit, wobei die hohe Jugendarbeitslosigkeit eine besondere Rolle spielt.
- _ In der europäischen Parteienlandschaft erstarken nationalistische und rechtspopulistische Parteien.
- _ Die Wahlen in der BRD, in Tschechien, Österreich und Italien haben zu tiefgreifenden politischen Veränderungen in diesen Ländern geführt. Um diese zu erfassen, reichen Begriffe wie «Rechtspopulismus» nicht aus. Was sich vollzieht sind Räume, in denen Elemente faschistischer Ideologie und Politik gesellschaftlich wirksam werden. In diesem Sinne ist es berechtigt davon zu sprechen, dass die BRD mit den Wahlen zum Deutschen Bundestag und dem Einzug der AfD eine «Europäische Normalität» erreicht hat wie sie in Ungarn, Polen, Frankreich, Italien und weiteren Ländern schon länger existiert.

- _ Es bestehen nach wie vor erhebliche ökonomische und soziale Differenzen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern. Die Einkommens- und Vermögensungleichheit wächst innerhalb und zwischen den Staaten. Die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist in keinem Land behoben.
- _ Grundlegende Konstruktionsfehler der Eurozone bestehen fort. Ein Kerneuropa verschärft die Lage.

Vorsichtige Versuche diese Konstruktionsfehler zu korrigieren wurden durch die Europäische Kommission 2017 durch den «Vorschlag für eine interinstitutionelle Proklamation zur europäischen Säule sozialer Rechte» (ESSR) gemacht.

Festgelegt wird, dass für wichtige Bereiche wie Arbeitsrecht, Mindestlöhne, Bildung und Erziehung, Gesundheitsfürsorge sowie Organisation der sozialen Schutzsysteme die Mitgliedsstaaten und – in vielen Bereichen – die Sozialpartner zuständig sind; also die EU keinen Einfluss hat. In Fortsetzung der Grundrechtscharta des Lissabon-Vertrages werden die Rechte sehr unspezifisch formuliert, so dass Rechtsverletzungen kaum festgestellt werden können. Folglich gibt es auch keine Instrumente mit denen ein Über- oder Unterschreiten von Schwellenwerten sichtbar gemacht werden könnte. Diese Säule sozialer

Rechte verhindert nicht die Fortsetzung der neoliberalen Politik, weder in der EU noch in den einzelnen Ländern. So können beispielsweise die von Emmanuel Macron geplanten neoliberalen Reformen des Arbeits- und Sozialrechts in Frankreich nicht aufgehalten werden. Die Ablösung einer etatistischen Steuerpolitik bis in die 70er und 80er Jahre in den einzelnen Ländern der EU durch einen neoliberalen Reformeifer war verbunden mit einer gehörigen Portion historischen Optimismus', der einen Beitrag zu einer bewussten Gesellschaftsgestaltung gar nicht erst aufkommen ließ. Dieser Verzicht auf ein Drittes zwischen fordistischer Steuerung von Arbeit und Kapital und neuer marktförmiger Kontrolle hat dazu geführt, dass sich in der europäischen Staatengemeinschaft in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten keine Kraft entwickelt hat, die in der Lage wäre, eine am «Gemeinwohl» orientierte Politik zu formulieren oder gar durchzusetzen. Daraus folgten über Jahrzehnte für Europa tiefe wirtschaftliche Disparitäten und zwischenstaatliche Konflikte.

Die Staaten müssen sich das Vertrauen von wenigen oligopolistisch agierenden globalen Finanzfonds erwerben, um nicht in den Bankrott getrieben zu werden. Die Kapitaleigner können sowohl direkt durch Finanzierung oder Nichtfinanzierung (Steuerpolitik) des Staates oder indirekt durch Investieren oder Nichtin-

vestieren in nationale Volkswirtschaften Druck ausüben. Dies erklärt einen Zustand, in dem sich wenige Superreiche einen großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums aneignen und Produktion sowie Reproduktion kontrollieren. Daraus resultiert das asymmetrische Herrschaftsverhältnis, in dem der verbleibende Rest der Gesellschaft – die Mehrheit von 90 Prozent – sehr gemischt und in verschiedene Formationen gespalten ist. Große Teile der Mittelschichten wurden beispielsweise mit neuen Freiheitsversprechen geködert. Vielen erscheint heute die Restitution von Elementen der «sozialen Marktwirtschaft» als erstrebenswert. Rückblickend lässt sich sagen, dass die «Soziale Marktwirtschaft» immer Kapitalismus war und weniger die Institutionalisierung des Sozialen. Errungenschaften im sozialen Bereich standen unter dem Vorbehalt, dass die Kapitalverwertung erhalten bleibt. In der Folgezeit fehlte es an relevanten Akteuren, die die erreichten sozialstaatlichen Errungenschaften verteidigt hätten. Europäische Wirtschaftspolitik müsste im Sinne ökonomischer Konvergenz gedacht werden. Auszuloten ist, inwieweit es möglich ist, Mischwirtschaft in verschiedenen Sektoren wieder auf die Agenda zu setzen. So könnten Banken und Versicherungen verstärkt öffentlicher Kontrolle unterworfen werden, wie es beispielsweise in der Krise 2007/8 möglich gewesen wäre. Großunternehmen könnten zumindest

in der Bundesrepublik entsprechend dem Artikel 14, Abs. 2 «Eigentum verpflichtet» in die Pflicht genommen werden (z.B. Siemens). Die Mitbestimmung als Beitrag zu einer Demokratisierung unternehmerischer Entscheidungen könnte durch gewerkschaftliche Kämpfe ausgeweitet werden.

Die Verwandlung der Kapitalmärkte in Finanzmärkte trieb die Herrschaft der Vermögensbesitzer und ihrer Verwaltungsgesellschaften voran. Immer neue Finanzprodukte wurden kreiert, um die Spekulation in ungeahnte Höhen zu treiben. Technische Entwicklungen, Kapitalakkumulation und Geschäftstüchtigkeit schaffen für eine kleine Schicht von Investoren oder Rentiers unermessliche Vermögen.

Damit verbunden ist eine zunehmende Verschuldung nicht nur der führenden kapitalistischen Staaten, sondern auch der Unternehmen der Realwirtschaft und der Privathaushalte.

Zeitgleich verfestigen sich Tendenzen rückläufiger öffentlicher Dienstleistungen und Leistungen für die soziale Sicherheit.

Diese Entwicklungen sind in den EU-Ländern verschieden stark ausgeprägt, spielen aber zwischen den Staaten eine zentrale Rolle. Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch stagnierende oder abnehmende Löhne im unteren Einkommensbereich, Ausweitung von ungeschützten bzw. prekären Beschäftigungsverhältnissen, erodierenden Tarifvertragssystemen,

der Aushöhlung der Tarifautonomie und Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherungen sowie den Wandel vom Managerkapitalismus zur Herrschaft des Shareholder Value. All das geschah ohne bemerkenswerten Widerstand. In den kommenden Jahren wird sich die Situation noch zuspitzen, wenn Globalisierung und Digitalisierung nicht in engem Zusammenhang mit der Verwertungslogik des Kapitals begriffen wird. Dieses neue Akkumulationsregime zeichnet sich dadurch aus, dass Algorithmen zur wichtigsten Maschine, Daten zum essentiellen Rohstoff und Informationen zur Ware werden. Der aktuelle Kapitalismus transformiert sich erfolgreich und schafft es, sich täglich neu zu erfinden verbunden mit dem Versprechen von Freiheit und Teilhabe. Auch bei der angeblich demokratisch organisierten Digitalisierung (Plattformökonomie) bleibt das Streben nach Profit zentral. Diese Ambivalenz aufzuzeigen wäre ein erster wichtiger Schritt. Stattdessen wird in der EU die Entfesselung der Märkte und des Kapitalismus mit großer Energie vorangetrieben. Die Anpassung der Rahmenbedingungen an die Marktsteuerung führt letztlich dazu, dass sich die Staaten einer «marktkonformen Demokratie» unterwerfen, wie sie insbesondere von Deutschland gefordert wird.

Den Kapitalismus zivilisierende Forderungen wurden lange Zeit durch die real existierende

staatssozialistische Konkurrenz begünstigt, wenn auch nur indirekt.

Überlegungen zur Beendigung der Austeritätspolitik und zu wirklichen Reformen werden dadurch erschwert, dass heute jedwede Kritik unter den Verdacht einer staatlich regulierten Planwirtschaft gestellt wird. Infolge des Niedergangs und letztlichen Scheiterns des Realsozialismus wird eine demokratische, zukunftsfähige und realistische sozialistische Perspektive diffamiert. Das gilt auch für eine Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, weil sie von dem Versprechen «allen werde es besser gehen» (das gebrochene Wahlversprechen von den «blühenden Landschaften») nachhaltig enttäuscht wurden und außerdem einer permanenten Indoktrination ausgesetzt sind. Gegenpositionen müssen deutlich formuliert und öffentlich breit diskutiert werden.

Der Aufwärtstrend des Rechtspopulismus in allen europäischen Ländern ist Ausdruck einer tiefsitzenden Enttäuschung über die ungerechten Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern und der Ohnmacht resultierend aus dem Gefühl der Machtlosigkeit. Die spezifischen nationalen Färbungen entstehen vornehmlich aus der Schwäche bestehender Systeme, den Ungerechtigkeits-erfahrungen mit Konzepten real erfahrbarer Gerechtigkeit

und sozialer Sicherheit zu begegnen. In Gesellschaften vorhandene autoritäre Mentalitäten werden angesichts der enttäuschenden Erfahrungen der Deprivation durch rechtspopulistische Strömungen aufgefangen und verstärkt. Einen wesentlichen Beitrag für die Empfänglichkeit der Bevölkerung für rechtsradikale Forderungen in den neuen Bundesländern hat die Erfahrung der Herabsetzung, Diskriminierung oder Entwürdigung ihrer Lebensleistung in der DDR geleistet. Auch nach dem Ende der DDR bleibt ihre ehemalige Existenz ein Dorn im Fleisch des Kapitalismus. Wie sonst ist es zu erklären, dass sie nach wie vor mit Nachdruck delegitimiert wird. Mit den Hinweisen auf Planwirtschaft und Sozialismus wird jede Alternative zum Kapitalismus diffamiert. Diese Tendenzen sind durchaus auch in etablierten Parteien anzutreffen. Die Kanalisierung des ökonomischen Konfliktes auf das Volk im Rahmen bestehender nationaler Grenzen versus den Fremden, den Zugewanderten oder den Migranten verstärkt die Bereitschaft, mit Gewalt gegen diese vorzugehen. Der Rechtspopulismus holt sie bei den Empfindungen der Benachteiligung ab, verstärkt diese und findet im Fremden einen Sündenbock.

Alle Diskussionen um die Beseitigung der Fluchtursachen müssen berücksichtigen, dass es nicht darum gehen kann, dass Europa sich noch stärker abschottet (Frontex), die Gren-

zen in afrikanische Länder vorverlegt werden (EU-Grenzschutzmissionen) oder die Situation von Schutz Suchenden noch repressiver gestaltet. Eine Befriedung kann nur gelingen, wenn die Existenzbedingungen in den Heimatländern auf ein Niveau gehoben werden, die eine menschenwürdige Existenz garantiert. Es kann zukünftig nicht darum gehen, an Symptomen zu kurieren, sondern eine Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und eine daraus resultierende Politik – nicht zuletzt der Handels- und Wirtschaftspolitik – wäre dringend notwendig. Dies kann nur durch Regelungen erreicht werden, die sich gegen die dominanten Marktkräfte richten. Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach dem kumulierten Reichtum und der Verteilung nach innen und außen. Ohne einen glaubhaften Richtungswechsel in der Politik werden die Rechtspopulisten in Österreich, Frankreich, den Niederlanden oder Italien – ganz zu schweigen von den Ländern, in denen schon rechtspopulistische Parteien regieren wie in Ungarn oder Polen – weiteren Zulauf erhalten mit unabsehbaren Konsequenzen. Dies zeigte sich bei den Wahlergebnissen zum italienischen Parlament im März dieses Jahres. Die Regierungspartei, die Partito Democratico (PD), erreichte nur 18,9 Prozent der Stimmen; zusammen mit anderen linken Kräften kam das Mitte-Links-Bündnis auf 22,9 Pro-

zent. Europaskeptiker und das rechte Lager triumphieren bei der Wahl. Diese Rechtsverschiebung erschüttert die politische Nachkriegsordnung und verschärft die Krise der europäischen Union massiv.

II. Europa ist größer als die EU

Ohne oder gar gegen Russland ist europäische Politik realitätsfern und gefährlich. Die Weiterentwicklung der EU kann nur als Friedensprojekt gelingen. Sanktionen und Konfrontation, antirussische Hetze bedrohen aber den Frieden. Die Gefahr eines großen Krieges ist nicht gebannt, auch nicht in Europa. Der Westen, allen voran die USA, haben ihr Versprechen beim Abschluss des 2+4-Vertrages gebrochen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Heute stehen NATO-Truppen an der russischen Westgrenze, und nach den Brüsseler Plänen sollten weitere 800 km in der Ukraine dazu kommen. Provozierende Militärmanöver werden veranstaltet. Mit Antiraketensystemen soll eine Gegenwehr gegen nukleare Erstschläge der NATO verhindert werden. Eine beispiellose Hetze gegen Russland soll die «Drang nach Osten»-Politik wieder salonfähig machen und den Menschen die Hirne vernebeln. Die historischen Erfahrungen sollen vergessen gemacht werden, auch die der Stalingrader Schlacht. Der Sieg der Roten Armee ließ vor 75 Jahren das Ende der Naziherrschaft erahnen.

Die Pariser Charta, die eine Friedensordnung nach der Wende verheißen sollte, wurde an die Wand gefahren. Der Westen fühlte sich als Sieger im Kalten Krieg und wollte mit Russland keine Beziehungen auf gleicher Augenhöhe, gleiche und gemeinsame Sicherheit. Versuche, an die Ostpolitik von Willy Brandt anzuknüpfen, wurden durch die «Atlantiker» vom Regierungstisch genommen. Die Beziehungen mit Russland verschlechterten sich Schritt für Schritt und mündeten schließlich in einer beispiellosen Russophobie, die nicht erst mit der Eingliederung der Krim ihren Anfang nahm.

Konstruktive Beziehungen mit Russland sind von zentralem Interesse einer friedlichen und entmilitarisierten Ordnung in Europa. Für einige mittelosteuropäische Staaten und konservative Militärs in der NATO verkörpert dagegen Putins Russland eine Fortsetzung des zaristischen und sowjetischen Imperialismus. Mit der NATO-Erweiterung, dem Kosovokrieg, dem Irakkrieg, der Libyenintervention etc. soll eine militärische Abgrenzung und ein wirtschaftlicher «Drang nach Osten» gerechtfertigt werden. Mit der Verteidigungskooperation «PESCO», einer Militärkoalition der Willigen, ist jetzt die «schlafende Schönheit» der europäischen Verteidigungspolitik wieder erweckt worden. Nicht alle EU-Staaten – aber immerhin 20 oder mehr – kooperieren stärker bei Militärprojekten. Jedes Land, das zur Gruppe der Pioniere in Sachen EU-Verteidi-

gungspolitik zählen will, muss eine Reihe von Anforderungen erfüllen. So müssten die Militärausgaben regelmäßig gesteigert werden. Jeder, der bei PESCO mitmacht, verpflichtet sich, an mindestens einem großen Rüstungsprojekt teilzunehmen. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, dass Europa voranschreitet mit der Sicherheits- und Verteidigungsunion. Die Befürworter sehen darin nämlich einen ersten Schritt hin zu einer EU-Armee. Die EU treibt unübersehbar die Zusammenarbeit in Sachen Verteidigungsunion voran und gefährdet damit die noch bestehende Friedensordnung. Die Europäische Union sollte keine Kernaufgaben der NATO übernehmen in dem Sinne der kollektiven Verteidigung, also Bündnis- und Landesverteidigung; im Gegenteil; die wachsenden internen Widersprüche des NATO-Militärbündnisses sollten die EU ermutigen, in Anknüpfung [an] die Schlussakte von Helsinki, die KSZE zu beleben. Die KSZE wurde 1995 offiziell in «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) umbenannt. Zu ihren wichtigsten Zielen zählen die Schaffung von Sicherheit, Konfliktverhütung und Konfliktmanagement, der Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Abrüstung und Terrorismusbekämpfung. Im Zuge des Konfliktes in der Ukraine ist die OSZE zuletzt wieder in den Mittelpunkt der europäischen Sicherheitspolitik gerückt.

Für eine neue Ostpolitik zu streiten muss ein besonderes Anliegen der Partei DIE LINKE werden, wie es ein auf dem Magdeburger Parteitag einmütig gefasster Grundsatzbeschluss gefordert hat. Das Gebot der Stunde ist, Druck auf die Regierenden auszuüben, um wieder normale Beziehungen mit Russland herzustellen.

DIE LINKE kann sich hierbei auf Wohlwollen in der Bevölkerung stützen. Man will keinen Krieg. Das brachte auch der Appell der 60 hervorragenden Politiker und Persönlichkeiten «Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!» oder eine Denkschrift des Willy-Brandt-Kreises eindrucksvoll zum Ausdruck. Einflussreiche Wirtschaftsmanager wollen für beide Seiten vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen. Schließlich geht es auch um mehr Arbeitsplätze.

Vertrauen ist nötig. Es wächst durch Städtepartnerschaften, Begegnungen junger Leute, Austausch der Kulturen. Nicht wenige haben sich davon durch die feindselige Politik der Regierenden nicht abbringen lassen. Ein weites Feld für Aktivitäten von Mitgliedern der Partei DIE LINKE und ihrer Sympathisanten. Viele von ihnen haben die Sprache und die großherzige Lebensweise im großen Nachbarland verinnerlicht.

«Annäherung durch Verflechtung» könnte ein erfolgreiches Konzept werden. Ziel einer neuen

europäischen Ostpolitik muss es sein, das konstruktive Engagement Russlands durch neue Kooperations- und Integrationsangebote zu fördern und seine Verankerung in Europa durch enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen irreversibel zu machen. Russland bleibt ein wichtiger Partner, auch wenn es jetzt nach außen mit neuem Selbstbewusstsein nationale Interessen vertritt und im Inneren einen eigenen Weg verfolgt, der vielfach asynchron zu dem der EU verläuft. Ohne intensive Partnerschaft mit Russland kann es weder eine gesamteuropäische Friedensordnung noch eine Lösung der Konflikte wie in der Ukraine, im Nahen Osten oder auf dem Balkan geben.

DIE LINKE wendet sich gegen zunehmende Missachtung der Lehren der Geschichte, Geschichtsvergessenheit und -fälschung. Sie setzt sich mit der Propagierung von Feindbildern und neuen Trennungslinien auf dem europäischen Kontinent auseinander und fordert die besondere Verantwortung der Massenmedien in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und zunehmenden neofaschistischen Tendenzen.

Die Kriegsgefahr abzuwenden, erfordert konsequent politische Lösungen für Konflikte im Nahen Osten, auf der koreanischen Halbinsel und in der Ostukraine anzustreben. Zu Dialog, fairen Verhandlungen statt Konfrontation und

militärischer Gewalt, zur Stärkung der UNO und des Völkerrechts gibt es keine Alternative. Für DIE LINKE kommt es darauf an, ihr aufklärendes Wirken zu Ursachen und Folgen von Konfrontation, zur Einmischung in innere Angelegenheiten und Aggression zu intensivieren und zur Aktivierung der Friedensbewegung beizutragen.

III. Perspektiven einer Erneuerung der europäischen Linken

Das europäische Projekt, ist nach dem Zerfall des realsozialistischen Lagers 1989–91 mehr und mehr nicht nur [zu] einem Projekt des neoliberalen Abbaus nationaler Sozial- und Wohlfahrtsstaaten geworden, sondern hat auch in offensiv expansiver Weise zu einer Ausdehnung des über die Nato-Mitgliedschaft vermittelten Einflusses der USA sowie der Erschließung neuer Märkte für das europäische Kapital beigetragen.

Wegen der weit verbreiteten Sorge und Angst vor Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und der extremen Konzentration von Einkommen und Reichtum bleibt ein europäischer Politikwechsel hin zu einem alternativen Sanierungs- und Wachstumsmodell unverzichtbar.

Die zentrale realwirtschaftliche Ursache der Eurokrise liegt in der ungleichen Entwicklung der Handels- und Kapitalströme. Seit Einführung des Euro werden die wirtschaftlich starken

Volkswirtschaften stärker und die wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaften schwächer. Ohne einen Abbau dieser Ungleichgewichte wird das Währungssystem des Euro nicht überleben.

Die Krise in Europa ist auch Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen Union. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht gibt es eine umfassende neoliberale Ausrichtung, liegen die Schwerpunkte auf der Freizügigkeit des Kapitals und auf Wettbewerbsvorteilen der wirtschaftlich starken Länder.

Die meisten EU-Mitgliedsländer sind angesichts der ökonomischen und politischen Krisen mit einem Erstarren der rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräfte konfrontiert. Die starke Migrations- und Fluchtbewegung hat die seit Jahren anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise in den Hintergrund gedrängt. Die Probleme der großen Wachstumsunterschiede, der in vielen Mitgliedsländern hohen Arbeitslosigkeit, hoher Verschuldung und massiver Defizite in der öffentlichen Infrastruktur sind nicht gelöst. Nach wie vor dominiert als Lösungsversuch eine neoliberale Austeritätspolitik, die vor allem die Krisenländer in der südlichen Peripherie niederdrückt und die wirtschaftliche wie soziale Entwicklung in Europa blockiert.

Angesichts der wachsenden Zukunftsängste und des Aufstiegs rechtspopulistischer Par-

teien nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern auch in den Ländern Kerneuropas, ist deren Sprengkraft für das europäische Projekt nicht zu bestreiten. Vor dem Hintergrund der anhaltenden europäischen Wirtschafts- und Flüchtlingskrise setzen Rechtspopulisten auf eine Stärkung der Nation und lehnen eine weitergehende Europäisierung und Reformperspektive der EU ab.

Die Befürworter einer Renationalisierung überschätzen die Spielräume nationalstaatlicher Politik. Vor dem Hintergrund freier Kapital- und Warenströme sowie einer gemeinsamen Währung können nationale Regierungen in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik keine progressive Politik im nationalen Alleingang durchhalten. Was aber im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass eine enge Zusammenarbeit der zwei/drei größten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien) nicht neue Handlungsspielräume schaffen könnte. Zudem hängt die Stabilität nationaler Austeritätsregime immer noch sehr eng mit der Stabilität nationaler Regierungen zusammen. Insofern hat der Nationalstaat keinesfalls ausgedient. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen – die radikalste Variante einer Renationalisierung – ist keine wünschenswerte politische Option. Dieser Weg würde mit dramatischen ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen. Die Alternative

zu weniger Europa ist mehr Europa, aber anders. Ziel ist ein demokratisches und soziales Europa, das mit der neoliberalen Logik des Maastrichter Vertrags bricht.

Die Linke in Europa sollte sich zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der sozialen Kämpfe, ihres Kampfes gegen den Krieg, zu eigenen Fehlern, als auch zu ihren Erfolgen bekennen. Gefordert ist ein offener Dialog, der nach Gemeinsamkeit und Zukunftsvisionen streben lässt.

Die Europäische Linke sollte folgende Themen vorrangig behandeln:

- Es gilt, die Konstruktionsfehler der EU langfristig zu beseitigen. Dazu gehört in erster Linie, das Projekt eines sozialen Europa wieder zu beleben. Die von den Staaten ratifizierten Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon sind durch ein Verfassungsprojekt zu einem sozialen Europa zu ersetzen.
- Eine Politik, die den kulturellen und sozialen Zusammenhalt und eine demokratische Entwicklung fördert, indem gleiche Lebensverhältnisse hergestellt werden. Die EU benötigt starke politische Institutionen, die die Orientierung vorgeben und dies nicht den Märkten überlassen.
- Dazu gehört eine Abkehr von der Austeritätspolitik hin zu einer Politik für das Gemein-

wohl, in der auch die zukünftigen Probleme der Digitalisierung berücksichtigt werden.

- Das Recht aller Schutzsuchenden auf Asyl muss in der ganzen EU anerkannt werden, verbunden mit dem Kampf gegen die Fluchtursachen, Elend, Ausbeutung und Tod.
- Ansatzpunkte einer veränderten Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik der EU müssen von der Europäischen Linken entwickelt werden. Die Forderungen lauten: militärische Aufrüstung und den Waffenhandel stoppen, Spannungen abbauen und gegenseitiges Vertrauen aufbauen, indem

Perspektiven der sozialen Sicherheit und Entwicklung geschaffen werden.

Wie notwendig die Entfaltung einer antikapitalistischen Politik gerade vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 auch ist, so wichtig ist auch die Forderung nach einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus überhaupt. Marx 200 sollte uns Ansporn sein, den Dialog über Sozialismus im 21. Jahrhundert aufzunehmen.

Wir Älteren wollen dafür werben und mit unseren Möglichkeiten dafür einen Beitrag leisten.



NACH- BETRACHTUNG



In Asien prägt der Konfuzianismus das Bild von Kultur und Gesellschaft seit vielen Jahrhunderten. Er beeinflusst auch heute den Alltag in Japan, China, Korea, Singapur, Vietnam und Taiwan maßgeblich. Zu seiner Lehre gehört nicht zuletzt der Respekt gegenüber dem Alter. Zu altern ist in Japan und anderen asiatischen Ländern eine Ehre. Aufgrund ihrer Leistungen für die Gesellschaft, als Lehrer und Entwickler der Gesellschaft, aufgrund ihrer Lebensweisheit und ihrer Menschenkenntnis haben sich die Älteren Anerkennung und Respekt verdient.²⁶² In China fungierte der große Reformler Deng Xiaoping nach seinem offiziellen Rückzug aus der Politik 1990 als Berater für die Führung von Partei und Staat.²⁶³ Auch in Frankreich zieht heute der neue Präsident Emmanuel Macron Amtsvorgänger wie Nicolas Sarkozy und Valéry Giscard d'Estaing zurate.²⁶⁴ In Deutschland konsultiert der jeweils aktuelle Parteivorsitzende der SPD seine Vorgänger in wichtigen Fragen.²⁶⁵

Die PDS bzw. die Partei DIE LINKE wählte eine andere Form der Beratung der jeweils aktuellen Parteiführung: den *Rat der Alten* bzw. den *Ältestenrat*. Im Verlaufe von fast drei Jahrzehnten scheint sich diese Form verstetigt zu haben, auch wenn sich das Verhältnis zwischen Beratern und Beratenen in dieser Zeit keineswegs spannungsfrei gestaltet hat. Eine Analyse der Erklärungen und Stellungnahmen des

Rates der Alten bzw. des *Ältestenrates* lässt im Vergleich mit der offiziellen Parteilinie sowohl der PDS als auch der Partei DIE LINKE vor allem folgende Tendenzen hervortreten: Der Rat verlangte immer wieder, dass sich die Partei deutlich zum Sozialismus als langfristiges Ziel bekennen müsse. Das traf in besonderem Maße auf den schwierigen Prozess der Vereinigung der PDS bzw. *Linkspartei.PDS* mit der Sozialstaatspartei WASG zu – mit der Gefahr des Scheiterns dieses Prozesses. Es ist allerdings klar, wer sein ganzes Leben für ein sozialistisches Ziel eingesetzt hat, der wird im hohen Alter kaum auf dieses Ziel verzichten wollen.

262 Vgl. Die Lehren des Konfuzianismus und seine gesellschaftliche Implikation. URL: <https://hallobusan.wordpress.com/2016/01/14/die-lehren-des-konfuzianismus-und-seine-gesellschaftliche-implikation/> (abgerufen am 15.04.2018); Tag der Ehrung der Alten. Wie und warum wird der Tag der Ehrung der Alten in Japan gefeiert? URL: <http://www.kalender-uhrzeit.de/feiertage/tag-der-ehrung-der-alten> (abgerufen am 15.04.2018). **263** Vgl. David Hildebrand: Deng Xiaoping. URL: http://www.chinaweb.de/china_politik/deng_xiaoping/deng_xiaoping_china.htm (abgerufen am 16.04.2018). **264** Vgl. Frankreich: Hollandes Lektionen. In: DER SPIEGEL, Hamburg, 2018, Nr. 16 (vom 14.04.2018), S. 79. **265** Im Frühjahr 2017 hielt beispielsweise der damals neue SPD-Vorsitzende Martin Schulz zu seinem Amtsvorgänger Sigmar Gabriel engen Kontakt. Beide redeten viel miteinander. Vgl. Florian Gathmann: Schulz und Gabriel: Einer strahlt, einer strampelt. In: SPIEGEL-ONLINE, Hamburg, 19.04.2017. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/martin-schulz-und-sigmar-gabriel-einer-strahlt-einer-strampelt-a-1143702.html> (abgerufen am 18.04.2018).

Der *Rat der Alten* bzw. der *Ältestenrat* war sich stets bewusst, dass der Sozialismusversuch auf deutschem Boden durch Deformationen der sozialistischen Idee und Praxis, insbesondere durch das erhebliche Demokratiedefizit, durch selbstverschuldete Fehlentscheidungen und Mängel gekennzeichnet war, und er verurteilte die Verbrechen des Stalinismus. Aber für ihn war der Sozialismusversuch in der DDR zutiefst legitim. Deshalb bestand er darauf, dass den unzweifelhaften Erfolgen in diesem Versuch ein deutlich höheres Gewicht beigemessen werden müsse als Fehlern, Mängeln oder Verbrechen. Er war bzw. ist der Auffassung, dass die kritische Aufarbeitung historischer Lehren nicht zu einer Delegitimierung des Sozialismusversuchs in der DDR führen dürfe. Westdeutsche Gewerkschafter im *Ältestenrat* erinnern daran, dass die DDR bei Tarifverhandlungen als unsichtbarer dritter Partner mit am Tisch saß. In engem Zusammenhang mit dieser Bewertung des Sozialismusversuchs in der DDR bekundete der Rat die ausdrückliche Solidarität mit aktuellen Sozialismusversuchen im globalen Süden. Der Rat befasste sich mit diesen Versuchen unter Einbeziehung externen Sachverständigen und sah dadurch recht klar die bei diesen Versuchen auftretenden objektiven Probleme und Schwierigkeiten und die subjektiven Fehler der führenden Akteure insbesondere in lateinamerikanischen Ländern. Die politischen

Bestrebungen, für die Millionen Menschen ihre Kräfte und ihr Leben einsetzen würden, verdienten dennoch seiner Meinung nach in höchstem Maße Solidarität und Unterstützung. Wieder und wieder verbreitete der Rat die Botschaft, dass Europa nicht einfach mit der Europäischen Union gleichgesetzt werden könne, sondern insbesondere Russland einschließe. Anders als junge Menschen sind die meisten Mitglieder des *Ältestenrates* mit ostdeutscher Biographie von 40 Jahren DDR-Geschichte und der Zugehörigkeit dieses Staates zum östlichen Paktsystem geprägt. Für sie zählt Russland ganz selbstverständlich zum eigenen Erfahrungsraum. Was der Philosoph, Theaterkritiker und Buchautor Gunnar Decker unlängst über das Lesepublikum in der DDR im Vergleich mit dem in der alten Bundesrepublik schrieb, gilt mit Sicherheit auch für diese Mitglieder des *Ältestenrates*: «Von Scholochows ›Der stille Don‹ bis Bulgakows ›Der Meister und Margarita‹, von Aitmatows ›Der Tag zieht den Jahrhundertweg‹ bis Granins ›Der Platz für das Denkmal‹ – in der DDR las man diese Bücher anders. Warum? Weil man hier – seelisch wie alltagspraktisch – diesem Teil Europas viel näher stand als in Köln oder München.»²⁶⁶

266 Gunnar Decker: Der falsche Mann. In: Neues Deutschland, Berlin, 14./15.04.2018, S. 9.

Der Rat bezog und bezieht eine hochgradig kritische Haltung zu Regierungsbeteiligungen der PDS bzw. der Partei DIE LINKE auf Landesebene, wobei er ganz offensichtlich die Risiken einer solchen Beteiligung weit höher bewertet als die darin liegenden Chancen. So thematisierte der Rat in einer solchen Konstellation eine strategische Abhängigkeit vom Koalitionspartner und eine eingeschränkte Durchsetzungsfähigkeit eigener Zielstellungen linker Politik. Insbesondere sah er die Gefahr, dass die Partei die Grundlinien ihres politischen Profils Verteidigung des Sozialstaates, Lösung internationaler Konflikte mit ausschließlich friedlichen Mitteln und Übergang zu einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftspolitik etwa als «Preis» für eine Regierungsbeteiligung verlassen könnte und dass dies von ihren Anhängern und Wählern als Verrat an ihren Interessen und Anliegen wahrgenommen würde. Bilanziert man die Geschichte des *Rates der Alten* bzw. des *Ältestenrates* insgesamt, gilt es vor allem folgende fünf Punkte hervorzuheben:

- _ Der *Rat der Alten* ist Beleg für die Bestrebungen, mit der PDS 1989/90 eine neue, zukunftsgerichtete gesellschaftliche Kraft in der DDR zu entwickeln. Anliegen der Mitglieder des Rates war die Schaffung einer besseren DDR, waren mehr Demokratie und echte Mitbestimmung. Dass diese Anliegen angesichts der sich rasch verändernden Lage

in Deutschland und in der Welt nicht zu realisieren waren, steht auf einem anderen Blatt.

- _ Die Erklärungen und Stellungnahmen des Rates belegen, dass das Gremium die unterschiedlichen Positionen, die seine Mitglieder vertreten, in seinen Reihen ausdiskutiert und auf diese Art und Weise einen lebendigen Pluralismus lebt.
- _ Die gegenüber der offiziellen Parteilinie oft linken Positionen, die der *Rat der Alten* bzw. der *Ältestenrat* vertrat bzw. vertritt, richten sich explizit gegen eine Anpassung an den politischen Mainstream, wie sie einige Politiker der PDS respektive der LINKEN aus seiner Sicht vornehmen.
- _ Die Geschichte des *Rates der Alten* bzw. des *Ältestenrates* ist ein wichtiger Teil der bisher noch ungeschriebenen Geschichte der PDS und derjenigen der Partei DIE LINKE.
- _ Obwohl der *Rat der Alten* mehrfach darüber diskutiert hat, ob dieses Gremium noch zeitgemäß ist und gebraucht wird, und in diesem Kontext über seine Selbstauflösung nachgedacht hat, kann man in der Rückschau feststellen, dass sich dieses Gremium in der innerparteilichen Willensbildung bewährt hat. Der *Ältestenrat* wirkte und wirkt alles in allem als Stachel im Fleisch der PDS bzw. der LINKEN und ihrer jeweiligen Parteiführung. Er nahm und nimmt somit eine korrigierende Funktion wahr.

WEISHEIT
R PARTEI
RISS
CHICHTE
ESTENRAT
R LINKEN



JOCHEN WEICHOLD

ist Gründungsmitglied
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und gehörte viele Jahre deren
Vorstand an. Bis zum Jahr
2013 leitete der promovierte
Historiker den seinerzeitigen
Bereich Archiv/Bibliothek.



DAGMAR ENKELMANN

ist Vorstandsvorsitzende
der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Die promovierte Historikerin
war bis zum Jahr 2013 erste
parlamentarische Geschäfts-
führerin der Linksfraction im
Deutschen Bundestag.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**